

AKTUELL

| | |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 8 |
| Globalisierung & Eine Welt | 11 |
| Klima & Energie | 12 |
| Konsum & Verbraucherschutz | 16 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 18 |
| Naturschutz & Biodiversität | 16 |
| Stadt & Region | 22 |
| Tierschutz & Ethik | 22 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 23 |
| Verkehr & Tourismus | 26 |
| Wasser & Meere | 26 |

VERBÄNDE



| | |
|--------------------------|----|
| DNR intern | 29 |
| Aus den Verbänden | 29 |
| Ehrenamt | 30 |
| Preise & Ausschreibungen | 30 |

SERVICE

| | |
|----------------|----|
| Rezensionen | 31 |
| Internet | 33 |
| Neu erschienen | 34 |
| Impressum | 34 |
| Termine | 35 |

ökopädNEWS

| | |
|-------------------------|----|
| ANU-Informationsdienst | |
| Umweltbildung | 36 |
| GPS und Geocaching | |
| Schwerpunkt: Wirtschaft | |

THEMEN DES MONATS

Klimaschutz

Die Böcke möchten Gärtner bleiben

Die industrielle Tierhaltung ist keine Lösung des Klimaproblems, sondern einer seiner Verursacher

Seite 2

Desertifikation

Europa wüst und leer?

Intensive Nutzungsformen zerstören die Selbstheilungskräfte sensibler Ökosysteme

Seite 4

Produktpolitik

Die Computerpest

Der Boom der Informationstechnologien hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklungsländer

Seite 6

Emissionen

„Keine Endlosausnahmen!“

Die EU-Industrieemissionsrichtlinie könnte die Balance von Ökologie, Ökonomie und Sozialem schaffen

Seite 10

Klimaschutz

Die Böcke möchten Gärtner bleiben

Die industrielle Tierhaltung ist keine Lösung des Klimaproblems, sondern einer seiner Verursacher

Weidehaltung ist klimaschädlich, sagen die Vertreter der industriellen Tiermast und versprechen die Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen mit UN-Klimageldern. Doch bei einer Gesamtbetrachtung der Produktions- und Ökosysteme fallen zahlreiche blinde Flecken auf. Letztlich rettet nur eines das Klima: weniger Fleisch essen. ■ VON SUSANNE GURA

Die Tierhaltung verursacht rund vier Fünftel der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen und ist für mehr Klimagase verantwortlich als der Verkehr.⁽¹⁾ Bereits eingerechnet sind dabei die Emissionen aus der Futtermittelproduktion, die ein Drittel der weltweiten Agrarflächen und viele chemische Düngemittel und Pestizide benötigt. Nicht enthalten sind die hohen CO₂-Emissionen aus Wald- und anderen Ökosystemen, die für neue Weideflächen gerodet werden. Der Amazonas-Regenwald wird erwiesenermaßen vor allem für Viehweiden abgeholzt.

Befürworter der industriellen Tierhaltung prangern nun die Weidehaltung als klimaschädlich an. Klimaeffizient sei hingegen die industrielle Haltung auf Kraftfutterbasis. In geschlossenen Anlagen könnten die Emissionen, vor allem Methan, aufgefangen und in Biogasanlagen verwertet werden. Weitere Produktivitätssteigerungen würden die Futtermittelverwertung verbessern und die Emissionen pro Kilogramm Produkt verringern. Sie verschweigen dabei, dass nur eine Verringerung der Gesamtmenge der Klimagase die Erderwärmung verhindert. Hier steht die industrielle Tierhaltung mit ihren schon heute extrem klimaschädlichen Produktmengen auf verlorenem Posten.

Mit massiven Subventionen und begünstigenden Rahmenbedingungen folgen viele Entwicklungsländer dem Beispiel der Industriestaaten beim Aufbau einer industriellen Tierhaltung. Asien hat Europa bei der Milchproduktion überholt, Brasilien die USA als größten Fleischexporteur abgelöst. Auch im Süden ersetzt immer mehr Industriefutter aus Getreide und Soja die lokal verfügbaren Raufutter wie Gras oder nährstoffreiche Reste von Feld und Haus-

halt. Die Plagen der industriellen Tierhaltung – Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft, Tierschutzprobleme, Epidemien – sind im Wesentlichen ungelöst. Hinzu kommt, dass die Aquakultur mehr und mehr dieselben Futtermittel nachfragt und ähnliche Probleme erzeugt (umwelt aktuell 06.2009, S. 2).

Masttierhaltung verursacht hohe Methan- und Lachgasemissionen

Methan aus der bakteriellen Umsetzung von Raufutter in Wiederkäuermägen wird oft als das entscheidende Klimaproblem der Tierhaltung präsentiert. Die Forschung sucht nach Verringerungsmöglichkeiten. Impfstoffe für Wiederkäuer sind im Gespräch. Die Bakterien sollen gentechnisch modifiziert werden – ein äußerst riskanter Ansatz, denn Archaea-Bakterien zählen zu den ältesten Lebewesen überhaupt. Das zweite Methanproblem der Tierhaltung, Emissionen aus dem Dung, entsteht erst durch die flüssige Form, wie sie in Mastanlagen üblich ist. Auf der Weide ist der Dung relativ trocken und der Methanausstoß gering. Mastanlagen sind für drei Prozent der Methanemissionen verantwortlich – ein signifikanter Beitrag zur Erderwärmung, zumal sich der Ausstoß bald verdoppelt. China stellt gerade von kleinbäuerlicher Haltung auf Mastanlagen um, das betrifft die Hälfte der globalen Schweineproduktion. Dazu kommen zweistellige Zuwachsraten bei Milchprodukten – trotz Melaminskandal.

Die Halbwertszeit von Methan in der Atmosphäre beträgt nur sieben bis acht Jahre, während für CO₂ mindestens hundert Jahre veranschlagt werden. Ein Zurückfahren der industriellen Tierhaltung

könnte also die Erderwärmung in kurzer Zeit deutlich reduzieren.

Noch gefährlicher ist Lachgas, das zu den Stickoxiden gehört. Es bleibt 150 Jahre in der Atmosphäre und ist 300-mal klimawirksamer als CO₂. Die Tierhaltung verursacht fast zwei Drittel der Lachgasemissionen. Der Grund ist die chemische Düngung von Futterpflanzen.

Stickstoff spielt in den Ökosystemen eine Schlüsselrolle, besonders bei den Kreisläufen von Kohlenstoff und Bodenmineralien. Im Landbau kam der Stickstoff bis zur Erfindung des Chemiedüngers vor allem aus Dung sowie aus der Luft, aus der ihn die Knöllchenbakterien binden, die an den Wurzeln von Hülsenfrüchten wie Erbsen, Linsen oder Soja leben. Tiere nutzen den Stickstoff in der Nahrung kaum und scheiden etwa die Hälfte wieder aus. Durch chemische Düngung, auch von Futterpflanzen, gelangt mehr Stickstoff in Böden, Wasser und Atmosphäre, als Pflanzen aufnehmen können. Extensive Tierhaltungssysteme ohne chemisch gedüngtes Kraftfutter haben daher trotz des stickstoffreichen Dungs eine ausgewogene Stickstoffbilanz. Außerdem erhöht Dung die Bodenfruchtbarkeit, den Humusgehalt und die Wasserhaltekapazität des Bodens. Das verhindert Bodendegradierung. Flüssigmist aus industrieller Tierhaltung ist dagegen ein ungelöstes Problem vor allem wegen des Stickstoffeintrages. Dennoch errechnete die Universität Wageningen (Niederlande), finanziert von Europas größtem Fleischvermarkter Vion, dass konventionelles Schweinefleisch klimafreundlicher sei als Bioware.

Extensive Tierhaltung ohne Kraftfutter spart nicht nur Klimagasemissionen ein, sie erhält auch Ökosysteme. Weide-

land, sofern es nicht umgebrochen wird, hat stark durchwurzelten Boden und ist damit reich an organischer Substanz. Das gilt besonders für Savanne, Pampa, Prärie und Tundra. Diese Ökosysteme bedecken 45 Prozent der Landfläche, 1,5-mal mehr als Wälder. Während Wälder ihre Biomasse jährlich um etwa zehn Prozent erhöhen, sind es bei Savannen 150 Prozent. Tropische Savannen speichern unterirdisch mehr Kohlenstoff als jedes andere Ökosystem. Im Durchschnitt entweichen beim Grünlandumbruch 59 Prozent des Kohlendioxids in die Atmosphäre.

Weideland und Weidetiere sind in der Evolution gemeinsam entstanden. Wiederkäuer wie Rinder, Ziegen, Schafe und Kamele tragen zur Biodiversität des Weidelandes bei, während sie Raufutter in Nahrungsmittel für die Menschen umwandeln. Trotz der Synergien wurden Hirtenvölker oft für Überweidung verantwortlich gemacht und von Weideland vertrieben. Heute sehen auch manche großen Naturschutzorganisationen wie IUCN dies anders und fordern Regelungen, die die Weidewirtschaft unterstützen.

CO₂-Speicher Weideland ohne Lobby

Weide-Ökosysteme haben noch keine Lobby wie Wälder oder Feuchtgebiete. Erst als die ersten Ölpalmenplantagen für Agrokraftstoffe in Indonesien entstanden und Organisationen wie Wetlands International die Öffentlichkeit über die riesigen CO₂-Speicher der Feuchtgebiete und die Torfbrände aufklärten, setzten sich viele Umweltorganisationen für den Schutz von Feuchtgebieten ein. Auch Savannen, Prärien, Pampas und Tundren brauchen jetzt Fürsprecher, damit zum Beispiel die EU den Agrokraftstoffanbau in Ökosystemen ausschließt, die wegen Nutztierhaltung nicht als natürliches Grasland gelten. Nur so lässt sich der Umbruch von Weideland in und außerhalb der EU eindämmen.

Befürworter verweisen darauf, dass man in geschlossenen Haltungssystemen die Emissionen auffangen und Biogas zu Energiezwecken verwerten kann. Klimagelder aus dem Clean Development Mechanism stehen dem Süden dafür zur Ver-

fügung. Biogasanlagen für mehrere Dutzend Schweinemastbetriebe sind in Brasilien, Mexiko, den Philippinen und anderen Ländern gefördert worden. Zumindest in Mexiko gab es allerdings große technische Schwierigkeiten mit den Anlagen, die sogar den künftigen Einsatz infrage stellen. Die Biogasanlagen sollen offenbar nur die Massentierhaltung rechtfertigen. Alle anderen Umwelt-, Tierschutz- und Tiergesundheitsprobleme wachsen weiter.

Überholte Vorstellungen vom Fleischkonsum

Die Weidehaltung kam in den Ruf klimaschädlich zu sein, weil sie pro Produkteinheit wie auch pro Tier mehr Emissionen als die industrielle Haltung verursacht. Die Welternährungsorganisation FAO unterstreicht in einem aktuellen Bericht, dass die Treibhausgasemissionen pro Liter Milch in Entwicklungsländern höher sind als in Industrieländern. Die wachsende Weltbevölkerung und ihr steigender Wohlstand würden die Nachfrage steigern, so ein häufiges Argument. Doch langsam wächst die Einsicht, dass die Nachfrage nach tierischen Produkten stark durch Preissenkungen angetrieben wird, die wiederum durch hohe Subventionen für den Tiersektor ermöglicht werden.

Konsummuster sind zudem eng an Produktionsweisen gekoppelt, auch in einer globalisierten Welt. So verbrauchen InderInnen durchschnittlich einen Liter Milch am Tag, gelegentlich ergänzt durch Eier und Fisch. Der Großteil der Proteinversorgung stammt aus viel klimafreundlicherem pflanzlichem Eiweiß, überwiegend aus Getreide und Hülsenfrüchten. Bei US-BürgerInnen kommen dagegen im Durchschnitt ein Pfund Fleisch sowie Eier und Fisch zu dem täglichen Liter Milch hinzu. Dabei ist, entgegen einer verbreiteten Ansicht, tierisches Eiweiß für die menschliche Ernährung nicht notwendig. Auch die FAO gibt keine Empfehlung für einen Mindestverzehr. Für Mikronährstoffe wie Eisen, wichtig für Frauen und Kinder, genügt eine kleine Menge tierischer Lebensmittel. Der durchschnittliche Verzehr liegt dagegen in den Industrieländern und

in vielen Schwellenländern im ungesunden hohen Bereich, besonders bei Männern.

Auch mit Hühnerfleisch oder Fisch bleiben wir in der Klima-Sackgasse, solange Konsum und Produktion angeheizt werden. Entscheidend ist, wie die nicht nachhaltige industrielle Produktion minimiert werden kann. Raufutter und geeignete Reststoffe aus Landwirtschaft, Verarbeitung und Haushalten sollten die wichtigsten Futtermittel sein, während Getreide- und Sojaflächen weitestgehend zur Erzeugung pflanzlicher Nahrung für die Menschen anstelle von Futtermitteln oder Agrarkraftstoffen dienen sollten. Preise, die die realen Kosten widerspiegeln, können dabei helfen, die Konsummengen auf ein klimaverträgliches Niveau zu senken. Das erfordert politische Vorgaben und anpassungsfähige Lieferketten. Der Vorschlag von Bioland, Fleisch mit der regulären Mehrwertsteuer von 19 Prozent zu belegen, geht in die richtige Richtung. Auch die FAO empfiehlt seit Kurzem eine Besteuerung.

Während die Klimaverhandlungen Wege suchen, CO₂ aus der Atmosphäre zu holen und die Emissionen zu senken, steht das gefährlichere Lachgas gar nicht erst auf der Tagesordnung. Selbst Methan wird praktisch nicht erwähnt, sondern in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Dabei könnte es durch Reduzierung des Fleischkonsums rasch vermindert werden. Klimazertifikate auf Fleischprodukte aus industrieller Haltung kämen dagegen einem Umstellen der Liegestühle auf der Titanic gleich – dorthin, wo man das Leck nicht sieht.

Anmerkung

- (1) Alle Quellenangaben siehe Langfassung: Gura, S. (2010): Ist die industrielle Tierhaltung klimaeffizient? Agrar Info 169. Hamburg, S. 1–4. www.kurzlink.de/agrar-info

Susanne Gura ist freiberufliche Beraterin in der internationalen Agrarpolitik und arbeitet zu biologischer Vielfalt in der Landwirtschaft. Sie lebt in Bonn.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 9480670,
E-Mail: gura@dinse.net,
www.globe-spotting.de/special_fleisch.html



Desertifikation

Europa wüst und leer?

Intensive Nutzungsformen zerstören die Selbstheilungskräfte sensibler Ökosysteme

Einschneidende Eingriffe in die Ökosysteme europäischer Trockengebiete können das ökologische Potenzial ehemals fruchtbarer Landstriche zerstören. Zwölf Prozent der Flächen in Europa sind bereits bedroht – das ist auch ein ökonomisches Problem. Nun ist die Politik gefragt. ■ VON JÜRGEN VOGT, JRC, UND MARIAM AKHTAR-SCHUSTER, DESERTNET

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass der Begriff Desertifikation die Ausbreitung von Wüsten beschreibt und damit die räumliche Nähe einer Wüste voraussetzt. Der Begriff umschreibt vielmehr die Degradation, das heißt die fortschreitende und nachhaltige Zerstörung des ökologischen Potenzials ehemals produktiver Landstriche, speziell in ariden, semi-ariden und trocken sub-humiden Regionen. Diese meist schleichende Landverödung über lange Zeiträume führt zur Einschränkung der Grundfunktionen eines Ökosystems bis hin zu ihrem irreversiblen Verlust.

Der Begriff Desertifikation wurde in den 1940er-Jahren geprägt und hat durch die Dürrekatastrophen im Sahel in den 1970er-Jahren weltweit wissenschaftliche, politische und öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Nachfolgende politische Initiativen mündeten 1994 in die Verabschiedung der UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD), die seither von 193 Staaten ratifiziert wurde.

Komplexes Ursachengeflecht, hohe Folgekosten

Desertifikation resultiert aus dem vielfältigen Zusammenspiel zwischen menschlichem Handeln und natürlichen Prozessen. Der Begriff leitet sich von „desertus facere“, also Wüstmachen oder Verwüsten, ab und verdeutlicht damit ganz anschaulich mögliche Auswirkungen einer zu intensiven oder unsachgemäßen Landnutzung. Trockengebiete mit ihrem zerbrechlichen ökologischen Gleichgewicht reagieren dabei besonders empfindlich. Der Rückgang der Vegetationsdecke, anhaltende Knappheit und Verschmutzung

von Oberflächen- und Grundwasser, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Versalzung und Verdichtung des Oberbodens oder starke Bodenerosion sind Anzeichen für Nutzungsformen, die das natürliche Regenerationspotenzial der Ökosysteme mittel- bis langfristig übersteigen.

Beschleunigt werden diese Prozesse oftmals durch anhaltende Trockenperioden und Dürren. Im Zuge des Klimawandels ist daher auch in Europa mehr Desertifikation

Klimazonen

Arides Klima (lateinisch aridus = trocken): Die potenzielle Verdunstung (V) pro Jahr übersteigt den Niederschlag (N) einer Region (jährliches Verhältnis V/N: 0,05 bis 0,2).

Semi-arides Klima: Der Niederschlag ist sechs bis neun Monate pro Jahr geringer als die potenzielle Verdunstung (V/N: 0,2 bis 0,5).

Trocken sub-humides Klima (lateinisch humidus = feucht): Teilweise trockenes Klima. Die potenzielle Verdunstung übersteigt in einigen Monaten des Jahres den Niederschlag (V/N: 0,5 und 0,65).

zu erwarten. Gegenwärtig gehen Experten davon aus, dass etwa zwölf Prozent der Fläche Europas von Desertifikation bedroht sind.

Ursache ist neben der jahrhundertelangen Landnutzung vor allem die heutige intensive und industrialisierte Landwirtschaft. Diese verursacht erhebliche Schäden, zum Beispiel durch die Vernich-

ung ökologisch bedeutsamer Terrassen und Feldraine oder die Bearbeitung großer, offener Areale mit schwerem Gerät. Hinzu kommt in vielen Gebieten mit natürlicher Wasserknappheit eine oftmals intensive Bewässerungswirtschaft, die langfristig verheerende Folgen für den natürlichen Wasserhaushalt hat.

Im industrialisierten Europa hat Desertifikation vor allem ökologische und ökonomische Auswirkungen. Verstärkt durch den Klimawandel, werden diese volkswirtschaftlichen und ökologischen Verluste in Zukunft immer schmerzhafter zu spüren sein. Denn die Absenkung des Grundwasserspiegels, die Verringerung der Bodenfruchtbarkeit sowie zunehmende Bodenerosion und Wasserknappheit können langfristig zu empfindlichen Ertragsrückgängen führen. Aber auch immer mehr Schäden an der Infrastruktur, etwa durch Hangrutschungen und Überflutungen nach Starkregen, sind zu erwarten. Fortschreitende Desertifikation lässt außerdem schnell die natürlichen Selbstheilungskräfte schwinden. Mit zunehmender Degradierung werden daher sehr großräumige und kostenaufwendige Restaurationsmaßnahmen nötig.

Vor allem der Süden und der Osten sind gefährdet

In Europa sind Degradationsprozesse mit unterschiedlichen Schweregraden zu beobachten. Ein klassisches Desertifikationsgebiet ist der Mittelmeerraum. Hier hat die jahrtausendealte Landnutzung zur weiträumigen Vernichtung der ursprünglichen Wälder und zum intensiven Bodenabtrag mit allen bekannten Folgen für Wasserhaushalt und Bodenfruchtbarkeit geführt.

Durch die hohe Bevölkerungsdichte und die intensive Nutzung vor allem in den Küstengebieten ist diese Region weiterhin stark gefährdet. In Spanien beispielsweise listet die Regierung seit mehreren Jahren Desertifikationsrisikogebiete auf. Demnach sind über 40 Prozent des Staatsgebiets durch Erosion, große Bau- und Tourismusprojekte, Intensivlandwirtschaft und die zunehmende Erwärmung bedroht. Die Provinz Murcia ist zu fast 100 Prozent von Desertifikation betroffen. Stark betroffen sind etwa auch Almería und Valencia.

Hinzu kommen weite Bereiche von Ost- und Südosteuropa, die sich durch leichte Böden und ein erhöhtes Dürrierisiko, gepaart mit intensiver Nutzung, auszeichnen. Stärkere und längere Dürren sowie Starkregen sind aber auch außerhalb dieser Regionen eine Gefahr.

Ursachenbekämpfung ist die wichtigste Gegenmaßnahme

Was kann Europa tun? Der grundlegende Ansatz muss in der Ursachenbekämpfung liegen. Hier sind im letzten Jahrzehnt erste Schritte mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000), der EU-Strategie zum Bodenschutz (2006) und der Mitteilung der EU-Kommission zu Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union (2007) gemacht worden. Diese Ansätze müssen konsequent weiterentwickelt und in die Praxis überführt werden, gepaart mit einer Politik für nachhaltige Landwirtschaft und mehr Klimaschutz. Kernpunkte müssen eine an das naturräumliche Potenzial und

das regionale Klima angepasste Landnutzung sowie der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen sein. Auf globaler Ebene bleibt die UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation das wichtigste Werkzeug. Dabei erfordert die Verflechtung zwischen Desertifikation, Klimaveränderung und Biodiversität eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung der drei entsprechenden UN-Konventionen. Nur abgestimmte und wissenschaftlich untermauerte Maßnahmen können auf regionaler und nationaler Ebene zu bezahlbaren und nachhaltigen Lösungen führen.

Forscher vernetzen sich und warnen, handeln muss die Politik

Seit 2005 hat sich aus einer deutschen Initiative das Netzwerk DesertNet International entwickelt, in dem rund 200 WissenschaftlerInnen aus über 40 Ländern zusammenarbeiten. DesertNet versteht sich als Schnittstelle zwischen Forschung und Politik, unterstützt aber auch den Wissenstransfer innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Das Netzwerk kooperiert mit UN-Einrichtungen sowie mit anderen internationalen und nationalen Initiativen.

Weitere Netzwerke sind im Rahmen der Entwicklung eines neuen Weltatlas und Informationssystems zur Desertifikation und eines europäischen Observatoriums für Dürre im Aufbau. Beide Initiativen werden von der Forschungsgruppe zu Dürre und Desertifikation am Gemeinsamen For-

schungszentrum der EU im italienischen Ispra getragen.

Für Europa ist zu befürchten, dass sich durch zunehmende klimatische Extreme die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Desertifikation, aber auch ihre Intensität in näherer Zukunft verstärken werden. Um Europa vor teuren ökologischen und wirtschaftlichen Folgen zu schützen, muss die Politik jetzt handeln. Hierfür braucht sie wissenschaftlich abgesicherte Diagnoseverfahren sowie praktische Vorsorge- und Wiederherstellungsmaßnahmen. Spätestens seit der ersten wissenschaftlichen Konferenz der UNCCD in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires im Herbst 2009 muss der politischen Ebene die Bedeutung einer fortlaufenden Beobachtung von Desertifikationsprozessen mithilfe fundierter bio-physikalischer und sozio-ökonomischer Indikatoren bewusst sein. Die Wissenschaft hat auf dieser Konferenz einen entscheidenden Schritt auf die Politik zu getan. Nun muss diese reagieren, um wissenschaftlich abgesicherte und langfristig tragfähige Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Geograf Jürgen Vogt leitet eine Arbeitsgruppe zur Dürre- und Desertifikationsforschung am Gemeinsamen Forschungszentrum der Europäischen Kommission in Ispra (Italien). Er arbeitet mit EU- und UN-Einrichtungen zur Umsetzung wissenschaftlicher Methoden in der Politik zusammen.

Kontakt:
Tel. +39 (0)332 / 785481
E-Mail: juergen.vogt@
jrc.ec.europa.eu
<http://desert.jrc.ec.europa.eu>



Die Geografin Mariam Akhtar-Schuster ist Co-Sprecherin des neu gegründeten Vereins DesertNet International, des weltweit größten internationalen Wissenschaftsnetzwerks zur Desertifikationsbekämpfung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 42816533
E-Mail: makhtar-schuster@
botanik.uni-hamburg.de
www.european-desertnet.eu



Desertifikationslinks

- ▶ UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD): www.unccd.int
- ▶ EU-Kommission, Generaldirektion Umwelt – Multilaterale Umweltvereinbarungen: www.ec.europa.eu/environment/international_issues/agreements_en.htm
- ▶ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) – Desertifikation: www.gtz.de/de/themen/9852.htm
- ▶ DesertNet Deutschland: www.desertnet.de
- ▶ DesertNet International: www.european-desertnet.eu
- ▶ Gemeinsames Forschungszentrum der Europäischen Kommission (JRC) – Desertification, Land Degradation and Drought: <http://desert.jrc.ec.europa.eu>

Produktpolitik

Die Computerpest

Der Boom der Informationstechnologien hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklungsländer

Milliarden Rechner, Handys und Player verursachen vor, während und nach ihrem Lebenszyklus jede Menge Umwelt- und Menschenrechtsprobleme. Doch das Bewusstsein dafür muss erst geweckt werden. Dafür braucht es Druck aus der Zivilgesellschaft und kritische VerbraucherInnen. ■ VON CORNELIA HEYDENREICH, GERMANWATCH

Alle tragen heutzutage Silber, Gold und Platin – jedoch nicht am Finger oder Hals, sondern im Handy. ⁽¹⁾ Etwa 30 unterschiedliche Metalle verstecken sich in den modernen Geräten der Informationstechnologie (IT). Doch so alltäglich Handys, Laptops und MP3-Player inzwischen sind, so wenig bekannt sind die Probleme, die sich hinter den Geräten verbergen. Der enorme Boom der IT-Branche lässt die Nachfrage nach Metallrohstoffen in die Höhe schnellen. In jedem der vergangenen drei Jahre wurden allein mehr als eine Milliarde Handys verkauft und im Jahr 2008 ging der milliardste Computer über den Ladentisch. Die Elektronikindustrie verbraucht damit einen immer größeren Anteil der weltweit vorhandenen Metalle. Zinn, Kobalt und Co werden vielfach in Entwicklungsländern abgebaut, was dort zahlreiche Probleme verursacht.

Kinderarbeit und Todesfälle

Die Arbeit im Rohstoffabbau ist gefährlich und wird schlecht bezahlt. Viele ArbeiterInnen leiden an ernsthaften Krankheiten. Häufig atmen sie mangels Atemschutz Mineralstäube ein, was die Lungen schädigt und die Augen reizt. Oft endet die Arbeit sogar im Unfalltod. Häufig setzen die Bergbaufirmen LeiharbeiterInnen ein. Deren Verträge sind nicht an Tarife gebunden, befristet und die Löhne entsprechend niedriger. Die weltgrößte Platinfirma Anglo Platinum beschäftigte allein in Südafrika im Jahr 2007 rund 40 Prozent ihrer Arbeitskräfte als LeiharbeiterInnen. Die gewonnenen Platinmetalle landen schließlich in Computerfestplatten und LCD-Bildschirmen von Laptops sowie

Flachbildfernsehern. Auch Kinderarbeit ist ein Problem: In der Demokratischen Republik (DR) Kongo schufteten schätzungsweise 50.000 Kinder im Kobaltabbau – manche von ihnen sind erst sieben Jahre alt. Ungefähr die Hälfte des weltweit geförderten Kobalts stammt derzeit aus der DR Kongo sowie aus Sambia. Kobalt dient unter anderem der Herstellung von Akkus für Handys und Laptops.

Mondlandschaften statt Natur

Auch die Umwelt leidet unter der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen. In der Inneren Mongolei in China, wo sogenannte Seltene Erden wie Neodym abgebaut werden, verpesten Metallhütten die Luft – in manchen Regionen so stark, dass die BewohnerInnen kaum die Sonne sehen. Die Seltenen Erden verwendet die IT-Branche beispielsweise für fluoreszierende Substanzen in Computerbildschirmen.

Problematisch ist auch der Abbau von Zinn. In Indonesien etwa, dem zweitgrößten Zinnproduktionsland der Welt, zerstört er ganze Landschaften. Auf den Inseln Bangka und Belitung, den Hauptabbaueregionen, sind große Waldflächen verschwunden, zahlreiche Wasserquellen verseucht sowie Tier- und Pflanzenarten bereits unwiederbringlich verloren. Einige Inselbereiche erinnern an Mondlandschaften: Alte, zerklüftete Gruben prägen das Landschaftsbild, wo einst Natur war. Zinn wird vor allem als Lötzinn in elektronischen Geräten verwendet.

Reiche Rohstoffvorkommen heizen zudem immer wieder kriegerische Konflikte an. Trauriges Beispiel ist die DR Kongo, eines der rohstoffreichsten Länder der Welt. Der Abbau seiner Coltan-,

Zinn-, Diamant- und Goldvorkommen fördert weder allgemeinen Reichtum noch Entwicklung – die DR Kongo rangiert im Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen noch immer auf einem der letzten Plätze. Die Rohstoffe haben einen grausamen Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Rebellengruppen und Regierungstruppen angeheizt. Doch internationale Aufmerksamkeit hat lediglich die Gewinnung von Coltan in der DR Kongo erweckt. Coltan-Erz enthält das seltene und teure Metall Tantal, das zu knapp 60 Prozent in der Computer- und Handyproduktion eingesetzt wird. Der Boom der Mobilfunkindustrie machte Coltan sehr begehrt. Die Einkünfte aus seinem Verkauf finanzierten jahrelang die Rebellen. UN-Berichte und öffentlicher Druck bewirkten schließlich, dass Coltan aus der DR Kongo für Mobilfunkhersteller tabu wurde.

Neben Coltan ist auch hier der Abbau von Zinn ein Problem. Zwar liefert die DR Kongo nur zwei bis drei Prozent des weltweit produzierten Zinns, aber Berichten zufolge fließen immer mehr Einnahmen daraus in die Taschen bewaffneter Rebellengruppen. Auch dafür muss sich die Elektronikindustrie verantworten, denn sie bezieht insgesamt bereits mehr als ein Drittel dieses Rohstoffs auch aus der DR Kongo.

Der Rohstoffabbau führt zu unzähligen Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere beim flächigen Abbau wie dem Goldtagebau wird die Bevölkerung oft zwangsumgesiedelt und nicht angemessen entschädigt. In Krisenregionen schützen Bergbauunternehmen ihre Anlagen oft durch bewaffnete Sicherheitskräfte, die die Rechte der umliegenden Gemeinden mit Füßen treten.

Am Ende der Wertschöpfungskette

Aber nicht nur bei der Rohstoffförderung, sondern auch am Ende der Wertschöpfungskette, bei der Verschrottung, verursachen die Produkte der IT-Industrie große Probleme in Entwicklungsländern. Einer Schätzung der Universität der Vereinten Nationen zufolge fallen allein in Europa jährlich durchschnittlich 8,7 Millionen Tonnen Elektroschrott an. Davon wird nur ein Viertel gesammelt und verschrottet beziehungsweise recycelt. Die übrigen alten Computer und Fernseher lagern zu Hause oder landen unerlaubt im Restmüll, auf einer wilden Deponie oder letztendlich im Ausland. Zwar ist der Export von gefährlichen Abfällen wie Elektroschrott in der EU eigentlich verboten. Doch wiederverwendbare Geräte dürfen ausgeführt werden.

Der EU-Experte Kurt van der Hertzen schätzt, dass bis zu drei Viertel der Geräte, die in Ländern wie Ghana oder Nigeria ankommen, kaputt sind. Mit gefährlichen Recyclingmethoden versuchen häufig Kinder und Jugendliche über offenem Feuer ein paar Gramm Kupfer auszuschmelzen. Mit giftigen Säuren lösen sie einen Teil der Edelmetalle wie Gold oder Platin aus den Platinen. Dabei lösen sich die in den Computern und anderen Geräten enthaltenen Schwermetalle wie Blei, Kadmium und Quecksilber sowie toxische Substanzen wie PVC und bromierte Flammschutzmittel und verseuchen Grundwasser wie Boden. Die Dämpfe und Rauchgase führen zu starken Gesundheitsschäden.

Grundsätzlich ist Recycling natürlich sinnvoll – aber nur, wenn die technischen Voraussetzungen eine entsprechende Ausbeute und ein umweltschonendes Verfahren ermöglichen. In modernen Recyclinganlagen lassen sich heutzutage aus Computerplatinen mehr als 95 Prozent der Edelmetalle ausschmelzen und neun Zehntel vieler weiterer Metalle zurückgewinnen. Je mehr Computer und Handys nach möglichst langer Nutzung nicht zu Hause verstauben oder in Afrika landen, sondern bei Spezialrecyclingfirmen, umso mehr Metalle lassen sich wiederverwerten. Auch wenn in einem einzelnen Handy oder Computer nur wenige Milligramm Gold oder Palla-

dium stecken, enthalten doch alle im Jahr 2007 hergestellten Computer und Handys den Angaben der Spezialrecyclingfirma Umicore zufolge insgesamt 85 Tonnen Gold und 31 Tonnen Palladium. Metallrecycling spart nicht nur Kosten und Energie. Es verringert zukünftige Rohstoffknappheiten und reduziert vor allem die sozialen und ökologischen Missstände beim Abbau. Sowohl Unternehmen als auch Politik und VerbraucherInnen müssen sich dringend für höhere Recyclingquoten einsetzen.

Elektronikindustrie kommt in Bewegung

Da die KonsumentInnen im Gegensatz zu Kaffee oder Bananen die Minerale nicht im Geschäft kaufen, können sie keinen direkten Druck auf die Rohstoffunternehmen ausüben. Deshalb stehen mit der IT-Industrie die verarbeitenden Unternehmen im Mittelpunkt von Kampagnen wie „makeITfair“⁽²⁾. Die Finanzierung des schmutzigen Bürgerkrieges in der DR Kongo durch den Coltanabbau hatte die Öffentlichkeit derart aufgeschreckt, dass zahlreiche Firmen von ihren Zulieferern verlangten, auf Coltan aus der DR Kongo zu verzichten. Das bezog sich allerdings nur auf den skandalisierten Fall mit diesem einen Metall, während sich in Handys noch etwa 30 andere Metalle verbergen.

MakeITfair hat mit Recherchen zu Kobalt, Platinmetallen und Zinn immerhin einige Firmen wachgerüttelt. Anfang 2007 verschickte die Initiative einen Fragebogen an die führenden Elektronikfirmen. Diese sollten angeben, aus welchen Ländern und Minen sie ihre Metalle beziehen und ob dort Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden. Die antwortenden Firmen erklärten damals, die Herkunft der Metalle nicht zurückverfolgen zu können, da sie diese nicht selbst einkaufen. Sie betonten, deshalb keinen Einfluss auf die Arbeits- und Umweltstandards zu haben. Im November 2007 veröffentlichte makeITfair Studien über die erschreckenden Arbeits- und Umweltbedingungen beim Abbau der Metalle Zinn, Kobalt, Platin und Palladium in Afrika. Sie zeigten, dass die Elektronikindustrie mit einem Anteil von 35 Prozent bei Zinn, 25 Prozent bei Kobalt und

15 Prozent bei Platin und Palladium ein wichtiger Endverbraucher der Metalle ist. Die Untersuchungen belegten auch, dass es möglich ist, den Weg zumindest einiger Metalle zurückzuverfolgen.

Mit einer E-Mail-Kampagne, einem Forderungskatalog und durch Dialog mit den Unternehmen hat makeITfair Bewegung erreicht. Ein Großteil der Hersteller sowie die beiden Unternehmensverbände Electronic Industry Code of Conduct (EICC) und Global e-Sustainability Initiative (GeSI) reagierten. EICC und GeSI gaben eine eigene Studie zum Rohstoffabbau in Auftrag. Diese bestätigte, dass die IT-Branche eine bedeutende Menge verschiedener Metalle verwendet und demnach Einfluss auf die Abbaubedingungen hat. In der Folge beauftragten EICC und GeSI die Organisation Resolve mit der Entwicklung eines Transparenzmodells für IT-Rohstoffe. Ein Pilotprojekt soll die Rohstoffkette von Zinn-, Tantal- und Kobaltminen bis zur Markenfirma aufdecken.

Transparenz ist aber nur der Anfang. Langfristiges Ziel ist die Einhaltung der Menschenrechte sowie von Arbeits- und Umweltstandards beim Rohstoffabbau. Doch so weit ist die Branche leider noch lange nicht.

Anmerkungen

- ▶ (1) Dieser Artikel erschien zuerst in: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. politische ökologie 115. oekom, München 2009. www.oekom.de/zeitschriften
- ▶ (2) makeITfair ist eine europäische Aufklärungskampagne von Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland, den Niederlanden, Finnland, Schweden, Dänemark und Ungarn sowie aus Kongo, Indien und China. Ihre Themen sind die in der IT-Industrie verarbeiteten Rohstoffe sowie menschenrechtliche, soziale und ökologische Probleme im Zusammenhang mit ihrer Förderung und Entsorgung.

Die Geografin Cornelia Heydenreich ist Referentin für Unternehmensverantwortung bei Germanwatch e. V. in Berlin. Sie leitet die deutschen Aktivitäten der europäischen Kampagne makeITfair.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 28883564,
E-Mail: heydenreich@germanwatch.org,
www.germanwatch.org
www.makeitfair.org



Den Kapitalismus zähmen

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie ausgebrannt unser scheinbar kraftstrotzendes Wirtschaftssystem in Wahrheit ist. Doch die globalisierte Marktwirtschaft macht weiter wie bisher und ignoriert Armut, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Der ehemalige Top-Manager Peter H. Grassmann zeichnet einen neuen Weg vor, der weder dem Macho-Kapitalismus noch der Staatsgläubigkeit huldigt – den Weg des gesellschaftlichen Dialogs.

P. H. Grassmann

BURN OUT

Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,90 EUR
ISBN 978-3-86581-191-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallstatistik

Zu viel Einweg unterwegs

■ 80 Prozent der Verpackungen von Getränken sollten laut Verpackungsverordnung in „Mehrweg- oder ökologisch vorteilhaften Einwegverpackungen“ (MöVE) vertrieben werden. Doch im Jahr 2008 wurde dieses Ziel nicht erreicht und die Quote ist sogar noch gesunken: Lediglich rund 52 Prozent der Getränke waren ökologisch korrekt verpackt. Besonders bei alkoholfreien Getränken gebe es kaum noch Mehrwegverpackungen, heißt es in einer Studie für das Umweltbundesamt (UBA). Der Mehrweganteil aller mit Pfand belegten Getränkearten sei im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich geschrumpft, der Verbrauch von pfandpflichtigen Einwegverpackungen stark gestiegen.

Die Allianz für Mehrweg hat bereits im letzten Jahr mit 5.000 Getränkefachhändlern eine Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ gestartet und fordert eine Lenkungsabgabe von 20 Cent auf alle Einweggetränkeverpackungen. Das Ziel der Verpackungsverordnung sei eindeutig, Verpackungsabfälle zu vermeiden, und dieses Ziel erfüllten nur Mehrwegverpackungen. Einwegdosen- und Plastikflaschenhersteller ließen die Wegwerfverpackungen außerdem „ökologisch schönrechnen“, kritisierte die Deutsche Umwelthilfe, die die Allianz mitträgt. Unter anderem verwendeten sie in ihren Berechnungen zu geringe Gewichtsangaben.

Von einer Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen „vor allem aus Gründen einer problematischen politischen Durchsetzbarkeit“ rät allerdings eine weitere Studie ab, die das Bifa-Umweltinstitut im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt hat. Die Einführung der Pfandpflicht auf Einwegverpackungen habe positive Effekte auf die Umwelt gehabt: Es liege weniger Müll herum und durch die sortenreine Sammlung könnten die Abfälle besser recycelt werden. Das jetzige Pfandsystem könne aber noch

verbessert werden, indem klar zwischen Einweg und Mehrweg unterschieden, die Begrenzung der Gebindegrößen von bisher drei auf fünf Liter erhöht und mehr PET-Mehrwegflaschen verwendet würden. [jg]

- ▶ MöVE-Studie: www.kurzlink.de/ubastudie3935
- ▶ DUH: www.duh.de/abfall_recycling.html
- ▶ Evaluierung der Pfandpflicht: www.kurzlink.de/ubastudie3931

Produktwarnungen

Hohes Chemikalienrisiko bei Spielzeug und Bekleidung

■ Das europäische Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte, Rapex, hat es ans Licht gebracht: Jedes vierte Produkt der im letzten Jahr gemeldeten Güter wurde aufgrund zu hoher Chemikalienbelastung als Gefahr für die KonsumentInnen eingestuft. Das ist ein Zuwachs von fünf Prozent gegenüber 2008. Dieser Anstieg ist laut Rapex-Jahresbericht auf das Verbot von Dimethylfumarat (DMF) zurückzuführen. DMF wird vor allem in Lederprodukten als Antischimmelmittel verwendet und kann starke allergische Reaktionen auslösen. Im letzten Jahr wurde mithilfe von Rapex eine Reihe von DMF-belasteten Produkten vom europäischen Markt genommen.

2009 sind insgesamt fast 2.000 gefährliche Produkte bei Rapex gemeldet worden. Über die Hälfte der Warnungen betraf Spielzeug, an zweiter und dritter Stelle standen Bekleidung und Kraftfahrzeuge. Der Großteil der unsicheren Produkte wurde in China gefertigt. Eine Vereinbarung über eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Kommission und der chinesischen Behörde für Produktsicherheit war erst Ende 2008 erneuert worden. Rapex-Ansprechpartner in Deutschland sind die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. [at]

- ▶ Bericht: www.kurzlink.de/rapex2009.pdf

Schutz der Ozonschicht

Schrittweises Halon-Verbot

■ Die EU-Kommission hat einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, mit dem der Gebrauch von ozonschädigenden Halogenkohlenwasserstoffen (Halonen) in den nächsten 30 Jahren nach und nach vollständig verboten werden soll.

Die Produktion von Halonen ist in der Europäischen Union seit 1994 durch das Montrealer Protokoll verboten, allerdings war die Nutzung für „kritische Verwendungszwecke“ wie Brandbekämpfung noch erlaubt. Da es aber inzwischen Alternativen gibt, will die EU-Kommission den Einsatz schrittweise mit verbindlichen Stichtagen verbieten, so 2011 für bestimmte Anwendungen in militärischen Land- und Luftfahrzeugen oder 2018 für die Anwendung in Frachträumen von Flugzeugen. [jg]

► www.kurzlink.de/halonverbot2010.pdf

Ozonschädigende Substanzen

Einfuhr für 2010 geregelt

■ Durch einen im EU-Amtsblatt veröffentlichten Beschluss hat die EU-Kommission die Einfuhrmengen von ozonschädigenden Substanzen für das Jahr 2010 geregelt. Laut Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 sind solche Substanzen verboten und nur für bestimmte Zwecke ausnahmsweise erlaubt, deshalb gelten bestimmte Quoten für die importierenden Unternehmen, die namentlich genannt werden. Aus Drittländern dürfen in diesem Jahr beispielsweise nicht mehr als 15.420 Tonnen Halone oder 6.780 Tonnen Fluorchlorkohlenwasserstoffe importiert werden. Die Verordnung regelt die Einfuhr weiterer ozonabbauender Substanzen wie Chlorbrommethan und Methylbromid. Alle in der Verordnung genannten Stoffe gefährden nachweislich die Ozonschicht und sollten aus der Sicht von Umweltverbänden am besten gänzlich verboten werden. [jg]

► Beschluss der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/2010/209/EU

RoHS-Richtlinie

Solarmodule: Mit oder ohne Schwermetalle?

■ Der Vorstoß der EU, ein Verbot von gefährlichen Schwermetallen auch auf Solarmodule auszuweiten, spaltet die Solarindustrie. Hintergrund der Debatte, die innerhalb der Solarindustrie geführt wird, ist die anstehende Revision der EU-Richtlinie zur Beschränkung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS). Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft hatte Ende 2009 vorgeschlagen, die Richtlinie, die vor allem Konsumgüter wie Handys, Toaster oder CD-Player betrifft, auf alle elektronischen Geräte auszuweiten. Das beträfe auch Solarmodule, denn zur Verschaltung der einzelnen Zellen benutzen die Hersteller Blei. Außerdem sind etwa 20 Prozent der auf dem Markt erhältlichen Module Dünnschichtsolarzellen, die auf der Basis von Cadmiumtellurid-Halbleitern gefertigt werden. Cadmiumtellurid ist giftig. Unter bestimmten Bedingungen kann als krebserregend geltendes Cadmium freierwerden.

Die European Photovoltaic Industry Association (EPIA) warnte vor der Einbeziehung der Solarbranche in die RoHS-Richtlinie. EPIA verweist auf freiwillige Recyclingprogramme für Solarmodule. Die Einbeziehung von Modulen mit einer Lebensspanne von bis zu 25 Jahren in eine Richtlinie, die auf kurzlebige Konsumgüter ausgerichtet sei, mache keinen Sinn. Eine ähnliche Meinung vertritt der Europäische Rat für erneuerbare Energien EREC: Die negativen ökologischen Auswirkungen von Energie aus erneuerbaren Quellen seien im Vergleich mit denen aus fossilen Trägern unbedeutend.

Alternativen sind jedoch offenbar möglich. So verzichtet der Bonner Solarzellenhersteller Solar World bei der Herstellung seiner Module auf Cadmium und verwendet ausschließlich kristallines Silizium. Milan Nitschke, Pressesprecher der Solar World AG, sagte, es sei absurd, Solaranlagen aus einer Umweltrichtlinie auszuklammern. Auch die Non-Toxic Solar Alliance (NTSA), ein vor allem von

Wissenschaftlern getragener Verein, gehört zu den Befürwortern eines Verbots von Schwermetallen in Solarmodulen. Geschäftsführer Jan Kallmagen betonte, dass es noch keine unabhängige, öffentliche Studie gebe, die mit Sicherheit festgestellt habe, dass die Verwendung von Schwermetallen in Solarmodulen risikofrei sei. Außerdem benachteilige das jetzige Regelwerk Solarmodulhersteller, die schon heute ohne Schwermetalle produzierten.

Die Entscheidung bleibt jedoch den PolitikerInnen überlassen: Anfang Mai werden die EU-Abgeordneten eine Vorentscheidung im Umweltausschuss treffen. Die erste Lesung im Europäischen Parlament ist für Juni angesetzt. [at]

► NTSA: www.nts.ae

► EPIA: www.epia.org

► EurActiv: www.euractiv.com (Search: 468176)

Bergbau

Zyanid-Verbot gefordert

■ Gold soll in Europa künftig ohne Einsatz von Zyanid gewonnen werden. Das EU-Parlament hat sich Anfang Mai mit großer Mehrheit für ein Zyanid-Verbot im Bergbau ausgesprochen. Außerdem sollen Bergbauunternehmen verpflichtet werden, bei Unfällen die Kosten zu übernehmen. Projekte, die Zyanid verwenden, sollen keine EU-Gelder erhalten. Bis Ende 2011 soll die EU-Kommission entsprechend gesetzgeberisch tätig werden.

In Ungarn, Deutschland und Tschechien ist die Nutzung von Zyanid bereits verboten, in Finnland, Schweden und Rumänien wird es aber weiter zur Goldgewinnung genutzt, was die Gefahr größerer Umweltkatastrophen in sich birgt. Im rumänischen Baia Mare gab es im Jahr 2000 ein Leck mit verheerenden Folgen für die Fließgewässer auch im Nachbarstaat Ungarn. Mehr als 1.400 Tonnen Fische wurden getötet. Der Unfall gilt als größte Umweltkatastrophe in Osteuropa seit Tschernobyl. [jg]

► EU-Parlament: www.kurzlink.de/ep-2010-05-05

„Die Endlosausnahmen für uralte Kraftwerke sind ein Trauerspiel“

Die EU-Richtlinie zu Industrieemissionen könnte ein Beispiel für die Balance von Ökologie, Ökonomie und Sozialem sein, sagt der FDP-Europaabgeordnete Holger Krahmer, der das Gesetzeswerk wesentlich mitgestaltet hat. Umweltminister, die veraltete Dreckschleudern verteidigen, findet er genauso weltfremd wie Umweltverbände, die keine Ausnahmeregeln zulassen wollen.

umwelt aktuell: Herr Krahmer, Sie sind Bericht-ersteller des EU-Parlaments bei der Neufassung mehrerer wichtiger Richtlinien zu Industrieemissionen. Im Laufe des langjährigen Verfahrens haben Sie ein „Europäisches Sicherheitsnetz“ von Emissionsmindeststandards gefordert. Was ist aus der Idee geworden?

Holger Krahmer: Das Ziel der Industrieemissionsrichtlinie ist, die Verwendung bester verfügbarer Technik (BVT) besser als bisher durchzusetzen. Dafür wäre das Sicherheitsnetz ein geeignetes Instrument gewesen. Leider müssen wir feststellen, dass der Wille vieler Mitgliedstaaten gering ist, in der EU höhere Umweltstandards und Wettbewerbsgleichheit bei Umweltanforderungen an Industrieanlagen zu schaffen.

Nach dem neuen Kompromissvorschlag liegt eine Ausweitung des Sicherheitsnetzes stark im Ermessen der EU-Kommission. Das Parlament fordert hier jedoch für einige Sektoren und Schadstoffe verbindlichere Regeln, besonders bei Quecksilber, Dioxinen und Furanen sowie bei Großemittenten. Werden Sie sich für diesen Ansatz gegenüber dem Ministerrat starkmachen?

Natürlich! Wobei es auf das Herausstellen einzelner Schadstoffe gar nicht so ankommt. Die EU-Kommission ist aufgefordert, die Umweltauswirkungen und die BVT-Durchsetzung aller Industriesektoren regelmäßig zu untersuchen und Vorschläge für Mindeststandards zu machen, wenn es angebracht ist. Das ist der Kompromiss zum Sicherheitsnetz. 1.600 aktuelle Vertragsverletzungsverfahren wegen Anlagengenehmigungen, die nicht der BVT entsprechen, sind Grund genug, weiter für Mindeststandards zu werben.

Manche Mitgliedstaaten wollen die Abweichungsmöglichkeiten von der besten verfügbaren Technik nicht einschränken und insbesondere schärfere Emissionsgrenzen für Großfeuerungsanlagen weiter aufschieben. Sie hatten sich stark gegen „Scheunentore für Abweichungen“ ausgesprochen. Wie werden Sie damit in den Verhandlungen mit dem Ministerrat umgehen?

Es geht darum, dem Missbrauch der Flexibilität den Boden zu entziehen. Ich habe im Parlament gegen

starke Widerstände eine Formulierung erreicht, die gegenüber dem Rat verteidigt werden muss. Für mich hängt der Erfolg der revidierten Richtlinie in der Praxis vor allem von der Neufassung dieses Artikels ab. Die Großfeuerungsanlagen sind eine andere Baustelle. Die Endlosausnahmen für uralte Kraftwerke sind ein Trauerspiel. Ich verstehe nicht, wie sich EU-Umweltminister auf ambitionierte Luftqualitätsziele verständigen können und dann kommen sie bei den größten Verschmutzungsquellen mit Ausnahmeregelungen zurück, die weder aus ökonomischen noch aus ökologischen Gründen nachvollziehbar sind.

Sie haben gefordert, dass neue EU-Gesetze eine bessere Balance zwischen den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen der Union finden müssen. Kann das die neue Richtlinie leisten?

Die Industrieemissionsrichtlinie könnte ein gutes Beispiel dafür sein, wie diese Balance zu erreichen ist. Denn „beste verfügbare Technik“ beschreibt den Stand industriell erprobter und unter wettbewerbsfähigen Kosten einsetzbarer Technik. Es gibt kaum ein besseres Beispiel für die mögliche Balance zwischen den drei genannten Zielen.

Die Industrieverbände wollen Rechtssicherheit, aber keine allzu scharfen Grenzwerte. Die Umweltverbände fordern sehr strenge Gesundheits- und Umweltauflagen. Die Landwirtschaft fürchtet neue Belastungen. Mit welcher Gruppierung streiten Sie sich am liebsten?

Von Industrieverbänden – ausdrücklich nicht von deutschen – kommt oft das Argument, ein verbindlicher Einsatz bester verfügbarer Technik ist zu teuer und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Da kann ich als Ostdeutscher nur sagen: Der ökonomische und ökologische Kollaps der DDR war unvermeidlich, weil man über Jahrzehnte hinweg Investitionen in moderne Technik verschlafen hat. Umweltverbände übertreiben gerne in die andere Richtung und wollen den Mitgliedstaaten überhaupt keine Flexibilität erlauben. Das ist genauso weltfremd, denn keine Industrieanlage ist wie die andere. Man muss lokale und branchenspezifische

Besonderheiten berücksichtigen, ohne dass gleich unterstellt wird, man wolle Dreckschleudern laufen lassen.

Als umweltpolitischer Sprecher der FDP im Europaparlament wehren Sie sich gegen die „Ökodiktatur“ bei neuen Standards für Produkte im Haushalt. Wie sähe denn eine erfolgreiche liberale Umweltpolitik aus?

Die Umweltpolitik unserer Zeit ist zu stark geprägt von Vorschriften, erhobenen Zeigefingern und Appellen an das schlechte Gewissen der Menschen. Das Ergebnis sind oft politische Entscheidungen, bei denen der Glaube an die Wirkung größer ist als die tatsächlich messbare. Liberale Umweltpolitik gibt Ziele vor, überlässt die Suche nach dem Weg aber dem Wettbewerb der Marktteilnehmer. Technologien und Produkte zu verbieten, kommt für Liberale nur infrage, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, akute Gefahren abzuwehren. Andernfalls werden Verbote Gegenstand politischer Willkür und Mittel zur Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher Interessen. Wir sind für die Anwendung des Vorsorgeprinzips, ohne dabei der Illusion einer Null-Risiko-Gesellschaft zu verfallen. Risiken kann man nicht ausschließen, ohne gleichzeitig neue zu schaffen. Liberale wollen Natur nutzen und schützen. Wir sehen den Menschen nicht vorrangig als Zerstörer und Vernichter, sondern als Schöpfer und Gestalter.

[Interview: Matthias Bauer und Juliane Grüning]

Der Bankkaufmann Holger Krahmer wurde 2004 erstmals ins Europäische Parlament gewählt und arbeitet dort im Umweltausschuss. Er ist stellvertretender Vorsitzender der FDP Leipzig und Mitglied des Landesvorstands der FDP Sachsen.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 28-45344,
Fax -49344, E-Mail:
holger.krahmer@
europarl.europa.eu,
www.holger-krahmer.de



Industrieemissionen**Ausnahmeregelung für Dreckschleudern**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im Mai in einigen Punkten für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz bei der neuen Richtlinie über Industrieemissionen gestimmt, doch der ursprüngliche Vorschlag ist inzwischen abgeschwächt worden (siehe auch Interview S. 10).

Zugunsten von öffentlicher Beteiligung und Transparenz lehnten die Abgeordneten einige Vorschläge des EU-Ministerrats vom Februar ab. Die Neufassung der IVU-Richtlinie (Integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung) wird zurzeit in zweiter Lesung im Parlament behandelt. Der Umweltausschuss stimmte mehrheitlich für den Bericht des Berichterstatters Holger Kraemer (Liberalen, Deutschland).

Für Großfeuerungsanlagen wie Öl- und Gaskraftwerke sind etwas strengere Emissionsauflagen vorgesehen – nun allerdings erst ab 2019. Die EU-Kommission hatte ursprünglich 2016 vorgeschlagen, der Ministerrat wollte die Frist auf 2020 verschieben.

Der Emissionsexperte des Dachverbandes Europäisches Umweltbüro (EEB), Christian Schaible, zeigte sich besorgt. Einige Änderungsvorschläge wiesen in die falsche Richtung. So hätten die Abgeordneten für einen Antrag der konservativen Fraktion gestimmt, der Ausnahmen für Großfeuerungsanlagen vorsieht. Dadurch könnten veraltete Anlagen noch mehrere Jahre die Luft verpesten. Auch der Grundwasser- und Bodenschutz sei durch Änderungsanträge abgeschwächt worden.

Die ursprünglich ebenfalls in größerem Maßstab vorgesehene Einbeziehung von Agrarbetrieben beschränkt sich nun auf Großbetriebe. Ein Bodenzustandsbericht muss nicht mehr angefertigt werden.

Die Abstimmung im Plenum ist für Juli vorgesehen. [jg]

► EEB, Christian Schaible, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891094, E-Mail: christian.schaible@eeb.org, www.eeb.org

Luftqualität**Rußfilter für Baumaschinen**

■ Umweltverbände haben Dieselfußfilter als Pflichtausstattung für alle Baumaschinen gefordert. Baumaschinen verursachen rund ein Viertel der verkehrsbedingten Feinstaubemissionen. Dennoch müssten sie laut Bundesimmissionsschutzgesetz nicht mit Partikelfiltern ausgestattet werden, kritisierten die im Bündnis „Rußfrei fürs Klima!“ zusammengeschlossenen Verbände BUND, Deutsche Umwelthilfe, NABU und Verkehrsclub Deutschland. Doch auch Bagger, Mischer oder Planiermaschinen müssten Emissionsvorschriften einhalten. Die technischen Möglichkeiten seien gegeben, wie das Beispiel Schweiz zeige. Feinstaub ist einer der gefährlichsten Luftschadstoffe. Experten zufolge ist das Lungenkrebsrisiko bei Fahrern von Erdbewegungs- und Baumaschinen um das Zwei- bis Dreifache erhöht. [jg]

► www.russfrei-fuersers-klima.de

Luftverschmutzung**EU hat ein Stickoxidproblem**

■ Rund die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten kann die vorgegebenen Grenzwerte für Luftschadstoffe 2010 voraussichtlich nicht einhalten. Das hat die Europäische Umweltagentur EEA prognostiziert. Die größten Schwierigkeiten gebe es wie in den Vorjahren bei den Stickoxiden. Hauptverursacher sind der Straßenverkehr und nicht umgesetzte Emissionsreduktionen.

Die Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe sind in der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen festgelegt. Die NEC-Richtlinie legt nationale Höchstgrenzen für die Emission von Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden (NO_x), flüchtigen organischen Verbindungen und Ammoniak fest. Nach Berechnungen der EEA werden Österreich, Belgien und Irland die NO_x-Werte um mehr als 40 Prozent überschreiten, Frankreich und Spanien um mehr als 30 Prozent. Deutschland wird die Emissionsobergrenzen bei Stickstoffoxi-

den und Ammoniak überschreiten. Alle EU-Staaten bis auf Malta erreichen ihre Schwefeldioxidgrenzwerte – auch Spanien, das aber bei sämtlichen anderen Luftschadstoffen sein Limit überschreitet. [jg]

► www.eea.eu (Press room – Highlights – 04 May 2010)

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Uranabbau**Noch mehr Krebstote in Niger**

■ In der Umgebung der Uranminen in Niger häufen sich offenbar die Krebserkrankungen mit Todesfolge. Das berichtete der Nachrichtendienst IPS. Lokale Aktivisten der Organisation Aghir In'Man haben danach die Fälle von 110 Minenarbeitern untersucht, von denen 70 an Krebs gestorben seien. Als Ursache für diese extrem hohe Zahl komme nur die radioaktive Belastung durch den Uranabbau infrage. Aghir In'Man räumte ein, dass eine Dokumentation der Fälle sehr schwierig sei, wirft dem französischen Minenbetreiber Areva aber dennoch vor, nicht ausreichend für den Schutz der Werksarbeiter zu sorgen. Areva streitet alle Vorwürfe ab. [ms]

► www.ipsnews.net/news.asp?idnews=51149

Wasser**Konflikte verschärfen sich**

■ Die Warnungen von ExpertInnen, dass sich in vielen Weltregionen die Konflikte um Wasser massiv verschärfen könnten, haben in zwei Fällen neue Nahrung erhalten. Die Anrainer des Nils verhandeln zurzeit einen neuen Vertrag über die Nutzung des Flusswassers. Um die Frage, wer wie viel Wasser entnehmen darf, wird dabei erbittert gestritten. Der alte Vertrag aus der Kolonialzeit gesteht Ägypten einen Anteil von mehr als 80 Prozent zu. Die ►

Rio+20 soll der Green Economy ein Gesicht geben

Der nächste UN-Umweltgipfel soll die Wirtschaft als Schwerpunkt haben und eine schlagkräftigere globale Umweltorganisation schaffen. Über die holprigen Vorbereitungen schreibt Jürgen Maier vom Forum Umwelt & Entwicklung.

Nach dem Fiasko von Kopenhagen herrscht Gipfelmüdigkeit. Dennoch haben bei den Vereinten Nationen die Vorbereitungen für die United Nations Conference on Sustainable Development (UNCSD) begonnen, die im Juni 2012 passenderweise wieder in Rio de Janeiro stattfinden soll.

Aus den weniger gelungenen Rio+5- und Rio+10-Gipfeln hat man gelernt, dass es besser ist, Schwerpunkte zu setzen, als das gesamte Themenspektrum der Agenda 21 abzuarbeiten und dann wie in Johannesburg umfangreiche „Umsetzungspläne“ mit fraglicher Umsetzungsperspektive zu erstellen. So soll die UNCSD sich thematisch auf die höchst aktuelle Frage konzentrieren, was eine „green economy“ in Nord und Süd konkret bedeutet, sowie institutionell den Umbau und die Aufwertung von UNEP zu einer Dachorganisation für Umwelt beziehungsweise nachhaltige Entwicklung einleiten. Natürlich wird es auch um eine Bilanz der Umsetzung in 20 Jahren Rio-Prozess gehen, aber politisch spannend sind vor allem die Green-Economy-Diskussionen. Noch vor wenigen Jahren wäre allein schon dieser Begriff von den meisten Regierungen abgelehnt worden. Wie weit diese Diskussionen gehen werden und ob es auch konkrete Handlungsempfehlungen für Staaten und UN-Organisationen gibt, ist ebenso offen wie die Frage, ob die UN-Organisationen Aufträge bekommen, die Regierungen konkret bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaft zu beraten und zu unterstützen. Sicher ist, dass Green Economy und Armutsbekämpfung zusammen diskutiert werden – ein für Herbst angekündigter UNEP-Bericht soll Anstöße geben, was das konkret heißen könnte.

Institutionell wird bei der UNCSD eine Aufwertung von UNEP anstehen, das bisher als bloßes „Programm“ der Vereinten Nationen weniger Möglichkeiten und Finanzen als eine vollwertige UN-Sonderorganisation wie FAO oder WHO hat. Vor allem eine Dach- und Koordinationsfunktion für die zerstreute Landschaft der UN-Konventionen von Klima bis Biodiversität wie auch die Global Environment Facility wird hierbei diskutiert. Das

ist eine ziemliche Herausforderung, wenn daraus wirkliche Synergieeffekte entstehen sollen und nicht nur eine zusätzliche Bürokratisierung. Diese Gefahr besteht bei UN-Prozessen immer, wenn es nicht gewichtige Interventionen von außen gibt. Eine Ministergruppe soll hierzu Vorschläge machen. Außerhalb des offiziellen Vorbereitungsprozesses wird UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon dazu auch ein High Level Panel einrichten, von dessen Besetzung es abhängen wird, ob seine Empfehlungen so gewichtig sind, dass sie nicht ignoriert werden können. Dem Vernehmen nach bemüht sich Ban darum, dass Brasiliens Präsident Lula und auch Bundeskanzlerin Merkel diesem Panel angehören.

Hoch kontrovers ist die Frage, wer den Vorbereitungsprozess kontrolliert. Die EU hatte ebenso wie Gastgeber Brasilien gefordert, einen eigenen Generalsekretär einzusetzen, der weitgehend unabhängig vom UN-Apparat und in erster Linie den Staaten gegenüber verantwortlich sein sollte. Mehrheitlich wollte dies aber die G77-Gruppe der Entwicklungsländer genauso wenig wie der UN-Apparat, und so kam ein typischer Kompromiss heraus: Es wird zwei „Koordinatoren“ geben, aus Nord und Süd, die zwar im UN-Hauptquartier im Büro des Department of Economic and Social Affairs (DESA) sitzen werden, aber nicht dem DESA-Chef Sha Zukang aus China unterstehen. Sie sollen sowohl die Wünsche der UN-Staaten unter einen Hut bringen als auch den Input des UN-Apparats sicherstellen.

Und die Rolle der nichtstaatlichen Akteure, im UN-Jargon Major Groups genannt? Sie sollen natürlich einbezogen werden, so bekunden es alle Regierungen, aber es wird wohl weitgehend davon abhängen, wie sehr sie selbst überhaupt einbezogen werden wollen.

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung und koordiniert die kritische Begleitung der UN-Konferenzen.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177588,
E-Mail: chef@forumue.de, www.forumue.de**

oberhalb liegenden Anrainerstaaten, allen voran Äthiopien, das mittlerweile mehr EinwohnerInnen als Ägypten hat, wollen dies ändern. Die Regierung in Kairo will aber keinerlei Zugeständnisse machen. Im Mai drohte sie unverhohlen, man werde nicht tatenlos zusehen, wenn andere Staaten die ägyptische Wasserversorgung gefährdeten.

Auch am Mekong in Südostasien spitzt sich die Situation zu. Finnische Forscher um Marko Keskinen von der Aalto-Universität warnen eindringlich davor, die derzeitigen Pläne zur Nutzung des Mekong-Wassers und zum Ausbau der Wasserkraft so umzusetzen, wie es die Regierungen zurzeit vorhaben. Das werde einen „massiven Einfluss“ auf die lokale Bevölkerung haben, sagte Keskinen. Vor allem mehrere Millionen Kleinfischer, die keine starke Interessenvertretung hätten, seien akut bedroht. [ms]

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimaverhandlungen

Zaghafte Annäherung

■ Die Ergebnisse des sogenannten Petersberger Dialogs verbreiten zaghafte Optimismus in der internationalen Klimadiplomatie. Anfang Mai hatten sich Delegierte aus rund 40 Staaten aller Weltregionen auf Einladung der deutschen und der mexikanischen Regierung in Bonn getroffen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen sprach von Fortschritten für die internationalen Verhandlungen und einer „großartigen Dynamik“. Die wesentlichen Streitfragen vor allem bei der Emissionsreduktion konnten jedoch nicht geklärt werden. In einigen Teilbereichen erreichten die Delegierten aber Fortschritte. Vor allem beim Schutz der Wälder und beim Technologietransfer erwartet die Bundesregierung eine Einigung auf dem UN-Klimagipfel in Cancún (Mexiko) Ende des Jahres. [ms]

► UN-Klimarahmenkonvention: www.unfccc.int

CO₂-Speicherung

Weltgrößtes Projekt gestoppt

■ Norwegens Regierung hat die Pläne für das weltweit größte Pilotprojekt zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) auf Eis gelegt. Sie begründete den Ausstieg damit, dass die Technik nicht ausgereift sei und sich die Kostenprognosen vervielfacht hätten. Norwegen galt als führend bei der Entwicklung der neuen Technologie. Schon in diesem Jahr sollte die Anlage gleichzeitig mit einem neuen Gaskraftwerk in Mongstad bei Bergen in Betrieb gehen. Stattdessen wird die Anlage nun rund 1,3 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen. Die Umweltorganisation Natur og Ungdom warf der Regierung Versagen vor. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß Norwegens um elf Prozent gestiegen.

In Deutschland hatte kürzlich der schwedische Staatskonzern Vattenfall den Startschuss für die Erkundung von Regionen in Brandenburg für eine CCS-Pilotanlage gegeben. Regionale PolitikerInnen und Bürgerinitiativen protestieren. Sie verlangen zumindest die vorherige Verabschiedung eines CCS-Gesetzes, das den Ländern die Entscheidung über die Errichtung von CCS-Anlagen überlässt. In der letzten Legislaturperiode war das CCS-Gesetz kurz vor der Bundestagswahl gescheitert, da sich die große Koalition nicht einigen konnte.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger gibt CCS in Deutschland wegen des fehlenden Rückhalts aus der Bevölkerung kaum Chancen. Dies sagte er auf einer Veranstaltung Mitte April in Berlin. [mv]

Internationaler Klimaschutz

USA debattieren Klimagesetz

■ Der führende Emittent von Treibhausgasen, die USA, könnte demnächst ein eigenes Klimaschutzgesetz haben. Die Senatoren John Kerry (Demokraten) und Joe Lieberman (unabhängig) brachten einen knapp 1.000-seitigen Entwurf für ein Gesetz ein, durch das die Emissionen

Das Signal von Cochabamba

Der alternative Klimagipfel in Bolivien war nicht nur wegen der unerwartet großen Teilnehmerzahl ein Erfolg. Das dort verabschiedete Dokument zeugt auch vom neuen Selbstbewusstsein sozialer Bewegungen, sagt Gerhard Dilger.

Der Verlauf und die Ergebnisse der „Weltkonferenz der Völker über Klimawandel und Rechte der Mutter Erde“, zu der Boliviens Präsident Evo Morales Ende April geladen hatte, können sich sehen lassen. Das in Cochabamba verabschiedete „Abkommen der Völker“ ist bereits in die UN-Klimadebatte eingespeist. Die zehnteilige Erklärung steht in erfrischendem Kontrast zu dem nichtssagenden „Copenhagen Accord“, der auf Druck aus den Industrieländern von immer mehr Regierungen des Südens unterzeichnet wird. Sie benennt Ursachen der Klimakrise und enthält konkrete Vorschläge.

So wird das Agrobusiness als einer der Hauptverursacher des Klimawandels bezeichnet. Emissionshandel, Gentechnik, Geoengineering oder Monokulturen seien falsche Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel. Durch große Infrastruktur- und Bergbauprojekte seien indigene und bäuerliche Gemeinschaften in ihrer Existenz bedroht.

Die UN, so das Papier, sollten eine Erklärung für die Rechte der Natur, der „Mutter Erde“, verabschieden – in diesem Punkt ist die Verfassung Ecuadors wegweisend. An die Industrieländer ergeht die Forderung, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 zu halbieren und sechs Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in einen Weltklimafonds einzuzahlen. Ein weltweites Referendum soll dafür werben, die Verteidigungsausgaben für den Klimaschutz umzuwidmen. Unternehmen und Regierungen sollen vor einem Weltklimagerichtshof verklagt werden können.

Zugleich weist das „Abkommen der Völker“ weit hinaus über den „neuen Extraktivismus“ der fortschrittlichen Regierungen Südamerikas – also die forcierte, nur selten nachhaltige Gewinnung mineralischer und agrarischer Rohstoffe für den Weltmarkt. Er sehe keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sagte Indigenasprecher Malon Santi aus Ecuador, die Hoffnung für die Welt liege in der indigenen Kosmovision. Buen vivir, gutes Leben, heißt das in Cochabamba viel zitierte Konzept aus den Anden, das sich bestens zum globalen postkapitalistischen Paradigma eignet.

An der starken indigenen Präsenz scheiterten auch die Versuche der Gastgeber, das Treffen mit seinen 35.000 TeilnehmerInnen zu instrumentalisieren – ebenso wie ihr Versuch, Kritiker von Megaprojekten in Bolivien auszugenzen: Die inoffizielle Arbeitsgruppe 18 musste außerhalb tagen, viele ihrer Forderungen stehen dennoch im Schlussdokument.

Cochabamba war also auch eine demokratische Übung, wie sie bei UN-Klimakonferenzen undenkbar ist. Gewiss, noch oft genug wurde aneinander vorbeigeredet. Auch kontroverse Großdebatten in der Öffentlichkeit gab es nicht. Aber das zähe Ringen zwischen Basisaktivisten und regierungsnahen Funktionären um jede Formulierung in einigen Arbeitsgruppen ist schon ein enormer Fortschritt gegenüber den globalen und regionalen Sozialforen. Eine ökosoziale Agenda nimmt Formen an.

Die sozialen Bewegungen sind heute selbstbewusst genug, um dabei Teilbündnisse mit den linken Regierungen Lateinamerikas einzugehen. Schließlich hatten Bolivien, Venezuela und Kuba in Kopenhagen den „Zwergenaufstand“ des Südens (Spiegel) gegen den unter Federführung der USA und Chinas ausgemuschelten „Accord“ angeführt.

Ergebnisse auf dem nächsten UN-Klimagipfel im Dezember in Mexiko wird es aber nur geben, wenn der Druck von unten auf möglichst viele Regierungen wächst. Nötig ist eine permanente, weltweite Klimagerechtigkeitskampagne. Die zahlreichen AktivistInnen aus Nordamerika, die nach Bolivien gekommen waren, arbeiten schon daran. Auch für Europäer bietet Cochabamba genügend Anknüpfungspunkte, auch dort müssten Nord-Süd- und Umweltbewegte noch enger zusammenarbeiten.

Gerhard Dilger ist Südamerikakorrespondent der Tageszeitung Taz und anderer Medien. Er lebt in Porto Alegre im Süden Brasiliens.

**Kontakt: E-Mail: gerdilger@uol.com.br,
<http://gerdilger.sites.uol.com.br>
www.pwccc.wordpress.com**

Vom Ende eines Mythos

Marode Atomlager, störungsanfällige Kernkraftwerke, AKW-Laufzeitverlängerungen durch die neue Bundesregierung, Lobpreisungen der Atomlobbyisten: Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft ist aktueller denn je. Der Band »Mythen der Atomkraft« liefert das überfällige, atomkritische Know-how zur Debatte, zeigt Alternativen und entlarvt die Kernkraft als das, was sie ist: eine unverantwortliche und teure Risikotechnologie.

G. Rosenkranz

Mythen der Atomkraft

Wie uns die Energielobby
hinters Licht führt

quergedacht Band 1
109 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-198-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



bis 2020 um 17 Prozent gegenüber 2005 sinken sollen. Bis 2050 sollen es 80 Prozent sein. Im Vergleich zu 1990, dem Basisjahr des Kyoto-Protokolls, wäre dies allerdings nur eine vierprozentige Verminderung. Damit bleiben die USA deutlich hinter den meisten anderen Industriestaaten zurück.

Trotzdem ist die notwendige Mehrheit von 60 Stimmen im Senat unsicher. Konservative Abgeordnete kündigten Widerstand an. Besonders umstritten sind die Maßnahmen zum Emissionshandel, der zwar nicht als solcher bezeichnet wird, sich aber deutlich am europäischen Vorbild orientiert. Einbezogen werden sollen Schwerindustrie und Energiekonzerne, die mehr als 25.000 Tonnen CO₂ im Jahr ausstoßen. Das sind etwa zwei Prozent der Anlagen. Andere Sektoren wie die Landwirtschaft werden nicht erfasst.

Der Gesetzentwurf sieht auch Bürgschaften für Atomkraftwerke vor. Bundesstaaten sollen zudem Ölbohrungen vor ihrer Küste untersagen können.

Einen Termin für die Debatte im Senat gibt es noch nicht. Präsident Barack Obama hofft aber, dass ein Gesetz noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann. [ms]

Klimaschutz

EU-Kommission peilt 30-Prozent-Ziel an

■ Die EU-Kommission will voraussichtlich Ende Mai (nach Redaktionsschluss) vorschlagen, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies geht aus einem durchgesickerten Mitteilungsentwurf hervor, den die Agentur EurActiv veröffentlichte.

Bisher haben sich die EU-Staaten im Klima- und Energiepaket von 2008 nur auf eine Emissionsreduktion von 20 Prozent geeinigt. Nach den Berechnungen der Kommission müssten für ein 30-Prozent-Ziel weitere 33 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Allerdings ist der Klimaschutz durch die Wirtschaftskrise um einiges billiger geworden: Das 20-Prozent-Ziel zu erreichen kostet wegen der verringerten

Emissionen etwa 30 Prozent weniger als noch vor zwei Jahren geschätzt. Für das Erreichen des gesamten Klimaziels lägen die Kosten damit bei 81 Milliarden Euro.

Die Kommission argumentiert außerdem, dass den Mehrkosten durch die Klimaschutzmaßnahmen große Vorteile bei der Energiesicherheit, der Luftqualität und der Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüberstehen. Ein höheres Ziel bis 2020 vermeide außerdem schnelle und teure Reduktionen der Treibhausgase nach 2030. Als neues zentrales Instrument will die Kommission die Einführung einer EU-weiten CO₂-Steuer vorschlagen. Sie soll die Sektoren abdecken, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Pro Tonne CO₂-Äquivalent sollen 30 Euro anfallen.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen kündigte an, sich ebenfalls vehement für ein 30-Prozent-Ziel einzusetzen. [mv]

► Entwurf (Word-Datei):

www.kurzlink.de/30-prozent-ziel

► Neue Nachrichten zu diesem Thema:

www.eu-koordination.de (EU-News – Klima)

Energiepolitik

EU-weite Konsultation

■ Die EU-Kommission hat Anfang Mai eine öffentliche Konsultation zur europäischen Energiestrategie gestartet. Die Strategie ist laut Kommission darauf gerichtet, dass VerbraucherInnen und Unternehmen sichere, nachhaltige und CO₂-arme Energie zu günstigen Preisen erhalten. Bis zum 2. Juli können Interessenvertreter zu Aspekten wie Infrastruktur, Europäisches Wiederaufbauprogramm, Emissionshandel, erneuerbare Energien und Energiesicherheit Stellung nehmen. Die Strategie soll Projekte in Städten und Regionen und Aktionen auf einzelstaatlicher und EU-Ebene umfassen und von 2011 bis 2020 gelten. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs soll sich auf dem Frühjahrsgipfel 2011 mit ihr befassen. [mv]

► Konsultation und Hintergrundpapier:

www.kurzlink.de/energie-konsultation

Erneuerbare Wärme**Haushaltssperre für
Marktanreizprogramm**

■ Die vom Bundestag Anfang Mai beschlossene Haushaltssperre für das Markt-anreizprogramm für erneuerbare Energien bleibt bestehen. Das Bundesfinanzministerium lehnte die Weiterleitung eines Antrags auf Aufhebung der Sperre aus dem Bundesumweltministerium (BMU) an den Haushaltsausschuss ab. Ab sofort werden keine Förderanträge für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen mehr angenommen.

Auch die BMU-Programme im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative sind damit auf Eis gelegt. Das betrifft kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen muss sogar rückwirkend gestoppt werden, da die schon bewilligten Anträge das Budget für 2010 ausschöpfen. Gestrichen ist auch das Förderprogramm von BMU und Bundeslandwirtschaftsministerium zur Steigerung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau.

Das Markt-anreizprogramm ist Teil des Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetzes. Von den für dieses Jahr eingeplanten 300 Millionen Euro für umweltfreundliches Wärmen sind 115 Millionen bis auf Weiteres gesperrt.

Laut BMU wurden durch jeden Euro Förderung sieben Euro an Investitionen ausgelöst. Der Bundesverband Erneuerbare Energien wies darauf hin, dass die entsprechenden Mehrwertsteuereinnahmen etwa doppelt so hoch wie die Förderausgaben seien, sodass sich die Ausgaben wirtschaftlich rechneten. Umweltverbände und Grünen-PolitikerInnen sprachen von einer gezielten Bevorzugung der großen Energiekonzerne durch die Bundesregierung, da bei anderen Ausgaben wie der Atomforschung, den Agrardieselsubventionen oder dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität nicht gespart werde. [mv]

- ▶ www.heise.de/tp/blogs/2/147626
- ▶ www.kurzlink.de/map-stopp-kritik
- ▶ www.kurzlink.de/map-agrardiesel

Emissionshandel**Konzerne klagen vergeblich**

■ Das Berliner Verwaltungsgericht hat drei Klagen von deutschen Energiekonzernen, darunter RWE und Eon, gegen den Emissionshandel abgewiesen. Die Unternehmen hatten gegen die Zuteilung der Zertifikate in der Handelsperiode 2008 bis 2012 geklagt. Die Klage an das Verfassungsgericht zu überweisen lehnte das Gericht ab. Beim EU-Emissionshandel müssen Stromkonzerne knapp zehn Prozent ihrer Emissionszertifikate kaufen. In der vorangegangenen Periode von 2005 bis 2007 hatten sie noch alle Zertifikate kostenfrei erhalten. Einzelne Unternehmen müssen somit im Zeitraum von fünf Jahren bis zu 40 Millionen Zertifikate zum jeweiligen Börsenpreis erwerben. Bei einem Preis von etwa 15 Euro pro Stück fürchten die Konzerne hohe Kosten und drohen bereits mit steigenden Strompreisen. [ms]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-024-2010

Atomkraftwerke**Laufzeitverlängerung ade?**

■ Mit dem Verlust der Bundesratsmehrheit nach der verlorenen Wahl in Nordrhein-Westfalen wird es für die schwarz-gelbe Bundesregierung schwierig, die geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bis 2030 oder 2050 durchzusetzen. Nach Ansicht des Wissenschaftsdienstes des Bundestages müsste der Bundesrat einem Gesetz zum „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ zustimmen. Auch das Bundesumweltministerium geht von einer Beteiligungspflicht aus. Schließlich obliege den Ländern die Atomaufsicht. Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es jedoch, man könne das Gesetz zur Laufzeitverlängerung auch so formulieren, dass die Zustimmungspflicht entfalle.

Politische Beobachter zweifeln allerdings daran, dass die Regierung nach der Schlappe in Nordrhein-Westfalen und ohne Rückhalt in der Bevölkerung ihren Atomkurs halten kann. Zuletzt hatten Ende

April 150.000 AtomkraftgegnerInnen mit einer 120 Kilometer langen Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel an der Unterelbe gegen die Atompolitik der Bundesregierung demonstriert. Auch der Umwelt-Sachverständigenrat hat der Regierung geraten, ihren Atomkurs zu ändern. Die Atomenergie werde als Brückentechnologie nicht benötigt, zu viel Atomstrom behindere sogar den Ausbau von Ökostrom und mache die Energiewende ineffizient und teuer, so die Experten. [mv]

Stromerzeugung**Erneuerbar ist bezahlbar**

■ Deutschland kann im Jahr 2050 seinen Strom vollständig aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) in einer Studie zur regenerativen Stromversorgung in Deutschland. Dabei wäre die Stromversorgung genauso sicher wie heute und zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich. Weder neue Atomkraftwerke noch eine Laufzeitverlängerung seien dafür notwendig, so der SRU.

Währenddessen schätzt die Internationale Energieagentur (IEA), dass weltweit im Jahr 2050 etwa 25 Prozent des Stroms aus Sonnenenergie gewonnen werden können. Berechnungen zufolge können sowohl Fotovoltaik als auch solarthermische Kraftwerke dann jeweils etwa zwölf Prozent der weltweiten Strommenge produzieren. In sehr sonnigen Regionen könnte Solarenergie schon 2020 wirtschaftlich sein, aber auch anderenorts würden die Anlagen bis 2030 mit anderen Energieträgern mithalten können.

Beide Studien – von SRU und IEA – setzen jedoch voraus, dass die Politik die entsprechenden Weichen stellt, also etwa den Netzausbau gewährleistet und vorübergehend Förderinstrumente einsetzt. [ms]

- ▶ Studien von SRU und IEA:
www.umweltrat.de (Stellungnahme Nr. 15-2010)
www.iea.org/papers/2010/pv_roadmap.pdf

Solarstrom

Bundesregierung kürzt die Förderung

■ Der Bundestag hat Anfang Mai die Reduzierung der staatlichen Zuschüsse für Solarstrom beschlossen. Die Förderung von Solarstromanlagen auf Dächern wird zum 1. Juli um 16 Prozent, für Solarstromparks auf Freiflächen um 15 Prozent und für Anlagen auf Konversionsflächen um elf Prozent abgesenkt. Für Solaranlagen auf Ackerflächen gibt es gar nichts mehr.

Gegen die Stimmen der Opposition kam der schwarz-gelbe Gesetzentwurf durch, obwohl im Vorfeld viel Kritik bis in die Regierungsparteien hinein laut geworden war. Vor allem die Solarindustrie und die Umweltverbände hatten gegen die Absenkung der Einspeisevergütung protestiert. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) begründete den Schritt mit der guten Markteinführung der Fotovoltaik. Aufgrund des Preisverfalls für Solaranlagen um 40 Prozent könnten die Unterstützung heruntergefahren und damit die Belastungen der Stromkunden reduziert werden.

Der energiepolitische Sprecher der Grünen, Hans-Josef Fell, sagte, die Bundesregierung setze Deutschlands Tech-

nologieführerschaft bei den erneuerbaren Energien aufs Spiel. Die Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, Margit Conrad (SPD), warf der Regierung vor, ihre „rückwärtsgewandte Politik“ gegen erneuerbare Energien und für Atomkraft fortzusetzen.

Der Bundesrat muss dem Gesetz noch zustimmen und wird sich voraussichtlich im Juni damit befassen. [mv]

► www.wir-klimaretter.de/hintergruende/51/5801

Windkraft

Erster Offshorewindpark

■ Ende April ist der erste deutsche Offshorewindpark in der Nordsee in Betrieb genommen worden. Auf der Eröffnungsveranstaltung sagte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), dass die Bundesregierung eine Offshoreleistung von 25.000 Megawatt bis zum Jahr 2030 plane. Der Windpark Alpha ventus liegt 45 Kilometer vor der Küste der Insel Borkum und wird von den Energiekonzernen EWE, Eon und Vattenfall betrieben. Die zwölf Anlagen sollen 50.000 Haushalte im Jahr mit Strom versorgen. [mv]

► www.alpha-ventus.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Gesundheitsschutz

Verbot von Klonfleisch

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich im Mai gegen geklonte Tiere in der Lebensmittelherstellung ausgesprochen. Die Abgeordneten forderten die EU-Kommission auf, einen Gesetzesvorschlag zum Umgang mit Klonfleisch vorzulegen. 2009 hatten sich EU-Minister und Kommission darauf geeinigt, den Verkauf von Klonfleisch unter strengen Auflagen zu genehmigen, nachdem die EU-Lebensmittelbehörde EFSA geklontes Fleisch für unbedenklich erklärt hatte. Eine Studie der Organisation Testbiotech hält es für wahrscheinlich, dass Klontierprodukte unbemerkt in den Handel gelangen.

Der Umweltausschuss stimmte auch dafür, Fleisch von Tieren, die gentechnisch verändertes Futter gefressen haben, und Lebensmittel, die Nanopartikel enthalten, zu kennzeichnen. Nanofood soll auch nicht auf die Liste von zugelassenen neuartigen Lebensmitteln gesetzt werden. [mbu]

► Abstimmung: www.kurzlink.de/klonfleischverbot

► Studie: www.testbiotech.org/node/380



Neues Denken, neue Chancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

Hans-Peter Dürr

Warum es ums Ganze geht

Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-173-8

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Verbraucherinformationsgesetz

Kümmertliche Bilanz nach zwei Jahren

■ Die Bilanz des im Mai 2008 in Kraft getretenen Verbraucherinformationsgesetzes fällt aus Sicht von Verbraucher- und Umweltverbänden mager aus. Die Interessen von Unternehmen haben offenbar immer noch Vorrang vor transparenter Bürgerinformation. So kritisierte die Deutsche Umwelthilfe (DUH), dass die Behörden häufig Anfragen mit der Begründung ablehnten, das sei Betriebsgeheimnis der Firmen. Die DUH fordert daher ein neues Gesetz, das festlegt, dass amtliche Kontrollergebnisse keine Betriebsgeheimnisse sind.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch verlangt sogar, dass die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen direkt in den Geschäften oder Restaurants ausgehängt werden. Vorbild dafür ist das Smiley-System, wie es in Dänemark praktiziert wird. Laut einer Emnid-Umfrage vom April sind 93 Prozent der Deutschen für diese direkte Offenlegung. [mbu]

- ▶ DUH, Büro Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de
- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24047619, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Lebensmittelkontrolle

Verbrauchersicherheit online

■ Mit einer zentralen Koordinierungsstelle für Deutschland will das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Rechte von Konsumenten beim Einkauf im Internet stärken, da immer mehr Nahrungsmittel online gekauft werden. Die Zentralstelle soll die Anbieter von Lebensmitteln im Internet ermitteln und sie den Kontrollbehörden der Bundesländer mitteilen. Außerdem soll sie Lebensmittel aufspüren, die gesundheitsschädlich sind oder Verbraucher täuschen. Ein entsprechendes Konzept stellte das BVL auf der Fachtagung European Food Law Practitioners (FLEP) Ende April in

Berlin vor. Auf der Tagesordnung stand auch der Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der europäischen Lebensmittelkontrolle in den EU-Mitgliedstaaten. Neben Deutschland stellten Irland, Großbritannien und die Niederlande ihre Strategien zur risikoorientierten Lebensmittelkontrolle vor. Nach EU-Recht müssen Lebensmittelproduzenten und -verarbeiter mit höherem Risiko häufiger kontrolliert werden. Welche Risikoeinstufung ein Betrieb erhält, richtet sich in Deutschland nach der Art des Produkts, dem Verhalten des Unternehmers in der Vergangenheit, der Qualität seiner Eigenkontrollen und dem Hygienemanagement. So gilt für die Hackfleischproduktion ein hohes Risiko, für das Abfüllen von Mineralwasser ein niedriges. Das Konzept des BVL soll dieses Jahr in der Praxis getestet werden. [mbu]

- ▶ BVL, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 18444-00200, E-Mail: pressestelle@bvl.bund.de, www.bvl.bund.de

Nachhaltiger Konsum

Fairer Handel legt kräftig zu

■ Im vergangenen Jahr ist der Konsum fairer Produkte um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das gab der Verein TransFair im Mai bekannt. In Deutschland wurden demnach Fairtrade-zertifizierte Produkte im Wert von 267 Millionen Euro verkauft. Spitzenreiter war erneut Kaffee, gefolgt von Blumen, Fruchtsaft und Textilien aus zertifizierter Baumwolle. Für das Umsatzplus sorgten laut TransFair-Geschäftsführer Dieter Overath neben der gestiegenen Nachfrage auch die größere Produktvielfalt, mehr Lizenzpartner, ein größeres Engagement des Handels sowie die gestiegene Anzahl der Einkaufsorte.

Die über 800 zertifizierten Produzentenorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika erhalten allein über den deutschen Markt jährlich über 36 Millionen Euro Direkteinnahmen. Das Geld fließt vor allem in Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Einrichtungen. Das Fairtrade-Siegel steht für die Einhaltung sozialer, wirtschaftlicher und ökologi-

scher Standards. Mindestpreise und Prämiem, langfristige Lieferbeziehungen und Vorfinanzierung schaffen höhere, stabilere Einkommen und führen zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation in den Herstellerländern. [mbu]

- ▶ www.transfair.org

Einzelhandel

Bewegung bei Käfigeiern in Produkten

■ Mit dem Lidl-Konzern hat eine erste große Lebensmittelkette auf die Kampagnen von Tierschützern gegen den versteckten Verkauf von Käfigeiern reagiert. Lidl kündigte im Mai an, in mehreren Produkten seiner Eigenmarke nur noch Eier aus Bodenhaltung zu verwenden. Seit 2009 verzichtet das Unternehmen bereits auf den Verkauf von unverarbeiteten Eiern aus Legebatterien einschließlich der sogenannten Kleingruppenhaltung. Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten begrüßte den Schritt und forderte andere Ketten auf, Käfigeier auch bei verarbeiteten Produkten konsequent auszulisten.

Globalisierungskritische Gruppen zeigten sich dagegen skeptisch. Lidl kündigte in PR-Kampagnen einzelne Verbesserungen an, sorgte aber mit seiner Marktmacht für Niedrigstpreise beim Einkauf, die letztlich dem Schutz der Umwelt wie auch der Arbeitnehmerrechte entgegenstünden, hieß es bei Attac. Die Kampagne für Saubere Kleidung verwies auf eine Fairtrade-Werbung, die Lidl im April zurückziehen musste. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte erfolgreich gegen den Konzern geklagt, weil er Kleidung von nicht entsprechend zertifizierten Lieferanten in Bangladesch als fair gehandelt verkauft hatte. [mb]

- ▶ Vier Pfoten, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 399249-40, Fax -99, www.vier-pfoten.de
- ▶ www.sauberekleidung.de (Kampagnen – Discounter)
- ▶ Verbraucherzentrale Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 24 832-0, E-Mail: info@vzhh.de, www.vzhh.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 154

Ökologischer Weinbau

- Bioweinprägierungen im Überblick
- Ökologisches Rebpfanzgut
- Standpunkt: Klonengemische – für Vielfalt und Biodiversität im Weinbau

Themen in Heft 154 aus Forschung, Praxis und Beratung

- Globales Leitbild Ökotierhaltung
- Was der Biolandbau in Afrika erreichen kann
- Wenn Länder ihr Land verkaufen
- Klimawandel und Landwirtschaft – welche Methoden bringen Lösungen?

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 32,- EUR |
Firmen/Organisationen 50,30 EUR | ermäßigt 22,70 EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 8,50 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 544184-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Subventionen nur noch für ökologische Bewirtschaftung?

■ Die EU-Kommission will bis Ende des Jahres ihre Pläne zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik bekannt geben. Ab 2014 müssen gut 56 Milliarden Euro aus dem Agrarbudget der EU an die Mitgliedstaaten neu verteilt werden, weil dann die aktuelle Finanzperiode ausläuft.

Ende April forderten in Berlin rund 30 Agrar-, Entwicklungs- und Umweltverbände einen radikalen Umbau der bisherigen Subventionspraxis. Künftig sollten solche Landwirte profitieren, die ihre Äcker und Weiden besonders umweltschonend bearbeiten. Naturschutz, Tierschutz und Arbeitsplätze müssten mehr Gewicht erhalten, heißt es in einem Positionspapier der Verbände. Diese kritisieren, dass die Subventionen heute vor allem wenigen Großbetrieben und der Lebensmittelindustrie zu Gute kämen. Es gebe wenige Profiteure und viele Verlierer, sagte Lutz Ribbe von der Stiftung Euronatur. Die Verbände appellierten an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), die Agrarreform nicht zu blockieren.

Nach der offiziellen Liste der Subventionsempfänger gingen 2009 in Deutschland die meisten Gelder an die Molkerei Nordmilch und die Zuckerfirmen Südzucker und Pfeifer & Langen. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling forderte mehr Transparenz bei der Offenlegung der Agrarbeihilfen. Bei der Agrarreform müsse klar sein, wer für welche ökologische und soziale Leistung unterstützt werde. [mbu]

- ▶ Euronatur, Lutz Ribbe, Rheinbach, Tel. +49 (0)2226 / 2045, E-Mail: lutz.ribbe@euronatur.org, www.euronatur.org (20. Mai 2010)
- ▶ Positionspapier: www.euronatur.org/526.html
- ▶ Deutsche Empfänger von EU-Agrarsubventionen: www.agrar-fischerei-zahlungen.de/suche
- ▶ www.martin-haeusling.eu (Themen – Agrarpolitik)

Forschung

50 Millionen für Genpflanzen

■ Das Bundesforschungsministerium (BMBF) will die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie in den kommenden Jahren mit weiteren 50 Millionen Euro fördern. Damit soll die Agrogentechnik in Deutschland vorangebracht werden. Nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) schrumpft die Branche trotz der Förderung. Im vergangenen Jahr waren 24 Firmen und etwa 2.400 Arbeitskräfte mit Pflanzengentechnik beschäftigt, weniger als 2008. Auch die Erlöse sanken von 49 auf 39 Millionen Euro.

Im Gegensatz dazu verzeichnete die Biobranche seit 2005 ein Umsatzplus von 50 Prozent. BÖLW-Vorsitzender Felix Prinz zu Löwenstein forderte Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) auf, die Ideen des Ökolandbaus bei der Lösung der globalen Probleme mehr zu berücksichtigen. So habe der Weltagrарbericht ökologischen Anbauverfahren bescheinigt, entscheidend zur Bekämpfung des Hungers beizutragen. [mbu]

- ▶ BMBF: www.kurzlink.de/biotech-forschung
- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de
- ▶ www.weltagrарbericht.de

Genpflanzenzulassung |

Kartoffel unter Polizeischutz

■ Trotz Protesten von Umweltverbänden ist im April die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora in Deutschland ausgepflanzt worden. Polizisten sicherten das Feld bei Bütow in Mecklenburg. In der Woche davor hatte Greenpeace versucht die Aussaat zu verhindern, indem Aktivisten auf demselben Acker herkömmliche Kartoffeln ausbrachten und die Amflora-Lagerhalle blockierten. Die Aktion wurde von der Polizei beendet.

Im März hatte die EU-Kommission dem Chemiekonzern BASF die Genehmigung, die Genknolle zu kommerziellen Zwecken anzupflanzen (umwelt aktuell 04.2010,

S. 16) erteilt. BASF will aus der Kartoffel Stärke für die Papierproduktion gewinnen. Die beiden großen Kartoffelstärkeproduzenten Emsland Group und Südstärke wollen Amflora jedoch nicht verwenden. Es gebe gentechnikfreie Alternativen und die Gefahr der Verunreinigung für die Kunden sei zu groß, hieß es.

Der grüne Europaabgeordnete Martin Häusling, Mitglied im Agrarausschuss, kritisierte, dass die Landwirte, die gentechnikfreie Kartoffeln anbauen, den Nachweis für die Reinheit ihrer Produkte selbst zahlen müssen. Damit trügen jene die Last, die auf gentechnikfreie Qualität setzten. Häusling appellierte an die Politik, Mut für ein Anbauverbot zu zeigen. Das Recht dazu gebe Artikel 26a der EU-Freisetzungsrichtlinie den EU-Mitgliedstaaten und Regionen. Österreich hatte bereits im April den Anbau von Amflora-Kartoffeln verboten. [mbu]

- ▶ Richtlinie über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen: www.kurzlink.de/rl-gvo-frei
- ▶ Martin Häusling MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2/28-45820, Fax-49820, E-Mail: martin.haeusling@europarl.europa.eu, www.martin-haeusling.eu

Genpflanzenzulassung II

EU-Klage soll Amflora stoppen

■ Mit einem Widerspruchsverfahren wollen der Umweltverband BUND und mehr als 40 weitere Organisationen den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora verhindern. Das sagte die Sprecherin der Aktion Gen-Klage Christiane Lüst im Mai in Berlin. Bereits Mitte April reichte das Bündnis Einspruch gegen die Amflora-Zulassung ein. Nach Ansicht der Verbände verstößt die im März von der EU-Kommission erteilte Zulassung gegen europäisches Recht. Weil nicht ausgeschlossen ist, dass ein in Amflora enthaltenes Resistenzgen gegen Antibiotika auf Bakterien übertragen wird, bestehe die Gefahr, dass wichtige Antibiotika ihre Wirksamkeit verlieren. „Die Amflora-Kartoffel darf Lebensmittel legal bis zu 0,9 Prozent verunreinigen, ohne dass die Verbrau-

cher davon erfahren“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Solange gesundheitliche Risiken für Menschen nicht ausgeschlossen werden könnten, müsse das Vorsorgeprinzip gelten. Die Initiative hofft, dass der EU-Gerichtshof den Widerspruch anerkennt. Dann könnte in einem anschließenden Klageverfahren die Zulassung zu Fall gebracht werden, sagte der juristische Berater der Aktion Gen-Klage Christoph Palme. [mbu]

- ▶ BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-0, Fax -40, E-Mail: info@bund.net, www.bund.net

Genentechnikfreisetzung

Genweizenversuch illegal?

■ Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und die Initiative Gendreck weg haben dem Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) vorgeworfen, gegen Sicherheitsauflagen verstoßen zu haben. Zudem soll das IPK seinen öffentlichen Auftrag zur Sicherung und Erhaltung alter Genbanksorten verletzt haben. Dazu veröffentlichten die Gentechnikkritiker im Mai eine Broschüre mit aus ihrer Sicht brisanten Informationen. Vor zwei Jahren hatte auf dem Gelände des IPK ein Freisetzungversuch mit gentechnisch verändertem Weizen begonnen. Das IPK ist allerdings auch für die Sammlung und Erhaltung alter Getreidesorten zuständig, die im Abstand von 500 Metern auf demselben Gelände wachsen. Der Genweizenversuch wurde vom zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) genehmigt, das damit eine Verunreinigung der Bestände der Genbank wissentlich in Kauf nahm. Laut AbL empfahl BVL-Direktor Hans-Jörg Buhk sogar, den Standort für die Vermehrung der alten Sorten zu verlegen. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ Hintergrundbroschüre (PDF, 68 S., 870 kB) www.kurzlink.de/genweizenexperiment

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Artensterben

Keine Trendwende in Sicht

■ Der im Mai veröffentlichte dritte „Globale Ausblick zur Lage der biologischen Vielfalt“ (GBO3) zeigt, wie dramatisch die Artenvielfalt und der natürliche Reichtum der Erde zurückgegangen sind. Das 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg von den Staats- und Regierungschefs vereinbarte Ziel, bis zum Jahr 2010 den weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt entscheidend zu verlangsamen, ist nicht erreicht worden. Laut dem UN-Bericht schwindet die Ausdehnung der natürlichen Lebensräume in den meisten Teilen der Welt. Lebensräume wie Salzwiesen und Korallenriffe weisen ernsthafte Verschlechterungen ihres Zustands auf. Gleichzeitig ist heute nach UN-Angaben fast ein Viertel der Pflanzenarten vom Aussterben bedroht, während die Wirbeltierpopulationen zwischen 1970 und 2006 um rund ein Drittel abgenommen haben.

Soll dieser Trend abgewendet werden, muss der Biodiversitätsschutz stärker übergreifend in politische Maßnahmen, Strategien und Programme eingebunden werden, stellt der Bericht fest. Zudem müssten die Hauptursachen des Verlusts an biologischer Vielfalt ernsthaft bekämpft werden, wie die Zerstörung und Übernutzung von Lebensräumen und Arten, die Umweltverschmutzung, invasive Arten und der Klimawandel. Der Bericht macht außerdem Vorschläge zu einer globalen Schutzstrategie für Biodiversität ab 2011. Diese soll auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention verabschiedet werden.

Der Globale Ausblick beruht auf der Auswertung der nationalen Biodiversitätsberichte, die die Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt regelmäßig einreichen. [bv]

- ▶ GBO 3 (engl., PDF, 10 MB): www.kurzlink.de/gbo3.pdf
- ▶ Zusammenfassung: www.bmu.de/45972

Biodiversitätspolitik**Konsultation zur Umsetzung des neuen EU-Ziels**

■ Die EU-Kommission hat einen Konsultationsprozess zur Biodiversitätspolitik begonnen. Bei der Green Week Anfang Juni in Brüssel haben Interessierte die Möglichkeit, sich zur zukünftigen EU-Biodiversitätspolitik zu äußern. Im Sommer will die Kommission acht Wochen lang eine Internetkonsultation zu dem Thema durchführen.

Nachdem das EU-Ziel, das Artensterben bis 2010 zu stoppen, weit verfehlt wurde, hat die EU im März Ziele für die Folgejahre bis 2020 und bis 2050 festgelegt. Im Unterschied zum bisherigen Ziel für 2010 berücksichtigen die neuen EU-Pläne neben dem Schutz der biologischen Vielfalt auch explizit die Bedeutung der Ökosystemleistungen im Sinne des Erhalts des natürlichen Kapitals sowie den Aspekt der Wiederherstellung. Zudem hat sich die EU für 2020 das Ziel gesteckt, mehr als bisher gegen den Verlust an biologischer Vielfalt außerhalb der EU zu tun.

Um das neue Biodiversitätsziel der EU zu erreichen, entwickelt die Kommission derzeit eine neue Strategie. Sie soll auch die internationalen Verpflichtungen der

globalen Biodiversitätspolitik einbeziehen wie die voraussichtlich im Oktober 2010 verabschiedete globale Biodiversitätsstrategie (siehe vorhergehender Beitrag). [bv]

► www.kurzlink.de/consultation-bidipol

Biodiversität**Habitat-Banking soll's richten**

■ Die EU-Kommission hat Anfang des Jahres eine Studie zum Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente und von Habitat-Banking für den Schutz der Artenvielfalt veröffentlicht. Danach ist Habitat-Banking ein sinnvolles Instrument für Unternehmen, um unvermeidbare Umweltschäden auszugleichen. Beim Habitat-Banking wird Umwelthaftung in handelbare Vermögenswerte umgewandelt. Laut Studie kann das Instrument auch zur Erfüllung des neuen EU-Biodiversitätsziels und zur besseren Bereitstellung von Ökosystemleistungen beitragen. Auch auf freiwilliger Basis durchgeführtes Habitat-Banking könne zu einem tragfähigen marktwirtschaftlichen Instrument zum Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen werden. [bv]

► www.kurzlink.de/habitatbanking-study

Illegales Holz**Hoffnung für Handelsgesetz**

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat in zweiter Lesung mit Zweidrittelmehrheit einem Verordnungsentwurf zugestimmt, der die Einfuhr von Holz und Holzprodukten aus illegalen Quellen in die EU verbietet und Unternehmen zur verantwortungsvollen Holzbeschaffung verpflichtet. Damit verbunden sind ein Sanktionssystem, ein Kontrollsystem sowie eine handfeste Definition der Legalität von Produkten. Im April 2009 hatte das Parlament den Verordnungsentwurf der EU-Kommission angenommen, der aber im Dezember von den zuständigen EU-Agrarministern stark abgeschwächt worden war (umwelt aktuell 05.2010, S. 17).

Der überarbeitete Verordnungsentwurf wird Anfang Juni im Parlamentsplenum abgestimmt. WWF und Greenpeace forderten, dass der Text im EU-Ministerrat auf keinen Fall wieder verwässert werden dürfe. Die Bundesregierung hatte sich im Mai im Agrarausschuss des Bundestages gegen ein EU-Importverbot für illegales Holz ausgesprochen. [bv]

► Greenpeace, Sebastien Risso, Brüssel, Tel. +32 (0)22 / 741901, www.greenpeace.org/eu-unit

► Verfahren: www.kurzlink.de/eu-gesetzgebung

**Komplexe Welt, einfach erklärt**

Wie lösen wir die Probleme unserer Zeit in einer Welt, die chaotischer, überfüllter, vernetzter und veränderlicher ist als je zuvor? Mit einfachen Erläuterungen, Praxishilfe und einer Prise Humor erklärt dieses Buch, wie komplexe Systeme funktionieren, und wie wir in der Firma, der Politik oder im Engagement für eine bessere Welt zu klugen Entscheidungen kommen. So leicht war es noch nie, die Welt zu durchschauen – und zu verändern!

D. H. Meadows

Die Grenzen des Denkens

Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können

238 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-199-8

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft 

Wald**Schäden durch zu viel Wild**

■ Einem im Mai veröffentlichten Gutachten zufolge verursachen Rehe, Hirsche und Wildschweine in deutschen Wäldern enorme Schäden, indem sie junge Bäume an- oder abfressen. Laut dem Wald-Wild-Gutachten des Deutschen Forstwirtschaftsrates, des Bundesamtes für Naturschutz und der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft ist fast ein Fünftel aller Bäumchen verbissen. Um die ökologischen und ökonomischen Schäden einzugrenzen und den ökologischen Umbau zum Mischwald zu unterstützen, sind laut dem Gutachten vor allem die Rehbestände zu reduzieren. Der Naturschutzbund (NABU) forderte, die Erkenntnisse aus dem Gutachten in die Tat umzusetzen und „dem Waldsterben von unten endlich ein Ende zu bereiten“.

[bv]

- ▶ NABU, Waldreferent Johannes Enssle, Berlin, Tel. +49 (0)170 / 2832663, E-Mail: johannes.enssle@nabu.de, www.nabu.de/wald
- ▶ Gutachten: www.dfwr.de/download

Alleen**Liebingsallee wählen**

■ Das Bundesumweltministerium und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) suchen bis zum 30. September die beliebtesten Alleen Deutschlands. Alle Bürger und Bürgerinnen können ihre Liebingsalleen im Internet eintragen. Jeder Beitrag solle die genaue Lage, Fotos und kurze Beschreibungen der Alleen enthalten. Ergänzt werden können touristische Besonderheiten der Umgebung und persönliche Geschichten. Jeder Einsender erhält ein Postkartenset. Für den Einsender der schönsten Allee mit der spannendsten Geschichte gibt es zudem einen Alleen-Fan-Picknickkorb.

[bv]

- ▶ SDW, Sabine Krömer-Butz, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9459-830, Fax -833, E-Mail: sabine.kroemer-butz@sdw.de, www.sdw.de
- ▶ www.alleen-fan.de

Ackerrandstreifen**Blühende Landschaften?**

■ Der Fachverband Biogas hat im April das Projekt „Farbe ins Feld“ gestartet. Mit der Aussaat von sogenannten Blühstreifen, deren Saatgut das Bundesamt für Naturschutz (BfN) zusammengestellt hat, soll der für die Produktion von Biogas zunehmende Maisanbau naturverträglicher gestaltet werden. In Intensivwirtschaft angebaute Mais bietet Tieren und Pflanzen der Agrarlandschaft nur wenig Lebensraum. Die Aussaat von Blühstreifen soll nun zur Erhöhung der biologischen Vielfalt beitragen. „Trotzdem können Blühstreifen die negativen Auswirkungen eines großflächigen Maisanbaus nicht auffangen“, betonte Thomas Graner, Zentralbereichsleiter des BfN, beim Projektstart. Wichtig seien mindestens dreigliedrige Fruchtfolgen, ein verringerter Dünger- und Pestizideinsatz, effektivere Regeln zur Erhaltung von artenreichem Dauergrünland sowie Mindestanteile an Strukturelementen wie Hecken und Feldgehölzen.

[bv]

- ▶ BfN: www.kurzlink.de/bluehstreifen-bfn

Boden und Klima**Bodenatlas des Nordens**

■ Ein im Mai veröffentlichter Bodenatlas der nördlichen Erdregionen soll die Bedeutung des Bodens für den Klimawandel verdeutlichen. Der von der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU herausgegebene Atlas informiert über die Böden der Gebiete nördlich des 50. Breitengrades und das darin gebundene Kohlenstoffreservoir. In den nördlichen Permafrostböden lagern 1,7 Billionen Tonnen organischen Kohlenstoffs. Sollten sie auftauen, könnten große Mengen an Treibhausgasen freierwerden und die globale Erwärmung verstärken. Der Atlas soll eine Grundlage für die Entwicklung von Klimawandel- und Nachhaltigkeitsmodellen bieten.

[bv]

- ▶ www.kurzlink.de/northern-soilatlas
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/490)

Vögel I**Vogelschutz grundsätzlich**

■ Der NABU hat zu seinem 111. Geburtstag ein umfassendes Grundsatzprogramm für den Vogelschutz herausgegeben. Die Broschüre umfasst alle Aspekte wie Maßnahmen zum Schutz der heimischen Vogelwelt, Zugvogelschutz, Artenschwund in der Kulturlandschaft sowie Umgang mit konflikträchtigen Arten wie Stadtauben, Rabenvögeln oder Kormoranen. Darüber hinaus beschreibt das Programm Maßnahmen und politische Rahmenbedingungen, um über den Vogelschutz Fortschritte im Naturschutz insgesamt zu erzielen.

[bv]

- ▶ NABU, Vogelschutzreferent Dr. Markus Nipkow, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: markus.nipkow@nabu.de, www.nabu.de/themen/vogelschutz

Vögel II**Wieder Vogeljagd auf Malta**

■ Malta hat nach zweijähriger Unterbrechung die Frühjahrsjagd auf Zugvögel wieder erlaubt. Obwohl viele Naturschutzverbände protestierten, genehmigte die Regierung den Abschuss von etwa 7.000 Vögeln. Damit ignorierte Malta das Urteil des Europäischen Gerichtshofs und die jagdpolitischen Leitlinien der EU-Kommission, kritisierte der NABU.

Der Verein Komitee gegen den Vogel-mord versuchte vor Ort die Vogeljagd zu verhindern, indem er illegale Fanggeräte für Singvögel abbaut. Dabei wurden Aktivisten von Vogelwilderern attackiert und verletzt, einer von ihnen schwer.

Anfang Mai startete die Heinz-Sielmann-Stiftung die Kampagne „Stopp der illegalen Vogeljagd“. Die Stiftung finanziert Schutzmaßnahmen für den Waldrapp, eine der am stärksten bedrohten Zugvogelarten weltweit, entlang seiner Zugroute.

[zt]

- ▶ Komitee gegen den Vogel-mord, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6655-21, www.komitee.de
- ▶ NABU/BirdLife, EU-Experte Claus Mayr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2800830, www.nabu.de/europa

STADT & REGION

Landschaftsschutz**Vorrang für Innenstädte**

■ Der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) hat die Wiederbelebung von Stadtzentren und Ortskernen gefordert. Zum Schutz von Naturräumen, Natur- und Kulturdenkmälern sowie der Landschaft müsse der Flächenverbrauch gestoppt werden. Um den Verbrauch von Flächen bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken, wie es die Bundesregierung vorhabe, müsse auch die Zivilgesellschaft frühzeitig in Planungen einbezogen werden. Der BHU forderte die Regierung auf, noch in dieser Legislaturperiode die vom Europarat vor zehn Jahren beschlossene Europäische Landschaftskonvention zu unterzeichnen. Deutschland gehöre zu den drei letzten EU-Staaten, die noch nicht unterzeichnet haben. [jg]

► BHU, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2240-91, -92, Fax 215503, E-Mail: bhu@bhu.de, www.bhu.de

Städteaudit**Lautes Leben**

■ Lärm und Luftverschmutzung werden in europäischen Städten als großes Problem wahrgenommen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der EU-Kommission zur Lebensqualität im Mai, an der 75 Städte in fast ganz Europa teilnahmen. Der Aussage „Luftverschmutzung ist ein großes Problem“ stimmten in Athen 88 Prozent, in Bukarest 83, in Sofia 74 und in Berlin 17 Prozent der Befragten zu.

Die Hälfte aller StädterInnen klagt über Lärm. Athen scheint mit 95 Prozent die lauteste Stadt zu sein, aber auch Paris, London und Stockholm sind keine leisen Wohnorte. Im Vergleich zu den Befragungen in den Vorjahren scheinen die Städte aber einige Maßnahmen unternommen zu haben, um die Situation zu verbessern, denn die Zufriedenheit ist leicht gewachsen.

In Malmö, München und Leipzig sind über 90 Prozent der BewohnerInnen mit den Grünflächen zufrieden, in Neapel und Iraklio auf Kreta sind dagegen rund 70 Prozent unzufrieden.

In der zyprischen Hauptstadt Nikosia gaben 84 Prozent an, sie nutzten nie öffentliche Verkehrsmittel. Auch in Rom und Amsterdam nutzen weniger als die Hälfte der Befragten wenigstens einmal pro Woche öffentliche Verkehrsmittel. VielfahrerInnen leben in Paris, Prag, Stockholm und Budapest: Zwischen 44 und 59 Prozent nutzen dort täglich Bahnen und Busse. Nur zehn Prozent der LondonerInnen nutzen nie öffentliche Verkehrsmittel.

Neben den Fragen zur Umwelt wurden auch Fragen zur Gesundheitsversorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und der Infrastruktur gestellt. Die Befragung fand im Oktober und November 2009 in 75 Städten in der EU sowie in Kroatien und in der Türkei statt. Alle Hauptstädte wurden erfasst. In jeder Stadt wurden 500 zufällig ausgewählte BürgerInnen befragt. [jg]

► Seite der EU-Kommission zum Städteaudit: www.kurzlink.de/eu-staedteaudit

Tag der Regionen 2010**Wer weiter denkt, kauft näher ein**

■ Verantwortungsbewusstsein und Lebensqualität wollen die Initiatoren des diesjährigen Tages der Regionen am 3. Oktober fördern. Veranstaltungen über die Vorteile regionaler Produkte und Dienstleistungen, die Stärkung und Erhaltung von Strukturen können schon jetzt angemeldet werden und sollten zwischen dem 24. September und 10. Oktober stattfinden. Besonders überzeugende Projekte können auch einen Preis gewinnen. Das Motto „Wer weiter denkt – kauft näher ein“ soll beim „Wurzeln in einer globalisierten Welt“ und bei der Orientierung an sozialen und ökologischen Aspekten helfen. [jg]

► www.tag-der-regionen.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Versuchstierrichtlinie**Fertiger Kompromisstext stößt auf Kritik**

■ Nachdem der EU-Ministerrat Anfang Mai seine Position zur Versuchstierrichtlinie informell abgestimmt hat, werden keine weiteren Änderungen an dem Gesetzentwurf mehr erwartet. Anfang Juni soll der mit EU-Kommission und Parlament ausgehandelte Kompromissvorschlag dem Agrarausschuss des Parlaments vorgelegt werden, für September ist die Abstimmung im Plenum geplant.

Der Entwurf für die novellierte Richtlinie zum Schutz von Versuchstieren wird von Tierschützern heftig kritisiert. Der Deutsche Tierschutzbund bemängelte vor allem, dass Menschenaffen weiter für viele Versuchszwecke genutzt werden dürfen, dass keine tierversuchsfreien Methoden vorgeschrieben werden und dass die EU-Mitgliedstaaten selbst keine strengeren Regeln erlassen dürfen.

Der Tierschutzbund hat bereits Ende April eine Protestkampagne gestartet, die sich gegen die geplante Richtlinie, aber auch gegen Bestrebungen von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) richtet, die Forschungsfreiheit höher zu bewerten als den Tierschutz. [at]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, www.tierschutzbund.de/tierversuche

Tierpatente**Warnung vor Monsanto & Co.**

■ Nach Informationen des Deutschen Tierschutzbundes wollen sich Unternehmen mit Patenten auf neuartige Futtermischungen zugleich die Verwertungsrechte an den damit gefütterten Tieren sichern. Rund 300 Organisationen in der Koalition „No Patents on Seeds“ warnen vor dieser Entwicklung und fordern ein eindeutiges

Verbot aller Tier- und Pflanzenpatente. Ein internationaler Patenantrag des US-Konzerns Monsanto betrifft das Fleisch von Schweinen, die eine Omega-3-Fettsäure aus Monsanto-Gensoja ins Futter bekommen. „Mit dem Patent können nicht nur Konkurrenten ausgeschaltet werden. Jedem Landwirt droht die Abhängigkeit von einem Konzern“, sagte Brigitte Rusche, Vizepräsidentin des Tierschutzbundes. In dem Patentantrag beansprucht Monsanto auch Schutzrechte für die Nachzucht der mit der Rezeptur gefütterten Schweine. Die Langzeitfolgen der neuartigen Futtermischungen auf Mensch und Tier seien unbekannt, sagte Rusche.

Monsanto und andere Unternehmen stehen bereits in der Kritik, weil sie Patente im Bereich der konventionellen Tier- und Pflanzenzucht beanspruchen. No Patents on Seeds sieht darin einen Verstoß gegen geltendes Recht, das einen Patentanspruch für „überwiegend biologische Verfahren“ eigentlich ausschließt. Die Verbände warnen davor, dass „die Marktkonzentration weiter zunimmt, wenn die fortlaufende Überdehnung des Patentrechts nicht gestoppt wird“. Die Regierungen müssten Patente auf Leben eindeutig verbieten. [mb]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- ▶ www.no-patents-on-seeds.org

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Institutionen

Barroso bildet Banden

■ Bestimmte „Schlüsselinitiativen“ sollen in der EU-Kommission zukünftig ressortübergreifend vorbereitet werden. Das hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso beschlossen. Er bildete zunächst sechs Unterarbeitsgruppen, darunter Außenbeziehungen, Binnenmarkt, Industriepolitik und Klimawandel. Federführend für die Gruppe Klimawandel ist EU-Klimakommissarin Connie He-

degaard, unterstützt von acht weiteren KollegInnen, darunter Umweltkommissar Janez Potočnik, Fischereikommissarin Maria Damanaki, Industriekommissar Antonio Tajani, Energiekommissar Günther Oettinger sowie dessen Amtsvorgänger, Entwicklungskommissar Andris Piebalgs. Potočnik soll auch in der Unterarbeitsgruppe für Industriepolitik mitarbeiten, die Tajani leitet. Die Gruppen sollen keine Entscheidungen treffen, diese aber vorbereiten. [jg]

Lobbyismus

Große Lücken im EU-Register

■ Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) hat dem europäischen Lobbyregister ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Die Offenlegungspflichten des freiwilligen Registers seien mangelhaft. Die großen Unternehmen lobbyierten im Geheimen, so FoEE. Von den 50 größten europäischen Unternehmen, deren Lobbyaktivitäten FoEE in einer Studie überprüfte, waren lediglich 30 in der Lobbyliste registriert, nur drei davon wiesen ein Budget von mehr als einer Million Euro aus. Dabei sind die Lobbyaktivitäten der Unternehmen laut FoEE rege, doch versteckten sie sich hinter Public-Affairs-Agenturen und agierten so im Dunklen. Namen einzelner Lobbyisten sowie deren Arbeitsfelder könnten in der von der EU-Kommission 2008 eingeführten Lobbyliste verschwiegen werden. Lediglich einmal im Jahr müssten die Einträge aktualisiert werden. Aktuelle Informationen seien so kaum erhältlich.

Dass das Ziel des Registers, verlässliche Informationen bereitzustellen, gescheitert sei, illustrierte der Umweltverband an einem einfachen Beispiel: Laut Register waren die Lobbyausgaben der Tierschutzdachorganisation Eurogroup for Animals doppelt so hoch wie die der Ölfirmen Shell und BP sowie des Rüstungskonzerns EADS und übertrafen die des französischen Autoherstellers Peugeot sogar um das Zehnfache. Wären diese Angaben korrekt, so FoEE, dann müssten die Tierschützer einen weit größeren Einfluss auf

die Entscheidungsträger der EU haben als die großen Unternehmen.

Ein Vergleich mit den Angaben der Unternehmen in der US-amerikanischen Lobbyliste bestätigt nach Ansicht des Umweltverbandes die Schwächen des europäischen Systems. 13 der 21 Unternehmen, die in beiden Listen vertreten sind, verzeichneten höhere Lobbyausgaben in den USA. Das liegt laut FoEE jedoch nicht am größeren Interesse am US-Markt, sondern an den strengeren Vorschriften des dortigen Lobbyregisters. Unternehmen müssen in den USA ihre Lobbyaktivitäten vierteljährlich unter Angabe von einzelnen Lobbyisten und deren Klienten offenlegen.

Um die Transparenz beim Unternehmenslobbyismus zu erhöhen, fordert FoEE eine gemeinsame Lobbyliste von EU-Kommission und Parlament. Verhandlungen dazu sollten zwischen den beiden Organen bald wieder aufgenommen werden. Laut dem Nachrichtenservice EurActiv lehnt die Kommission jedoch eine Registrierungspflicht für Unternehmen ab. [at]

- ▶ www.foeeurope.org (Publications – April 2010)

EU-Kohäsionspolitik

Bedingt umweltfreundlich

■ Die EU-Kommission hat die Erfolge der zwischen 2000 und 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderten Projekte ausgewertet. Für „umweltrelevante Interventionen“ wurden demnach 25,5 Milliarden Euro ausgegeben, ein Fünftel des Budgets. Damit sind unter anderem Wasserver- und -entsorgungssysteme sowie die Abfallbehandlung gemeint. Laut Schätzung der EU-Kommission profitierten mehr als 20 Millionen EuropäerInnen zusätzlich von Abwasserprojekten. Planung und Sanierung fallen ebenfalls unter „Umwelt“ und wurden mit 11,5 Milliarden Euro finanziert. Die Kommission räumt ein, dass es bei den Projekten auch Probleme gab, etwa „zu große Investitionen, die zu Überkapazität und zu Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der zukünftigen

finanziellen Durchführbarkeit führten“. Unter anderem wurden auch zahlreiche Müllverbrennungsanlagen finanziert, was Umweltverbände für alles andere als eine Umweltschutzmaßnahme halten.

Im Verkehrsbereich wurde ebenfalls ausgiebig investiert: 2.000 Kilometer Autobahn – ein Viertel der zwischen 2000 und 2006 in der EU überhaupt gebauten Autobahnstrecken – und 100.000 Kilometer Straßen wurden mit EU-Mitteln kofinanziert. Außerdem wurden 31 Flughäfen und 45 Seehäfen modernisiert und der Bau von 4.000 Kilometern Bahnstrecke gefördert.

In Deutschland flossen EFRE-Mittel nach Ostdeutschland. In Brandenburg wurde zum Beispiel in die Schließung von Mülldeponien und in die Recyclingbranche investiert, wobei dabei auch die Verbrennung energiereicher Fraktionen mitgefördert wurde. In Thüringen und Sachsen flossen Gelder ins Wassermanagement. Sachsen-Anhalt führte Klimaschutzprojekte durch.

Die Mittel der Kohäsionspolitik – Kohäsion bedeutet „innerer Zusammenhalt“ – sollen Ungleichheiten zwischen Mitgliedstaaten und Regionen verringern. [jg]

- ▶ EFRE-Bericht: www.kurzlink.de/kohaesion00-06
- ▶ EFRE-Bewertung für Umwelt und Klimawandel: www.kurzlink.de/kohaesion-umwelt-06

Europa

Finanzmarkt wird reguliert

■ Beratungen der Finanzminister der Eurozone Mitte Mai in Brüssel sind mit einer breiten Zustimmung für eine Finanztransaktionssteuer zu Ende gegangen. Eine solche Steuer würde mit einem sehr geringen Steuersatz von 0,01 bis 0,05 Prozent auf jeden Kauf und Verkauf von Wertpapieren und anderen Finanzdienstleistungen fällig und zielt darauf ab, kurzfristige Spekulationen einzudämmen. Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker sagte, im Falle eines Scheiterns auf internationaler Ebene sei er für eine europäische Lösung. Nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforderungen könnte eine Finanztransaktionssteuer dem EU-Haushalt jährlich bis zu 27 Milliarden Euro einbringen. Auch die Bundesregierung einigte sich kürzlich auf die Forderung nach einer europaweiten Finanzmarktsteuer.

Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Kampagne „Steuer gegen Armut“ fordern, dass ein Teil der Einnahmen für Projekte zum Klimaschutz und in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt wird. [at]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – Politik & Recht – 18. Mai 2010)

Bundestag

Gorleben-Ausschuss tagt

■ Im deutschen Bundestag hat sich Ende April ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) konstituiert, der die Umstände klären soll, unter denen die schwarz-gelbe Bundesregierung 1983 entschieden hatte, allein den Salzstock im niedersächsischen Gorleben auf eine Eignung für die Endlagerung von Atommüll zu prüfen. Den Vorsitz über das 15-köpfige Gremium hat Maria Flachsbarth (CDU/CSU) inne, Stellvertreter ist der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy. Die Abgeordneten müssen Tausende von Akten sichten. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurden 15 Zeugen benannt, die vernommen werden sollen. Darunter sind Altkanzler Helmut Schmidt und die Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Jürgen Trittin (Grüne). Die Oppositionsparteien schlugen weitere Zeugen vor. Der PUA hat eine eigene Internetseite. Die Linksfraktion hat außerdem einen elektronischen Newsletter eingerichtet, der über die Vorgänge zeitnah berichten will. [jg]

- ▶ www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17 (Untersuchungsausschüsse)
- ▶ Newsletter der Linksfraktion bestellen: E-Mail: dorothee.menzner@bundestag.de

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Multiple Krise – Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?

Mitherausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung

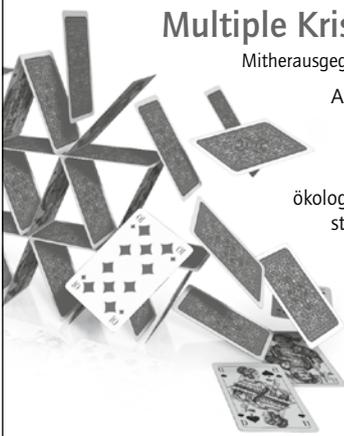
Artensterben, Bankenpleiten, Klimawandel, Hunger und kriegerische Konflikte sind keine voneinander unabhängigen Krisen: Sie sind unterschiedliche Symptome einer einzigen großen Krise, die aus unserem wachstumsfixierten Wirtschaftssystem erwächst.

Die Autor(inn)en der *politischen ökologie*¹¹⁸ erläutern, was die aktuellen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen eint. Sie fördern blinde Flecken der gängigen Bewältigungsstrategien zutage und diskutieren zukunftsfähige Lösungen.

- _Wie muss ein globaler Green New Deal aussehen, der seinen Namen verdient?
- _Was sind die Geschlechterdimensionen der Krise?
- _Welche Wege führen zu einem CO₂-armen Lebensstil?

Mit Beiträgen von U. Brand, W. Sachs, V. Shiva, D. Messner, B. Unmüßig, T. Santarius u.v.m.

_Stillen Sie Ihre Neugier und fordern Sie Heft 118 an! 14,90 EUR (zzgl. Versand)/26,80 CHF
_ISBN 978-3-86581-190-5_oekom verlag_Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



Öffentliche Beschaffung

NRW und Kirchen wollen grüner einkaufen

■ Seit dem 1. Mai müssen Landesministerien und -ämter in Nordrhein-Westfalen „Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz“ beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen berücksichtigen. Damit ist NRW das bislang einzige Bundesland, in dem eine „grüne“ Beschaffung der öffentlichen Hand vorgeschrieben ist. Die neue Regelung beruht auf einer Verordnung, die noch vor der Landtagswahl erlassen wurde.

Die großen Kirchen in Deutschland haben im Mai eine bundesweite Kampagne für umweltbewussten Konsum gestartet. Unter dem Motto „Heute für die Zukunft einkaufen“ wollen Gemeinden und Einrichtungen ihr Einkaufsverhalten stärker an Umweltschutz und fairem Handel orientieren. Darüber hinaus möchten die InitiatorInnen aber auch Privatpersonen in ihrem Konsumverhalten ansprechen und zu verantwortungsbewusstem Einkaufen motivieren. Eine neue Internetseite enthält dafür Informationsmaterialien und Tipps. [at, jg]

- ▶ www.kurzlink.de/gruener-einkauf-nrw
- ▶ www.zukunft-einkaufen.de

Statistik

Umweltökonomie wird Pflicht

■ Nach einem Vorschlag der Europäischen Kommission vom April sollen die EU-Mitgliedstaaten durch eine neue Verordnung verpflichtet werden, umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) zu erstellen und nach Brüssel zu übermitteln. UGR beinhalten Datenanalysen, die die Wechselwirkungen von Wirtschaft und Umwelt beschreiben. In Ergänzung zu rein volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Umwelt als zusätzlicher Produktionsfaktor betrachtet und zusammen mit ökonomischen Faktoren bilanziert. Die Rechnungen sollen Umweltbelastungen

durch die Wirtschaft überwachen und prüfen, ob und wie sie gemildert werden können.

Bislang war das Übermitteln der Daten freiwillig, doch die Qualität und Verfügbarkeit der Rechnungen war nach Angaben der EU-Kommission unzulänglich. Etliche Mitgliedstaaten hatten zudem erklärt, nur die rechtliche Verbindlichkeit ermögliche es ihnen, die nötigen Ressourcen zur Erstellung der Analysen zu bekommen.

Eine UGR umfasst typischerweise Daten über natürliche Ressourcen, Energieverbrauch, Emissionen, Stoffströme und Umweltausgaben. Für die Staaten sind die Berechnungen in der Regel nicht mit der Erhebung neuer Kennwerte, sondern mit der Verknüpfung vorhandener Daten von Unternehmen und Behörden verbunden. In Deutschland werden die UGR vom Statistischen Bundesamt oder den Statistischen Ämtern der Länder veröffentlicht. [at]

- ▶ Vorschlag: www.kurzlink.de/eu-ugr-2010.pdf
- ▶ Statistisches Bundesamt zu UGR: www.destatis.de (Weitere Themen – Umwelt)

Aarhus-Konvention

Umweltinformationsrechte werden nicht ausgeweitet

■ Die EU-Kommission hat im April einen Bericht über die Erfahrungen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention veröffentlicht. Danach haben einige Mitgliedstaaten die Konvention noch nicht oder noch nicht vollständig in nationales Recht übertragen. Eine Ausweitung der Anwendung der Bürgerrechte zum Zugang zu Informationen (Artikel 2) oder eine Erweiterung des Anhangs I, der die Tätigkeiten auflistet, bei denen die Öffentlichkeit zu beteiligen ist, hält sie deshalb für „gänzlich verfrüht“. Zum Anhang I zählen unter anderem Kraftwerke, die chemische und die Metallindustrie, Abfall- und weitere Industrieanlagen.

Generell habe sich das Bewusstsein für die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Planungen für Industrie- und andere An-

lagen europaweit zwar erhöht und auch die Durchführung mache Fortschritte, so die Kommission. Aber bei den örtlichen Behörden sei die Umsetzung der Aarhus-Konvention noch nicht vollständig gelungen. Um mehr BürgerInnen zu erreichen, müssten weitere Maßnahmen ergriffen werden. Die Mitgliedstaaten müssten auch für genügend finanzielle und personelle Mittel sorgen.

Die 2001 in Kraft getretene Aarhus-Konvention regelt den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. 44 Staaten haben sie bisher ratifiziert. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/KOM2010/143.pdf

EU-Umweltrecht

Verursacher haften

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine erste Entscheidung zur Umwelthaftungsrichtlinie getroffen. Dabei ging es um die Verschmutzung einer sizilianischen Bucht. Die zuständige Behörde hatte die angesiedelte Petrochemieindustrie ohne umfassende Prüfung als Verursacher angesehen. Der EuGH erteilte jedoch den Wünschen der Betreiber nach einem von der Behörde zu führenden exakten Nachweis eines Zusammenhanges zwischen Tätigkeit und Verschmutzung eine Absage. Die Vermutung, dass bestimmte Anrainer Umweltschäden verursacht haben, müsse lediglich durch „plausible Anhaltspunkte“ gedeckt sein, so der EuGH.

Das österreichische Ökobüro, ein Zusammenschluss von Umweltverbänden, bezeichnete die Entscheidung des EuGH als „Anlass zur Hoffnung“. Ein exakter Nachweis sei oft nur mit höchstem Aufwand oder überhaupt nicht möglich und würde, wäre er grundsätzlich gefordert, „das gesamte System der Umwelthaftung ad absurdum führen“, so der Verband. [jg]

- ▶ EuGH-Urteil: www.curia.eu (C-378/08)
- ▶ www.oekobuero.at (Umweltrecht)

VERKEHR & TOURISMUS

Europäisches Eisenbahnnetz**Deutschland fast Schlusslicht**

■ Das Schienennetz in Deutschland ist in den vergangenen 20 Jahren um mehr als 17 Prozent geschrumpft. Im Vergleich der 27 EU-Länder liegt Deutschland damit auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt von Polen, das sein Bahnnetz um gut 25 Prozent gekürzt hat. Nach Angaben der EU-Kommission schrumpfte das Schienennetz in der gesamten EU zwischen 1990 und 2008 um acht Prozent.

Ein Drittel der Mitgliedstaaten sowie die Schweiz bauten hingegen ihre Gleise aus. Die Allianz pro Schiene kritisierte, dass die Bundesregierung beim Ausbau der Infrastruktur einseitig auf die Straße setze. Während das Schienennetz seit 1990 ein Sechstel seiner Länge eingebüßt habe, wachse das deutsche Straßennetz kontinuierlich. Mit 231.000 Kilometern sei es heute 2,1 Prozent länger als 1991, sagte der Vorsitzende des Schienenbündnisses Klaus-Dieter Hommel. Er plädierte dafür, pro Jahr fünf Milliarden Euro in den Schienenausbau zu investieren. Das ist etwa eine Milliarde mehr als im Haushalt vorgesehen. Damit könne Deutschland den Anschluss in Europa halten. [mbu]

- Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-20, Fax -29, E-Mail: info@allianz-pro-schiene.de, www.allianz-pro-schiene.de

Mobilitätskonzepte**EU-Parlament sieht Elektroautos kritisch**

■ Die Fraktionen des Europaparlaments haben Ende April einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Thema Elektrofahrzeuge eingereicht. Darin spricht sich das Parlament für den verstärkten Einsatz aller umweltfreundlichen und effizienten elektrischen Fahrzeuge sowie für harmo-

nierte europäische und internationale Standards aus. Demnach sollen Elektroautos Teil eines Gesamtkonzepts aller existierenden elektrischen Fahrzeuge sein, zu denen vor allem Eisenbahnen, Straßenbahnen, Busse und Fahrräder zählen. Ein teilweiser Ersatz der heutigen Autoflotte durch Elektroautos werde weder den Stau auflösen noch das Klima schützen, sagten Michael Cramer und Eva Lichtenberger, verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament. [mbu]

- Entschließungsantrag: www.kurzlink.de/antrag-e-mobilitaet

EU-Verkehrspolitik**Entfernung frisst Effizienz**

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) fordert in ihrem zehnten Bericht zu Umwelt und Verkehr eine klare Zukunftsvision für die Gestaltung des europäischen Verkehrssystems bis 2050 sowie eine abgestimmte Politik zu deren Umsetzung. Der technologische Fortschritt führe zwar zu immer saubereren Fahrzeugen, doch diese Effizienzsteigerung werde dadurch kompensiert, dass im expandierenden Personen- und Güterverkehr immer mehr Kilometer zurückgelegt werden. Das ist das Hauptergebnis des zehnten sogenannten TERM-Berichts. Demnach wuchs etwa der Güterverkehr auf der Straße von 1997 bis 2007 um über 40 Prozent, der Personenflugverkehr um fast 50 Prozent.

Der EEA-Bericht gibt auch einen Überblick über die Auswirkungen des Verkehrssektors auf die Umwelt, der sich auf 40 Indikatoren stützt. Demnach verbesserte sich im untersuchten Zeitraum zwar die Luftqualität durch einen geringeren Schadstoffausstoß. Andererseits sei der anhaltende Anstieg der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor besorgniserregend. Etwa ein Viertel aller Treibhausgasemissionen in der EU entfällt auf den Verkehrssektor einschließlich des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs. [mbu]

- EEA-Bericht: www.kurzlink.de/term-bericht-10

WASSER & MEERE

Golf von Mexiko**Ölpest im Naturschutzgebiet**

■ Der Untergang der von dem Mineralölkonzern BP betriebenen Ölplattform Deepwater Horizon hat eine gewaltige Ölpest im Golf von Mexiko ausgelöst. Nach einer Explosion am 20. April sank die Plattform, die für Ölbohrungen in einer Tiefe von 1.500 Metern genutzt wurde, auf den Meeresboden. Aufgrund des Versagens eines Sicherheitsventils, das im Falle einer Katastrophe den Ölfluss stoppen sollte, fließen täglich etwa 800.000 Liter Rohöl ins Meer – ein Desaster für die Tier- und Pflanzenwelt.

Laut Schätzungen des WWF könnten zwischen 400 und 600 Arten betroffen sein, wenn sich der Ölteppich entlang der Küste von Louisiana bis nach Florida ausbreitet, darunter auch selten gewordene Spezies wie die Manati-Seekuh oder der Blauflossenthunfisch. Die Chandeleur-Inseln, die zum Vogelschutzgebiet Breton National Wildlife Refuge gehören, hat das Öl schon erreicht, als gerade die Brut- und Laichsaison vieler Arten begann. Dadurch wird erwartet, dass sich die ökologischen Schäden potenzieren werden.

Wie BP zugab, könnte das Schließen des Öllecks noch Monate dauern. Ein erster Versuch, eine Stahlkuppel über das Loch zu stülpen, um anschließend das Öl abzupumpen, scheiterte. Andere Gegenmaßnahmen von BP wie das kontrollierte Abbrennen des Ölteppichs oder der Einsatz von Chemikalien, um das Öl aufzulösen, sind wegen schwerer ökologischer Belastungen und geringer Wirkungskraft stark umstritten.

Der Mineralölkonzern kündigte an, für die Schäden der Katastrophe aufkommen zu wollen, die auf bis zu 14 Milliarden Euro beziffert werden. Experten bezweifelten jedoch, dass dies überhaupt möglich sei. [at]

- WWF Deutschland, Meeresexperte Stephan Lutter, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200-122, E-Mail: lutter@wwf.de, www.wwf.de/meere

Wale

Walfang bald wieder legal?

■ Ein Ende Februar bekannt gewordener Kompromissvorschlag der Internationalen Walfangkommission (IWC) könnte den Fang von Walen für kommerzielle Zwecke legalisieren und damit das fast 25-jährige Walfangmoratorium aushebeln. Der Vorschlag der sogenannten Unterstützergruppe, zu der auch Deutschland gehört, sieht vor, den kommerziellen Fang von Walen für die nächsten zehn Jahre zu erlauben. Das soll die von einigen Ländern als unhaltbar empfundene Spaltung des IWC in Walfangbefürworter und -gegner abmildern. Doch der Preis dafür ist hoch: Eine Quotenregelung würde es den Walfangnationen Japan, Norwegen und Island erlauben, jährlich 1.392 Wale zu fangen. Im Gegenzug soll das bislang erste Schutzgebiet im Südatlantik eingerichtet werden.

Der NABU kritisierte, dass die legitimierte Wiederaufnahme des Walfangs andere Länder wie Südkorea motivieren würde, selbst Quoten zu beanspruchen. Auch fehlten Sanktionsmöglichkeiten: Walfangländer könnten weiterhin über ihr „Recht auf Einspruch“ oder den „wissenschaftlichen Walfang“ Wale jagen.

Anfang Juni will die Vertragsstaatenkonferenz der Walfangkommission über den Vorschlag abstimmen. [at]

- ▶ IWC: www.iwcoffice.org
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ www.wdcs-de.org

EU-Fischereipolitik

Auf dem Weg zur Reform

■ Die Europäische Kommission hat im Mai bei einer Konferenz der spanischen Ratspräsidentschaft und einer informellen Ratssitzung der EU-Fischereiminister die Ergebnisse der letztjährigen Konsultation zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorgestellt. Bei den beiden Veranstaltungen in Spanien wurden die aus der Konsultation hervorgegangenen

Optionen erörtert und politische Leitlinien für die Zukunft aufgestellt. Die Ergebnisse sollen in den Reformprozess einfließen. Auf der Ministerratsitzung Ende Juni wollen die Fischereiminister die Diskussion über die Reform fortsetzen.

2008 hatte die EU eine Reform ihrer Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitet und mit einem Grünbuch eine allgemeine Diskussion über die Zukunft der GFP angestoßen. Die während der öffentlichen Konsultation von April bis Dezember 2009 eingegangenen 1.700 Beiträge wurden in einem Bericht zusammengefasst, der nun vorliegt. Parallel zu der Konsultation hat die EU-Kommission eine umfassende Beurteilung der Auswirkungen der Reform in die Wege geleitet. Sie will verschiedene Szenarien entwerfen und dabei prüfen, zu welchen Ergebnissen unterschiedliche politische Strategien führen könnten. Die Folgenabschätzung soll vor allem ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte beinhalten. Sie soll im Herbst abgeschlossen sein und ebenfalls als Grundlage für den Gesetzgebungsvorschlag der EU-Kommission dienen. Diesen will die Kommission im nächsten Jahr vorstellen. [bv]

- ▶ GFP-Reform: www.ec.europa.eu/fisheries/reform/index_de.htm
- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/483)

Ostseepipeline

Mehr Geld für Kompensation

■ Die Umweltorganisationen BUND und WWF haben im April ökologische Nachbesserungen an der im Bau befindlichen Ostseepipeline gegenüber der Nord Stream AG durchgesetzt und im Gegenzug ihre laufenden Rechtsverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss eingestellt. Damit verzichteten die Verbände auf die Chance, einen Baustopp zu erreichen.

WWF und BUND bezeichneten die Einigung als Erfolg für den Schutz der Ostsee, da die Eingriffe in den Greifswalder Bodden beim Bau der Pipeline erheblich gemindert würden. So werde der schlickreiche Mergelboden nun nicht mehr ins

Meer gekippt, sondern an Land gebracht. Dadurch werde eine unnötige Wasserverschmutzung vermieden, die ein Absterben von Meereslebewesen zur Folge gehabt hätte. Zusätzlich werde Nord Stream Naturschutzmaßnahmen in der Ostsee im Wert von zehn Millionen Euro realisieren und finanzielle Mittel zur Behebung von bisher nicht vorhersehbaren Umweltfolgen der Pipeline bereitstellen. Als Ausgleichsprojekte geplant sind unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung des Sauerstoffgehalts in der Ostsee und die Einrichtung von bis zu 1.000 Hektar Naturschutzflächen, etwa großen Feuchtgebieten in Küstennähe. Nord Stream übernimmt für 35 Jahre die Unterhaltungskosten für diese Flächen. Im Gespräch ist auch die Verlegung von Deichen, um Platz für überflutete Salzwiesen zu schaffen. [bv]

- ▶ WWF Ostseebüro, Ostseeexperte Jochen Lamp, Stralsund, Tel. +49 (0)3831 / 297018, E-Mail: lamp@wwf.de, www.wwf.de/ostsee

Fischerei I

Früher war alles besser

■ Die Überfischung der Meere führt zu mehr Aufwand und Energie pro gefangenem Fisch. Forscher der britischen Universität York und der Marine Conservation Society berichten in einer Studie im Onlinejournal Nature Communications, dass heute zum Fang eines Fisches 17-mal mehr Energie und Ressourcen benötigt werden als am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Autoren werteten aktuelle und historische Daten zum Fischfang in England seit 1889 aus und ermittelten einen Rückgang der Fischbestände von 94 Prozent. Ein Vergleich der Größe und Anzahl der Fischerboote ermöglichte Rückschlüsse auf den Aufwand eingesetzter Energie und Technik. Danach ist heute der Aufwand, einen Heilbutt zu fischen, 500-mal höher als damals, während der Fang einer Scholle oder eines Seehechts das 20-Fache an Ressourcen erfordert. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ncomms-fishery

Vom Glück jenseits des Profits

All unser Tun ist darauf ausgerichtet, »Geld zu machen«, um es anschließend wieder in die Dinge des Lebens zu verwandeln. Wenn aber diese Verwandlungskunst nicht mehr klappt, weil das Geld sich in Luft auflöst? »Geld oder Leben« plädiert für eine Welt jenseits von Wachstumszwang und Gelddiktat, für die Etablierung kleinräumiger Wirtschaftsstrukturen und die Wertschätzung von Handwerkskunst und Selbstgemachtem.

V. Bennholdt-Thomsen

Geld oder Leben

Was uns wirklich reich macht

quergedacht Band 2
96 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-195-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Fischerei II

Aalschutz-Streit mit Anglern

■ Fragen des Aalschutzes haben ExpertInnen aus Wissenschaft, Umwelt und Fischerei bei einem öffentlichen Fachgespräch in Berlin diskutiert, zu dem die Bundestagsabgeordnete der Grünen Cornelia Behm Ende April eingeladen hatte.

Der Aal ist heute in den heimischen Gewässern so selten, dass er auf der Rote Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten steht. Für den Rückgang gibt es mehrere Ursachen. Zum einen gelten die Jungtiere als »Glasaale« besonders in Asien als Spezialität und werden in großen Mengen und zu enormen Preisen exportiert, zum anderen dezimieren Wasserkraftwerke und unsaubere Gewässer die Bestände.

Besonders kontrovers diskutierten die TeilnehmerInnen des Fachgesprächs über Maßnahmen, um den Aalbestand zu erhöhen. Fischerei- und Anglerverbände sprachen sich gegen ein Fangverbot und für die Fortführung des Aalbesatzes aus. WissenschaftlerInnen und Umweltverbände stehen dem Besatz jedoch kritisch gegenüber, weil er oft in ungeeigneten Gewässern erfolge und unklar bleibe, ob die Aale zu ihren Laichplätzen im Ostatlantik zurückfänden. Einig waren sich die TeilnehmerInnen in der Forderung nach einem Exportstopp für Glasaale, zu dem sich die Bundesregierung bislang jedoch noch nicht bekannt hat.

Auf EU-Ebene wurde 2007 eine Verordnung zum Schutz des Aals verabschiedet, die die Mitgliedstaaten auffordert, Aalbewirtschaftungspläne zu erstellen. [at]

- EU-Aalverordnung:
www.ifb-potsdam.de/aktuelles/EU-AalVO.pdf

Wassernutzungsentgelt

Gegen Bergbauprivilegien

■ Der Umweltverband Grüne Liga hat in einem im April veröffentlichten Positionspapier zum Wassernutzungsentgelt in Brandenburg gefordert, den Bergbau und die Energiewirtschaft künftig stärker

für die Wassernutzung zur Kasse zu bitten. Dazu sei das Land aufgrund der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet. »Vattenfalls Lausitzer Kohlekraftwerke entziehen allein durch die Kühltürme jährlich 92 Millionen Kubikmeter Wasser, die dann in Flüssen und Grundwasser fehlen«, sagte Michael Bender, Wasserexperte der Grünen Liga. Die bisherige Ermäßigung für diesen Wasserentzug müsse dringend abgeschafft werden. Eine Überprüfung der Bergbau-Ausnahmen des brandenburgischen Wassergesetzes ist im gültigen Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linkspartei vorgesehen. [bv]

- Grüne Liga, Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de
- Positionspapier: www.kurzlink.de/pap-bbg-wne

Finanzquellen

Meeresschutz mit Marke

■ Zwei Seehunde tummeln sich, symbolisch für das zerbrechliche Ökosystem Meer, auf der neuen »Briefmarke mit dem Plus«, die dem Meeresumweltschutz zugutekommt. Mitte Mai stellten Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Finanzstaatssekretär Hans Bernhard Beus das neue Postwertzeichen in Berlin vor. Für jede 55-Cent-Marke zahlen KundInnen 25 Cent mehr. Diese fließen in einen vom Bundesumweltministerium verwalteten Topf für Projekte von Naturschutzverbänden. Einige VertreterInnen von Umweltschutzorganisationen wurden bei der Vorstellung der neuen Briefmarke für ihren Einsatz im Meeresschutz geehrt, darunter Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens, Uwe Schneider vom Verein Jordsand, Peter Willers von der Aktionskonferenz Nordsee sowie der Schauspieler Hannes Jaenicke, der sich für den Haischutz starkmacht.

Umwelt-Sondermarken haben in den letzten zehn Jahren rund zwei Millionen Euro eingebracht. Allein die »Knutmarke« von 2008 erwirtschaftete eine halbe Million für den Klimaschutz. [jg]

- www.bmu.de/46003

DNR INTERN

Leitbilddebatte/60 Jahre DNR

Keine Zukunft für bisheriges Wirtschaftswachstum

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat anlässlich seines 60-jährigen Bestehens Anfang Mai weitreichende Forderungen an Politik und Gesellschaft gerichtet. Der DNR, mit 5,5 Millionen Einzelmitgliedern viertgrößter Dachverband in Deutschland, verlangt angesichts der Wirtschafts- und Umweltkrise „radikale Änderungen beim Wirtschaftswachstum, der Nachhaltigkeit und beim Naturverständnis“.

Ein neues Naturverständnis sei überfällig, sagte der Erste Vizepräsident des Verbandes, Hartmut Vogtmann, bei einem Arbeitskreistreffen in Berlin. Zum einen sei die Natur die physische Lebensgrundlage der Menschen. Maßstäbe für den Naturschutz seien die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und die Beachtung von Belastbarkeitsgrenzen. Vogtmann: „Wir müssen moderne Landnutzungsformen entwickeln und schädliche Subventionen beseitigen.“ Zum anderen sei Natur aber auch Voraussetzung für ein sinnerfülltes Leben. „Zu unterscheiden ist zwischen historischen Kulturlandschaften als Ort menschlicher Identifikation, belegt mit Begriffen wie Heimat und Harmonie, sowie Wildnis als unberührter Natur“, so der DNR-Vizepräsident. „Auch für diesen Naturbegriff müssen Qualitätsziele gefunden und dabei auch der Eigenwert der Natur beachtet werden.“

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte, angesichts des Umbruchs den Naturschutz zum Nachhaltigkeitsdenken fortzuentwickeln. „Das bedeutet, dass wir in alle Zukunftsentscheidungen die jetzt lebende und die kommende Menschheit sowie die Schöpfung einbeziehen müssen.“ Um den Missbrauch des Nachhaltigkeitsbegriffs einzudämmen, sei das Konzept der Nachhaltigkeit auf ökologischer, ökonomischer und sozialer Seite neu zu ordnen, forderte Weinzierl. „Nachhaltigkeit darf

nicht beliebig sein und braucht deswegen einen starken Bürgen. Er soll gewährleisten, dass nachhaltig ist, wo Nachhaltigkeit draufsteht“, so der DNR-Präsident.

„Wir erleben gerade einen Epochenwechsel“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die Politik sei überfordert und getrieben von Ratingagenturen und Finanzinstituten. „Wir brauchen ein neues Modell für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft“, so Röscheisen, der Mitglied des DNR-Arbeitskreises Wachstum ist. „Das alte Wachstumsmodell ist am Ende.“ DNR-Präsidiumsmitglied Michael Müller, der den Arbeitskreis leitet, erklärte, die heutige Art des Wachstums sei auch ökonomisch immer weniger machbar und könne die sozialen Ziele nicht mehr erreichen. „Zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ist ein Wohlfahrtsindex dringend erforderlich“, sagte Müller. Zentral seien dabei Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung, die Zeitznutzung, die Lebensfähigkeit der Gemeinschaft, kulturelle und biologische Vielfalt, Bildung, materieller Lebensstandard, gutes Regierungshandeln und demokratisches Engagement.

Der DNR beging das 60. Jubiläum mit einer mehrtägigen Festveranstaltung in Ludwigsthal im Nationalpark Bayerischer Wald, bei der unter anderem der bayerische Umweltminister Markus Söder sprach. Bundesumweltminister Norbert Röttgen würdigte in einem Grußwort per Videobotschaft die Arbeit der Naturschutzverbände: „Verbände sind oft die Ersten, die Probleme aufgreifen. Sie nehmen dadurch eine Vorreiterrolle in der Gesellschaft ein. Gleichzeitig tragen sie in Millionen ehrenamtlicher Stunden auf vielfältige Weise die Idee der Nachhaltigkeit in die Bevölkerung.“ Auch Staatsminister Söder sowie der Präsident des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth lobten die Umweltverbände. Nahezu alle Errungenschaften des Naturschutzes seien in Deutschland auf ihren Druck zurückzuführen, sagte Flasbarth. Die DNR-Verbände seien „Motor der Umweltpolitik“. [mb]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Energieeffizienz

Kampagne für Haushalte und Unternehmen geht weiter

■ Die vom Deutschen Naturschutzring (DNR) koordinierte Kampagne „energieeffizienz – jetzt!“ für Haushalte und Unternehmen“ fördert die intelligente Nutzung von Energie. Mit Informationen zu energieeffizienten Produkten, der Beteiligung an politischen Ereignissen zu Energie- und Klimathemen, der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Regelungen bei verschiedenen Warengruppen und der Einsetzung von Energieeffizienzmanagern in kleinen und mittleren Unternehmen setzt sie sich für CO₂-Reduzierung ein. Partner sind dabei das Öko-Institut, der BUND, die Deutsche Umwelthilfe und der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltgerechtes Management (B.A.U.M. e. V.). Gefördert wird die Kampagne von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Über die Kampagnenwebseite gelangt man zu den entsprechenden Partnerseiten, die unter anderem Hilfe bei Kaufentscheidungen für Fernsehgeräte oder Ökostrom anbieten. [kg]

► DNR-Kampagne „energieeffizienz – jetzt“, Klemens Gieles, Tel. +49 (0)6021 / 44994911, www.energieeffizienz-jetzt.de

Stiftungen

Mehr Umweltstiftungen

■ Der Trend zum Umweltschutz nimmt bei deutschen Stiftungen immer mehr zu. Laut einem Bericht der FAZ vom 7. Mai setzen sich sieben Prozent der Neugründungen für die Umwelt ein, während es bei den bestehenden Stiftungen vier Prozent sind. Den größten Anteil mit einem Drittel nimmt der soziale Bereich ein. 914 Stiftungen wurden letztes Jahr gegründet. [cd]

► www.stiftungen.org

Zivilgesellschaft

Transparenzoffensive

■ Nicht nur das Handeln von Firmen, Regierungen und Behörden soll für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, auch Nichtregierungsorganisationen sollen Transparenzstandards einhalten. Auf Initiative von Transparency Deutschland e. V. haben VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft im Mai eine Liste mit zehn grundlegenden Informationen vorgelegt, die jede gemeinnützige Organisation der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Die Initiative regt zur Abgabe von Selbstverpflichtungen an, mit denen offengelegt werden soll, was die Organisation tut, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungen trifft. Mit einer solchen Transparenzoffensive kann nach Ansicht der Organisatoren der gemeinnützige Sektor seine Glaubwürdigkeit erhöhen und seine Bedeutung stärken. Im Juni will sich die Initiative gemeinsam mit allen Organisationen, die sich ihr bis dahin angeschlossen haben, der Öffentlichkeit vorstellen. Neben Transparency gehören zum Trägerkreis auch der Deutsche Spendenrat, der Bundesverband Deutscher Stiftungen und der entwicklungspolitische Dachverband Venro. [mb]

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft, Berlin, Fax +49 (0)30 / 54989822, E-Mail: itz@transparency.de, www.transparente-zivilgesellschaft.de

Umweltliteratur

Schenkung an UBA-Bibliothek

■ Der Umweltperte Edmund A. Spindler aus Hamm hat seine Sammlung von Primärliteratur zum Umweltmanagement Ende April dem Umweltbundesamt (UBA) geschenkt. Rund 2.000 Umwelterklärungen und -berichte deutscher Unternehmen sowie weitere Publikationen sind damit künftig in Deutschlands größter Fachbibliothek in Dessau öffentlich einsehbar. Die meisten Materialien stammen aus der An-

fangszeit des EU-Umweltmanagementsystems EMAS. Spindler hatte sie seit Anfang der 1990er-Jahre privat dokumentiert. Als Mitglied im Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium war er von Beginn an bei der Entwicklung des betrieblichen Umweltmanagements beteiligt. Als spezielle Anwendung von EMAS entwickelte er das Agrar-Öko-Audit. Die Schenkung soll Teil einer Dokumentation von Umweltaktivitäten deutscher Unternehmen werden, die das UBA in Dessau archivieren, öffentlich zugänglich machen und für Forschungszwecke aufbereiten will. [mb]

- Edmund A. Spindler, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 405550, E-Mail: edmund-a.spindler@gmx.de, www.vnu-ev.de

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Engagementwoche 2010

■ Auf Initiative des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) findet vom 17. bis 26. September die sechste bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Mit der Aktionswoche will das BBE „ein Zeichen für die Wertschätzung der großen gesellschaftlichen Leistungen der 23 Millionen Freiwilligen in Deutschland“ setzen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich mehr als 1.100 Initiativen, Einrichtungen und Vereine. Damit auch die diesjährige Woche ein Erfolg wird, bittet der BBE alle Vereine, Initiativen und kommunalen Einrichtungen, die Aktionswoche durch Veröffentlichungen und im Internet anzukündigen. Die Aktionswoche ist auch für Naturschutzverbände eine Gelegenheit, ihr vielfältiges und häufig zu wenig beachtetes Engagement direkt und über die Medien sichtbar zu machen. [mb]

- BBE-Kampagnenteam, Ute Wiepel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-122, E-Mail: ute.wiepel@b-b-e.de, www.engagement-macht-stark.de

Schutzgebetsbetreuer

Ausbildung für Freiwillige

■ Der NABU führt zurzeit ein Projekt zur Gewinnung und Qualifizierung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer für die Betreuung von Schutzgebieten durch. Am Beispiel von zwölf Projektgebieten, die im Eigentum des Verbandes sind, wird die Verknüpfung von Freiwilligenmanagement und Erwachsenenbildung mit den naturschutzfachlichen Anforderungen des Schutzgebetsmanagements erprobt. [mb]

- NABU, Ralf Schulte, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1131, Fax -3131, E-Mail: ralf.schulte@nabu.de, www.kurzlink.de/gebetsbetreuer

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Goldman-Umweltpreis

Ehrung für Graswurzelaktive

■ In San Francisco ist im April der renommierte Goldman-Umweltpreis verliehen worden. Geehrt wurden sechs Aktivistinnen, die erfolgreich zum Schutz der Natur in ihrem Land beitrugen. Sie erhielten je 150.000 Dollar Preisgeld für ihre Projekte. Zu ihnen gehört der kubanische Agrarforscher Humberto Ríos Labrada. Er unterstützt Kleinbauern, die mit Saatgutvielfalt und einfachen Mitteln die Monokulturwirtschaft überwinden. Labrada gründete Agrobiodiversitätsschulen und baute heimische Saatgutfirmen auf. Weitere Preise erhielten Thuli Makama, die in Swasiland ein Mitspracherecht für Umweltorganisationen erreichte, und Małgorzata Górka aus Polen, die die Autobahn durch das Rospuda-Tal verhinderte. Randal Arauz verbesserte den Haischutz in Costa Rica, Lynn Henning aus den USA erzwang die Einhaltung der Naturschutzgesetze bei Masttierbetrieben und Tuy Sereivathana entschärfte den Konflikt zwischen Menschen und Elefanten in Kambodscha. [cd]

- www.goldmanprize.org

REZENSIONEN

Die Verteufelung des Autos

Täglich sterben weltweit 3.000 Menschen durch den Autoverkehr, viele weitere durch Abgase. Diese Fakten über eine „Massenvernichtungswaffe“ vor Augen, wurde Klaus Gietinger zum Autohasser. Nun entwickelt er die Utopie einer autobefreiten Gesellschaft.



■ Was haben James Dean, Lady Diana und Falco gemeinsam? Sie sind in Autos umgekommen, gerichtet von einer physikalischen Gesetzmäßigkeit. $E = \frac{1}{2} mv^2$ lautet die kalte Formel, oder anders

formuliert: Geschwindigkeit kann töten. Schon manchem Verkehrsteilnehmer hat sie „den Körper zerquetscht“ oder „das Genick gebrochen“. Klaus Gietinger kennt einige dieser Fälle und lässt die Kapitel seines „Autohasserbuches“ mit derartigen Unglücksfahrten beginnen, etwa mit dem Unfalltod des Nazifreunds Jörg Haider, dessen Fahrt „heim zur ‚Muatter‘ ins Bärenental“ bei 142 Stundenkilometern ein jähes Ende fand. Eine Liste prominenter Verkehrstoter findet sich im Buchanhang. Darüber hinaus gibt es „die schlimmsten Todesraten“ und „größten Opferzahlen“, und auch die „dümmsten“ und „besten“ Autofilme sind hier verzeichnet, was irgendwie schräg wirkt, aber wohl der Profession des Autors geschuldet ist – schließlich ist Gietinger Theater- und Filmregisseur und erst in zweiter Instanz Verkehrsexperte. Seinem berufsbedingten Hang zu großem Gefühlskino entspricht dann auch die in Kästen präsentierte Rubrik „Mein Leben als Gaffer“, in der der Autor wiederholt seine persönlichen Erfahrungen mit der „Massenvernichtungswaffe Auto“ schildert.

Nun handelt es sich hierbei in der Tat um tragische Ereignisse und es wird nachvollziehbar, wie Gietinger zum Autohasser geworden ist. Doch in der Summe ist all das Sterben und all die radikale Rhetorik darum zu viel; irgendwann ist man der „Klimagase schießenden Autos“ ebenso

überdrüssig wie der Gleichsetzung von Verkehrsplanern mit Drogendealern oder des Führerscheins mit der Lizenz zu töten.

Dabei sind die Fakten schockierend genug und eine weniger drastische Schilderung der Dinge hätte sicher ausgereicht, um das Thema Verkehrstote endlich aus seinem Schattendasein zu holen. Denn wer weiß schon, dass allein in Deutschland in den letzten 100 Jahren über eine Million Verkehrstote zu beklagen waren und weltweit täglich über 3.000 Menschen bei einem Verkehrsunfall ums Leben kommen – „so viele Tote wie bei zehn Jumbojetabstürzen, zwei Titanicuntergängen oder dem Angriff auf das World Trade Center“. Seit Erfindung des Autos starben 40 Millionen Menschen durch Unfälle – durch autobedingte Umweltverschmutzung weitere 80 Millionen. Hier liefert das Buch Zahlen und Fakten zuhauf, darüber hinaus Hintergründe, etwa zur kulturgeschichtlichen Entwicklung des Tempo- und Autowahns.

Im letzten Teil des Buches wird die Utopie einer autobefreiten Gesellschaft entworfen. Demnach wäre das Auto im Deutschland des Jahres 2030 nur noch in 13 Prozent aller Fälle das Verkehrsmittel der Wahl, unsere Städte kämen zu neuer Blüte, das Leben verlief in deutlich ruhigeren Bahnen. Damit die Vision wahr werden kann, müsste die Geschwindigkeit radikal reduziert, die „eingebaute Vorfahrt“ für Autos grundsätzlich aufgehoben sowie das Parken auf Straße und Gehweg verboten werden. Und – ein echter Gietinger – die Autos müssten alle mit Aufklebern gebrandmarkt werden, auf denen steht: „Ich schade mir und der Umwelt!“

[Christoph Hirsch]

► Gietinger, K.: Totalschaden. Das Autohasserbuch. Westend, Frankfurt/M. 2010, 315 S., 16,95 €, ISBN 978-3-938060-47-6

Helle Faser, dunkle Seiten

Berichte aus sieben Ländern zeigen Baumwolle aus einer weniger schmutzigen Perspektive: Versalzung der Böden, enormer Wasserverbrauch und Pestizideinsatz sind Alltag.



■ Tragen Sie auch gerne Baumwolle? Klar! Wer mag schon kratzige Wollpullover oder liebt schweißtreibenden Polyester auf der Haut. Baumwolle ist ein

Naturprodukt und überdies rein pflanzlich, da kann man sich nur rundherum wohlfühlen.

Doch wie so oft, steckt auch hier der Teufel im Detail. Dunkel erinnert man sich an den Erdkundeunterricht und an die Tragödie rund um den Aralsee. War an dem ökologischen Desaster nicht die Baumwolle massiv beteiligt? Ihr immenser Durst nach Wasser, ihre Anfälligkeit gegenüber Schädlingen, denen man mit der chemischen Keule zu begegnen suchte? Und ist nicht die Baumwolle, diese so unschuldig wirkende Pflanze mit den zarten, weißen Fasern, ein beliebtes Experimentierfeld der Gentechnik- und Saatgutbranche? Das alles ist nicht allein einer vagen Erinnerung entsprungen, sondern weltweit Realität: Die weiße Faser hat ihre dunklen Seiten – ökologisch und sozial.

Der Schweizer Fotograf Hans Peter Jost und die Journalistin Christina Kleinedam sind weit gereist und haben die globale Baumwollproduktion und ihre Auswirkungen unter die Lupe genommen. Die zweijährige Reise führte sie nach Brasilien, China, Indien, Mali, Tansania, den USA und Usbekistan. Nicht immer waren die beiden willkommen, etwa in den USA oder in Brasilien, wo der Baumwollanbau als High-Input-Landwirtschaft betrieben wird, unter massivem Pestizideinsatz und enormem Wasser- und Landverbrauch. In Usbekistan werden Kinder ab dem vierzehnten Lebensjahr zum Pflücken zwangsverpflichtet; die über Jahrzehnte

betriebene Bewässerung hat zur Versalzung der Böden geführt. In Indien begehen Bauern reihenweise Selbstmord, weil sie durch den Erwerb des genmanipulierten Wundersaatguts in den finanziellen Ruin getrieben wurden. Nun versuchen Entwicklungsprojekte den Anbau von Biobaumwolle zu fördern und den Bauern einen fairen Absatzmarkt zu bieten.

Jost und Kleineidam haben ihre Reiseroute mit Bedacht gewählt, denn jedes der sieben besuchten Länder hat sein spezifisches „Baumwollproblem“. Hans Peter Jost hat all diese Facetten des Baumwollanbaus und der Verarbeitung in einer Vielzahl von Schwarzweißfotografien festgehalten. Zusammen mit den Reisereportagen von Christina Kleineidam bietet der Bildband einen Einblick in die „ethnische, kulturelle und geografische Vielfalt der Welt der Baumwolle“ und macht so die globalen Zusammenhänge von der Produktion bis zum Konsum transparent. **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Kleineidam, C.; Jost, H. P.: *Baumwolle weltweit*. Lars Müller Publishers, Baden 2010, 320 S., 39,90 €, ISBN 978-3-03778-200-2

Faires Schrumpfen statt grünem Wachstum



Der gegenwärtige Kapitalismus wird gleich von mehreren Krisen geplagt: einer Legitimationskrise der Regierungen, einer Krise des Neoliberalismus sowie der Energie- und Klimakrise. Letztere ist Teil einer umfassenden „Biokrise“, verursacht durch den unüberwindbaren Antagonismus zwischen dem zu endlosem Wachstum verdammt Kapitalismus und unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Vor diesem Hintergrund untersuchen Stephan Kaufmann und Tazio Müller in ihrer empirischen Studie „Grüner Kapitalismus“ die Realität der bisherigen ökologischen Modernisierungspolitik. Sie stellen die

strategischen Konzepte der unterschiedlichen Kräfte eines solchen Ökokapitalismus vor und entwickeln daraus eine Kritik des Green New Deal.

Der Wirtschaftswissenschaftler Stephan Kaufmann, seit 1998 Wirtschaftsredakteur der Berliner Zeitung, analysiert, unter welchen Bedingungen ein kapitalistischer Staat zum Klimaschutz bereit ist. Nach seiner Ansicht wägt die Politik bei ihren Entscheidungen zwischen den verschiedenen Faktoren der Nachhaltigkeit ab, ob Klimaschutzmaßnahmen billiger sind als die Folgekosten des Klimawandels und ob diese Schritte die Versorgungssicherheit mit preiswerter Energie erhöhen. Nicht zuletzt, ob sich mit den Ökotechnologien ein Geschäft machen lässt. Denn politisches Entscheidungskriterium für Maßnahmen des Klimaschutzes seien weder Mensch und Natur noch die technische Machbarkeit, sondern die Frage der Rentabilität für den Wirtschaftsstandort. So führe das Menschheitsproblem Klimawandel zu harten Auseinandersetzungen der konkurrierenden Nationalstaaten um die künftige Verteilung von Kosten und Nutzen der globalen Erwärmung.

Der Politologe Tazio Müller, aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit, erläutert seine These, wonach der grüne Kapitalismus zu einem neuen „hegemonialen Projekt“ werden könnte. Dieses werde aber durch eine Fortsetzung des umweltzerstörenden Wachstums, die Verarmung großer Teile der Arbeitnehmerschaft und einen autoritären Staat geprägt sein. Deshalb wendet sich der langjährige Klimacamp-Aktivist Müller gegen jene Stimmen in den sozialen Bewegungen, die für eine Beteiligung an der Green-New-Deal-Debatte werben. Gerade wegen der Schwäche der emanzipatorischen Kräfte und der Wucht der Krisen sei die Artikulation gegensätzlicher Positionen, also ein Bruch und der Neuanfang, nötig. Müller skizziert sodann Gegenentwürfe im Sinne einer „sozial-ökologischen Transformation“. So beinhaltet für ihn das Konzept der Klimagerechtigkeit Vorstellungen einer „Schrumpfungsökonomie“ und die Notwendigkeit, auch Gewerkschaften und Beschäftigte in einen grundsätzlichen Veränderungsprozess ein-

zubeziehen. Das Stichwort hierfür lautet „just transition“ – gerechter Übergang.

Kaufmann und Müller haben ein Buch vorgelegt, das zu einem Standardwerk der kritischen Auseinandersetzung mit dem Ökokapitalismus werden könnte. Denn die Diskussion über die Wege aus der weltweiten Krise ist noch lange nicht beendet.

[Jochen Mühlbauer]

- ▶ Kaufmann, S.; Müller, T.: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Karl Dietz, Berlin 2009, 272 S., 19,90 €, ISBN 978-3-320-02211-2

Verkehrte Stoffwirtschaft: Wie wir unsere Erde zumüllen



Mit einem Videobeitrag auf YouTube im Internet fing alles an. Oder nein, eigentlich viel früher: Annie Leonard – später Aktivistin unter anderem bei Greenpeace International und der Antimüllver-

brennungsorganisation Global Alliance for Incineration Alternatives (GAIA) – fielen schon während ihres Studiums im schlaftrunkenen Zustand die vielen Müllsäcke auf. Die standen morgens am Straßenrand und abends nicht mehr. Und die US-amerikanische Umweltwissenschaftlerin in spe machte sich auf die Suche. Eine Suche, die sie nicht mehr losließ und sie um die Welt führte: zu Mülldeponien, Minen, Fabriken, Krankenhäusern, Bauernhöfen, Regierungsgebäuden und zum Schluss vor die Kamera und an den Schreibtisch, um ein Buch zu schreiben. Damit war die „Story of Stuff“ geboren, die von Rohstoffgewinnung, Produktion, Verteilung, Konsum und der Entsorgung von Produkten handelt. Und die uns vor Augen führt, dass das jetzige Wirtschaftsmodell unsozial, unökologisch und gänzlich linear angelegt und damit nicht zukunftsfähig ist. Die rund 20-jährige Recherche verschlug die Autorin

nach Haiti, Bangladesch, Südafrika und Indien. Für die deutsche Ausgabe wurden einige Fakten ergänzt, die die hiesige Situation darstellen.

Annie Leonards Verdienst ist nicht nur eine gründliche Recherche von Fakten, Daten und Zusammenhängen, ihr großes Talent ist es, diese Erkenntnisse auch auf sehr verständliche Weise zu vermitteln. Wem gelingt es schon, klipp und klar ein Paradigma zu erklären und danach gleich den Unterschied zwischen Paradigma und Wahrheit? Doch genau darum geht es: Zeigen, dass das, was wir „normal“ nennen, alles andere als normal ist. Unser stetig wachsendes Müllproblem hängt mit der gesamten Stoffwirtschaft zusammen und trifft auf „den Konsumenten in uns“, der von all der Werbung für das vorherrschende Wachstumsparadigma beeinflusst ist. So führt die Autorin immer wieder auch persönliche Beispiele an, die zeigen, was die alltäglich verwendeten Giftstoffe in der Industrie mit uns machen; etwa eine erschreckende Auflistung aller in ihrem Blut gefundenen Chemikalien. Denn solange die bunte Warenwelt mit lebensfeindlichen Mitteln produziert wird, werden wir die Folgen am eigenen Leib und in unserer näheren Umwelt spüren. Folgen gibt es natürlich auch an all den Orten der Welt, an denen unsere Produkte entstehen.

Neben dem ganz normalen Wahnsinn unserer verschwenderischen Wegwerfgesellschaft beschreibt Leonard aber auch Alternativen und Hoffnungsschimmer – gekennzeichnet durch Symbole, die in allen Kapiteln regelmäßig auftauchen. Das Buch schließt mit Argumenten für einen Paradigmenwechsel und einer Vision für eine Welt, die eine bessere, neue Stoffgeschichte schreibt. Im Anhang sind zudem praktische Verhaltenstipps für umweltpolitisches Engagement in der Gesellschaft und zu Hause aufgeführt. Und wer dann immer noch nicht genug hat, kann sich die Story of Stuff auch im Internet ansehen.

[Juliane Grüning]

- ▶ Leonard, A.: The Story of Stuff. Wie wir unsere Erde zumüllen. Econ, Berlin 2010, 400 S., 18,- €, ISBN 978-3-430-20083-7
- ▶ www.thestoryofstuff.de

Zukunftsfähiger ackern

■ Welche Forschung braucht eine bäuerliche Landwirtschaft? Was hat eine Orientierung an Nachhaltigkeit und der tatsächlichen Praxis auf den Höfen zur Folge? Zu einer Tagung über zukunftsfähige Landwirtschaft hat die Evangelische Akademie Hofgeismar im letzten Oktober „Praxis, Wissenschaft und Verbände“ zum Dialog eingeladen. Beiträge kamen unter anderem von Benny Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Georg Janßen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sowie VertreterInnen des AgrarBündnisses. Auch die Ergebnisse von sieben Arbeitsgruppen sind nachzulesen, darunter die zur nachhaltigen Bodenbewirtschaftung, zu Tierzucht und Tierhaltung sowie zu Betriebsformen und Ökonomie. Der Dialog zwischen Forschung und Praxis benötigt einen offenen Umgang mit ungelösten Fragen und frei zugängliches Wissen, so die TeilnehmerInnen. Allen Beteiligten lagen die Vermittlung des Wertes der bäuerlichen Landwirtschaft für Klima- und Bodenschutz sowie die damit verbundenen sozialen Fragen am Herzen. Den Eigenwert bäuerlicher Landwirtschaft gelte es auch in Politik und Gesellschaft besser zu vermitteln.

[Juliane Grüning]

- ▶ Fink-Keßler, A.; Hofmeister, G.; Thomas, F. (Hrsg.): Zukunftsfähige Landwirtschaft. Praxis, Wissenschaft und Verbände im Dialog. Evangelische Akademie Hofgeismar 2010, 132 S., 10,- €, ISBN 978-3-89281-260-1

Rechtsratgeber Ehrenamt

■ Rechtliche Rahmenbedingungen, Haftungsfragen und einkommensteuerliche Begünstigungen sind wichtige theoretische Grundlagen für ehrenamtlich Tätige. Wer Rechtliches zum Einsatz bürgerschaftlich Engagierter wissen will, findet Antworten in diesem Ratgeber.

[jg]

- ▶ Küstermann, B.: Rechtsratgeber Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin 2010, 164 S., 19,80 €, ISBN 978-3-941368-03-3

INTERNET

Transparente EU-Abgeordnete

■ Welche Partei hat das Grünbuch zur Gemeinsamen Fischereipolitik befürwortet? Wie hat mein EU-Parlamentarier über den Haushalt abgestimmt?

Antworten gibt die englischsprachige Internetseite EPVote. Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten ist seit Herbst 2009 dokumentiert und in interaktiven Grafiken zusammengefasst. Diese zeigen auf einen Blick, wie ein einzelner Parlamentarier, eine Partei oder die Abgeordneten eines Landes abgestimmt haben. [at]

- ▶ www.epvote.eu

Agrardebatte kompakt

■ Mehrere unabhängige ExpertInnen für internationale Agrarpolitik treten seit einigen Monaten in einem gemeinsamen Blogportal auf. Warum müssen Kleinbauern hungern? Warum kaufen reiche Staaten und Konzerne Land in armen Staaten? Solchen Fragen gehen die AutorInnen in 15 Kategorien von „Afrika“ bis „Wissen“ nach. Auf den Artikelseiten selbst stehen weitere Informationen. Eine Referenzen-Seite verlinkt zu wichtigen Einrichtungen und Infodiensten. [mb]

- ▶ www.agrardebatte.de

Tierschutzpolitik im Überblick

■ Auf einer Internetseite des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte können Politiker ihre parlamentarischen Aktivitäten zum Tierschutz auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene veröffentlichen. Gesetzentwürfe, Beschlüsse, Initiativen, Anträge und Anfragen finden sich hier wieder. Ziel ist es, den politischen Stellenwert des Tierschutzes zu erhöhen und am Tierschutz interessierten Menschen Wahlentscheidungen zu erleichtern. [cd]

- ▶ www.tierschutzwatch.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): **Memorandum 2010. Sozial-ökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuergeschenken.** PapyRossa, Köln 2010, 273 S., 17,90 €, ISBN 978-3-89438-433-3. www.kurzlink.de/memo2010
- ▶ Beckenbach, Frank u. a. (Hrsg.): **Diskurs Klimapolitik.** Metropolis, Marburg 2009, 329 S., 28,- €, ISBN 978-3-89518-763-6
- ▶ Brockmann, K. u. a.: **Risiken und Nebenwirkungen. Die Genbank Gatersleben und die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen.** ABL, Hamm 2010, 68 S., 4,- €. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/gatersleben.pdf
- ▶ Bülow, M.: **Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter.** Econ, Berlin 2010, 238 S., 18,- €, ISBN 978-3-430-30042-1
- ▶ Christ, M. (Hrsg.): **Bedrohte Saat. Saatgutpflege und der Kampf gegen die Macht der Agrokonzerne.** Pforte, Dornach 2010, 328 S., 14,- €, ISBN 978-3-85636-197-6
- ▶ Döring, R.: **Sustainability, natural capital and nature conservation.** Metropolis, Marburg 2009, 220 S., 24,80 €, ISBN 978-3-89518-758-2
- ▶ Von Egan-Krieger, T. u. a. (Hrsg.): **Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik.** Metropolis, Marburg 2009, 334 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-750-6
- ▶ Fritz, S.: **Integrierter Umweltschutz im Völkerrecht.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 372 S., 94,80 €, ISBN 978-3-503-12051-2
- ▶ Gilbertson, T.; Reyes, O.: **Globaler Emissionshandel. Wie Luftverschmutzer belohnt werden.** Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2010, 200 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86099-742-0
- ▶ Lampe, F.: **Green-IT, Virtualisierung und Thin Clients. Mit neuen IT-Technologien Energieeffizienz erreichen, die Umwelt schonen und Kosten sparen.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2010, 196 S., 39,90 €, ISBN 978-3-8348-0687-1
- ▶ Luks, F.: **Endlich im Endlichen. Oder: Warum die Rettung der Welt Ironie und Großzügigkeit erfordert.** Metropolis, Marburg 2010, 273 S., 16,80 €, ISBN 978-3-89518-704-9
- ▶ Pelte, D.: **Die Zukunft unserer Energieversorgung. Eine Analyse aus mathematisch-naturwissenschaftlicher Sicht.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2010, 294 S., 24,95 €, ISBN 978-3-8348-0989-6
- ▶ Peters, W.; Schultze, C.: **Bioenergie und Naturschutz. Synergien fördern, Risiken vermeiden.** BfN, Bonn 2010, 32 S., 4,- €. Kostenloser Download: www.kurzlink.de/bioenergie.pdf
- ▶ Rifkin, J.: **Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein.** Campus, Frankfurt/M. 2010, 469 S., 26,90 €, ISBN 978-3-593-38512-9
- ▶ Sausmikat, N. (Hrsg.): **How European and Chinese NGOs Can Learn from Each Other. A Documentation.** German Asia Foundation, Essen 2010, 202 S., 10,- €, ISBN 978-3-933341-47-1. Kostenloser Download: www.eu-china.net/?idart=1321
- ▶ Schultz, J.: **Umwelt und Gerechtigkeit in Deutschland. Beitrag zu einer Systematisierung und ethischen Fundierung.** Metropolis, Marburg 2009, 299 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-762-9
- ▶ Schulz, D.: **Agrarpolitik der EU. Umweltschutzanforderungen für die Jahre 2014 bis 2020 (CAP 2020).** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 11 S. Download: www.kurzlink.de/cap-2020.pdf
- ▶ Voß, E.: **Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders wirtschaften ist möglich.** AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2010, 92 S., 9,- €, ISBN 978-3-930830-50-3. www.solioeko.de/voss
- ▶ WBGU: **Klimapolitik nach Kopenhagen. Auf drei Ebenen zum Erfolg.** Berlin 2010, 20 S. Download: www.wbgu.de/wbgu_pp2010.pdf
- ▶ Worldwatch Institute (Hrsg.): **Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben: Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil.** oekom, München 2010, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-202-5. www.kurzlink.de/zurlagederwelt

TERMINE

JUNI

- 02.06., Lübeck (D)
Quo vadis Ostseeküste? Perspektiven zwischen Bettenburgen und Naturerhalt
▶ Akademie für Natur und Umwelt, Elke Körner, BUND Landesverband Schleswig-Holstein, Tel. +49 (0)431 / 660-6052, Fax -6033, E-Mail: elke.koerner@bund-sh.de
- 03.-04.06., Bonn (D)
Alles muss man selber machen! Neue Strategien für gerechten und effektiven Klimaschutz
▶ BUND, Astrid Goltz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586494, E-Mail: international@bund.net, www.bund.net
- 05.-06.06., Berlin (D)
Leben ist Vielfalt! 15. Umweltfestival mit Fahrradsternfahrt
▶ Grüne Liga/ADFC, Karen Thormeyer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-0, Fax -33, E-Mail: berlin@grueneliga.de, www.umweltfestival.de, www.fahrradsternfahrt.de
- 06.06., weltweit
Picnic for Degrowth
▶ www.picnic4degrowth.net
- 07./15./18./24.06./01.07., Hamburg (D)
Hafenrundfahrt zum Thema Agrarkraftstoffe
▶ Agrar Koordination, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 392526, E-Mail: info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de
- 07.-08.06., Berlin (D)
Urbane Strategien zum Klimawandel. Auftaktkonferenz
▶ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Team Ewen, Darmstadt, Tel. +49 (0)6151 / 950485-12, E-Mail: info@stadt-und-klimawandel.de, www.stadt-und-klimawandel.de
- 11.06., Bad Vilbel-Dortelweil bei Frankfurt/M. (D)
Die Rückeroberung der Nidda. Symposium
▶ Hochschule RheinMain, Julia Guttmann, Tel. +49 (0)611 / 949531-65, Fax -46, E-Mail: julia.guttmann@hs-rm.de, www.iwib-wiesbaden.de
- 11.-13.06., Hofgeismar bei Kassel (D)
Prinzip Nachhaltigkeit. Theologische,

philosophische und ethische Perspektiven

► Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 8811-22, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de, www.akademie-hofgeismar.de

12.06., bundesweit (D)

GEO-Tag der Artenvielfalt 2010

► GEO, Tom Müller, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, Fax -1727, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo-artenvielfalt.de

15.–16.06., Nürnberg (D)

SusCon 2010. Biodiversity – of strategic value in a greening economy ...

► Organic Services, Colabora, Eco-World, Annette Diedrich, München, Tel. +49(0)89 / 820759-07, Fax -19, E-Mail: info@suscon.net, www.suscon.net

16.06., Berlin (D)

Grüne Beschaffung. Fachkonferenz

► Deutsche Industrie- und Handelskammer, Ludmilla Kascheike, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2030852705, E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de, www.dihk.de

18.06., Zürich (CH)

Die Zukunft des Stadtraums: erneuerbare Energien und CO₂-freier Verkehr

► Sanu, VFC, SES/VCS; Tanja Pete, Sanu, Biel, Tel. +41 (0)32 / 3221433, E-Mail: tpete@sanu.ch, www.sanu.ch

19.06., Berlin (D)

Landwirtschaft in China: Grüne Hoffnung oder Gentech-Alptraum?

► Asienstiftung, Rosalyn Hoppe, Essen, Tel. +49 (0)201 / 83038-23, Fax -30, E-Mail: rosalyn.hoppe@asienhaus.de, www.asienhaus.de

21.–23.06., Locomm bei Hannover (D)

Wem gehört das Schwein? Patente auf Lebewesen

► Evangelische Akademie Locomm, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

22.06.–22.08., FIN/RU/LV/PL/D/DK/SE

Baltic Sea Info Tour 2010

► Nuclear Heritage Network, Tel. +358 (0)41 / 7243254, E-Mail: contact@nuclear-heritage.net, http://baltic-tour.nuclear-heritage.net

25.06., Neumarkt in der Oberpfalz (D)

Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

► Stadt Neumarkt, Ralf Mützel, Tel. +49 (0)9181 / 51-2266, E-Mail: ralf.muettel@neumarkt.de, www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

25.06.–31.08., York (GB) – Erkelenz/NRW (D)

Ecotopia Biketour 2010. Aktionstour

► EYFA, Amsterdam, Tel. +31 (0)20 / 6-657743, Fax -928757, E-Mail: info@ecotopiabiketour.net, www.ecotopiabiketour.net

28.06.–01.07., York (GB)

Towards Carfree Cities IX. Konferenz

► World Carfree Network/Carfree UK, E-Mail: york@worldcarfree.net, www.worldcarfree.net/conference

28.06.–02.07., Würzburg (D)

Ökonomie und Ökologie. Lebensquelle Wasser

► Akademie Frankenwarte Würzburg/Gesellschaft für Politische Bildung, Carmen Schmitt, Tel. +49 (0)931 / 8046-4340, Fax -444, E-Mail: carmen.schmitt@frankenwarte.de, www.frankenwarte.de

JULI

06.–07.07., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Spiegel der Religionen

► Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Beate- und Hubert-Weinzierl-Stiftung, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

08.–09.07., Wiesbaden (D)

Dezentrale Energiesysteme und Energieeffizientes Bauen und Sanieren. Fachmesse und Kongress

► REECO GmbH, Tel. +49 (0)7121 / 3016-0, E-Mail: redaktion@energie-server.de, www.denex.info

08.–10.07., München (D)

Green Cultures. Environmental Knowledge, Climate, and Catastrophe

► Bayerische Amerika-Akademie, München, Tel. +49 (0)89 / 545040-30, Fax -35, E-Mail: info@amerika-akademie.de, www.amerika-akademie.de

17.–25.07., Wesergebiet

Sternradtour 2010. Bewegung für lebendige Flüsse

► Lebendige Weser e.V., Höxter, Tel. +49 (0)5271 / 490722, E-Mail: info@lebendige-weser.de, www.sternradtour.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Impressum

umwelt aktuell Juni 2010

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und International, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoé Thio [zt], Annkathrin Tempel [at], Christine Dubiel [cd], Klemens Gieles [kg]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. **Druck auf 100 % Altpapier**
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



GPS in der Umweltbildung

Geocaching frisst Naturerleben

Moderne Navigationsgeräte sollen naturmüde Kinder und Jugendliche ins Grüne locken. Geocaching und GPS-unterstützte Angebote erobern die Umweltbildung. Doch ob dabei wirklich Interesse an der Natur geweckt, eine emotionale Bindung vermittelt und ein schonendes Verhalten eingeübt werden, ist zu bezweifeln.

□ Das Global Positioning System (GPS) ist ein weltumspannendes Satellitensystem, das in den 1970er-Jahren vom US-Verteidigungsministerium für Kriegsschiffe und Flugzeuge entwickelt wurde. Im Gegensatz zum Radar empfängt GPS nur Signale und sendet nicht. Man kann damit die Position exakt messen, aber nicht geortet werden. Heute wird GPS in vielen zivilen Bereichen eingesetzt. Wanderern und Segelfliegern hilft es bei der Ortsfindung und zeigt den Heimweg an. In der Landwirtschaft ermöglicht „Precision Farming“ eine genauere Düngemittelgabe. Künstler zeichnen beim „GPS-Drawing“ eine Route auf, speisen sie in den PC ein und verfremden das Bild durch Überlagerung mit Luftaufnahmen. In den Niederlanden gibt es Pläne, die Fahrstrecke von Autos zu speichern und daran eine CO₂-Steuer zu koppeln. Sexualstraftäter werden heute bereits durch elektronische GPS-Fußfesseln überwacht. Gefährlichen Tieren, die eine Grenze überschreiten, kann per Fernübertragung ein Elektroimpuls übermittelt werden, der sie zum Umkehren veranlasst. Big Brother lässt grüßen!

Einfache GPS-Geräte gibt es schon für etwa 70 Euro. Bessere Geräte haben eine gespeicherte Landkarte. Der Trend geht zum Handy mit integriertem GPS-Empfänger. Ältere Handys kann man durch ein Zusatzprogramm für weniger als zehn Euro aufrüsten. Doch Vorsicht: Datenübertragung per Mobilfunk kostet Geld.

Geocaching

Groß in Mode ist das „Geocaching“, eine Art elektronische Schatzsuche oder Schnitzeljagd. Die Verstecke sind oft kleine Plastikdosen und heißen „Caches“. Sie müssen anhand geografischer Koordinaten mit dem GPS gefunden werden. Der Finder

legt einen neuen kleinen Schatz (Trade), beispielsweise Süßigkeiten, ins Versteck. Unbeteiligte Menschen (Muggels) oder Diebe (Piraten) dürfen das Geschehen aber auf keinen Fall mitbekommen und eingreifen. Zu Hause wird dann im Internet durch einen „Log“ auf der Seite geocaching.com oder opencaching.de der Erfolg dokumentiert.

Die Community wird immer größer: Beim letztjährigen GPS-Festival, das der Gerätehersteller und Branchenführer Garmin auf der Zeche Zollverein in Essen organisierte, nahmen über 15.000 Menschen teil. Es gibt diverse Spielvarianten. Traditionell sucht man nur einen Cache. Möglich sind auch mehrere hintereinander als Multicache. Es gibt Schatzsuchen mit Rätselaufgaben (Mysterycache), Mathe- oder Physikcaches, Nachtcaches oder Drive-in-Caches, bei denen der Parkplatz praktischerweise ganz in der Nähe ist. Sportliche Menschen beteiligen sich an Caches, die nur mit speziellem Equipment wie Bergsteiger- oder Schnorchelausrüstung erreichbar sind. Richtig anstrengend wird es beim Laufspiel „Fast Foot“. Ähnlich wie beim bekannten Brettspiel Scotland Yard müssen dabei mehrere Personen einen „Dieb“ per GPS in der Stadt jagen und aufspüren.

GPS in der Bildung

Seit mehreren Jahren können Jugendteams am Geocaching-Spiel „Dortmund sucht das Super-Ei“ (DsdSe) von Geobound Hamburg teilnehmen. Dabei müssen sie knifflige Fragen lösen und lernen auf der Suche nach dem glitzernden Schatz ihren Stadtteil mit ganz anderen Augen kennen. Das Medienkulturzentrum Dresden verknüpft bei seinen „CityTracks“ erlebnispädagogische Elemente mit Geocaching. Dabei müssen

Jugendliche aus Polen und Deutschland an Stationen Aufgaben medial umsetzen, etwa in Form von Handyvideos, Comics oder Interviews. Viele Städte bieten inzwischen Geocaching oder GPS-Touren im Rahmen ihres Citymarketings an. Touristen erhalten über das Gerät digitale Informationen direkt vor Ort. Das Reparieren von ständig zerstörten Infotafeln ist nicht mehr nötig. Auch viele ländliche Regionen werben mit attraktiven GPS-Wanderrouen oder -Fahrradtouren durch reizvolle Landschaften. Der Verein Aktion Fischotter-schutz bietet „Natur als Abenteuer“ in Form einer Rallye entlang der Alster in Hamburg an. Als „Naturscouts“ werden Kinder nicht nur an ihrem Geburtstag interaktiv und GPS-gestützt vom NABU Hamburg durch das Naturschutzgebiet Duvenstedter Brook geleitet.

Kritik

Das Interesse an GPS ist in der Umweltbildung groß, aber Unkenntnis und Befürchtungen oftmals ebenso. Kosten und Aufwand sollten in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Neben den Anschaffungskosten für die GPS-Geräte wollen auch Reparaturkosten, Versicherung gegen Diebstahl, Übertragungsgebühren und technische Software-Aufrüstung bedacht sein. Die Technik darf in der Praxis nicht versagen: Ist der Akku voll? Läuft die Software einwandfrei? Ist das Gerät wasserdicht? In Gebäuden funktioniert GPS nicht, im Wald oder in Schluchten gibt es Empfangsschwierigkeiten. Die Messgenauigkeit liegt in der Regel bei zehn Metern.

Viele fragen sich da: Genügt vielleicht nicht doch einfach eine gedruckte Karte? Wie sieht eigentlich die Ökobilanz solcher Geräte aus? Werden hier materielle Bedürfnisse künstlich geweckt, während das Naturerleben selbst weiter in den Hintergrund rückt? Welcher Förster orientiert sich denn auf der Pirsch mit einem GPS?

Tatsächlich wühlen sich manche Suchteams durch die Gegend schlimmer als Wildschweine. Baumstümpfe werden aus dem Boden gerissen und Wiesen platt getrampelt. Der Deutsche Wanderverband hat daher gemeinsam mit der Deutschen

Wanderjugend und der Firma Garmin im vergangenen Februar Empfehlungen für naturverträgliches Geocaching vorgestellt: Caches sollen nicht in Naturschutzgebieten abseits der Wege oder gar in Höhlen oder Baumhöhlen versteckt sein. Auf die Brutzeit von Vögeln und die Aufzucht von Wildtierjungen ist Rücksicht zu nehmen.

Die Beurteilung des pädagogischen Nutzens ist schwierig. Manchem Jugendleiter gelingt es möglicherweise, Jugendliche mit Geocaching in die Natur zu locken. Doch ob diese bei der Bedienung des GPS-Gerätes überhaupt die Umgebung wahrnehmen, ist fraglich. Aufsichtspflicht und Unfallvermeidung müssen gewährleistet sein, was bei begeistert davonstürmenden Jugendlichen nicht immer leicht ist.

In Projektbeschreibungen heißt es oft: „Das Vorhaben fördert Medienkompetenz, Kreativität, Kombinationsvermögen und vernetztes Denken ...“ Doch ob Teilnehmende beim Geocaching die sogenannten BNE-Teilkompetenzen nach dem Konzept von de Haan und Bormann erwerben können – beispielsweise vorausschauend denken und handeln lernen, eigene Leitbilder und die anderer reflektieren oder Empathie und Solidarität für andere zeigen können –, darf bezweifelt werden.

Auch Anforderungen, wie sie der Hamburger Aktionsplan zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) formuliert, werden in der überwiegenden Praxis meist nicht erfüllt: BNE-Aktivitäten sollen Schlüsselthemen einer nachhaltigen Entwicklung wie Klimaschutz, Konsum oder Gesundheit aufgreifen, Perspektiven wie Geschlechtergerechtigkeit oder interkulturelle Aspekte berücksichtigen, zukunftsfähige Leitbilder entwickeln, ökologische mit sozialen und wirtschaftlichen Aspekten verbinden und lokale oder globale Nachhaltigkeitsdefizite aufzeigen und bearbeiten.

Empfehlungen

Dabei ließen sich viele GPS-Touren durchaus in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Lokale Events wie das Europäische Umwelthauptstadtjahr in Hamburg oder das Hamburger Klimaschutzprogramm böten hervorragende Anlässe für den Ein-

satz von GPS-Geräten. Auch für Baumpatenschaften könnte das GPS genutzt werden. Auf Kindergeburtstagsrallyes durch die Nachbarschaft könnten soziale Projekte kennengelernt werden.

GPS-gestützte Bildungsangebote bieten sehr gute Möglichkeiten für ein informelles und lebenslanges Lernen. Damit Spiel und Spaß in einem ausgewogenen Verhältnis zum Lernen stehen, wären pädagogische Rahmenkonzepte hilfreich, bei denen die Erlebnisse mit den Akteuren vor- und nachbereitet werden. Beobachtungsaufgaben, Interviews mit Passanten oder gar geplante Begegnungen mit Menschen an Anlaufpunkten sollten gezielt eingebaut werden. Auch sollten die Räume zwischen den Anlaufstellen ins Blickfeld rücken, etwa indem Veränderungen durch Fotos, Skizzen oder Fundstücke dokumentiert werden. Auf Abruf könnten Zusatzinformationen digital bereitgestellt werden, so auch ein Hinweis für Migranten in ihrer Muttersprache. Wünschenswert wäre vor allem eine größere Interaktivität. Zwar gibt es für iPhone-Handys schon Anwendungsprogramme (Apps) zur Erkennung von Vogelstimmen, doch keine direkte Erkennungssoftware. Dies wäre zum Beispiel auch für die Erkennung von Blättern denkbar, die mit dem Foto des Handys aufgenommen wurden.

Insgesamt sollte das Angebot aber nicht pädagogisch überfrachtet werden. Blaise Pascal, ein französischer Mathematiker, Physiker, Literat und Philosoph des siebzehnten Jahrhunderts, sagte: „Wir suchen niemals die Dinge, sondern das Suchen nach ihnen.“ **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ Tagungsdokumentation in Vorbereitung: Natur als Abenteuer. GPS-unterstützte Bildungsangebote. Metropolregion Hamburg und Aktion Fischotterschutz, April 2010. Kontakt: Karsten Borggräfe, E-Mail: k.borggraefer@otterzentrum.de
- ▷ Garmin Outdoor-GPS-Geräte in der Jugendarbeit und im Unterricht: www.garminonline.de
- ▷ Hamburger Aktionsplan BNE: www.hamburg.de/aktionsplan
- ▷ De Haan, G.; Bormann, I. (Hrsg.): Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept für Bildung für nachhaltige Entwicklung. VS, Wiesbaden 2008, S. 23–43

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Terminkalender führt 3.500 Veranstaltungen auf

□ Der bundesweite Veranstaltungskalender der ANU wird immer größer und beliebter. Über 3.500 Termine aus allen Bundesländern sowie fast 1.000 nicht terminierte Angebote können – sortiert nach bestimmten Kategorien oder Zielgruppen – abgerufen werden. Nach der norddeutschen Partnerschaft NUN hat jetzt auch die Umweltbibliothek Leipzig einen Veranstaltungskalender für die Region gestartet. Grundlage für alle ist die von der Umweltstiftung S.O.F. Save Our Future zusammen mit der Umweltbehörde Hamburg entwickelte Technik. Das Interessante dabei: Alle nutzen dieselbe Datenbank, daher können die Veranstaltungen auf allen Webseiten abgebildet werden. Es ist aber auch möglich, sie nur als „Homepagekalender“ für den eigenen Internetauftritt im selbst gewählten Webdesign darzustellen. Das Schöne daran ist: Die Nutzung kostet nichts.

- ▷ www.umweltbildung.de/veranstaltungen
- ▷ www.uport-hh.de/bildungsangebote/veranstaltungskalender
- ▷ www.umweltbildung-leipzig.de
- ▷ www.nun-dekade.de/nun-veranstaltungen

SCHWERPUNKT: BNE NÜTZT DER WIRTSCHAFT

Nachhaltigkeit braucht Bildung, Pioniere und politische Unterstützung

□ Drei Ansätze führen zu mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft: Nachhaltigkeit im Bildungssystem, Netzwerke von Nachhaltigkeitspionieren sowie die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen. Dies ist das Ergebnis der 3. Arena für Nachhaltigkeit in Thüringen, an der Mitte April Jahres knapp 180 Teilnehmer und 33 Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft teilgenommen haben. Ernst Ulrich von Weizsäcker forderte in seinem Beitrag eine Allianz aus Staat und

Wirtschaft mit umwelt- und klimafreundlichen Rahmenbedingungen sowie einer Regulierung der Preise, denn „Ressourcen sind immer noch zu billig“. Eine hohe Ressourcenproduktivität lässt sich auch durch Lebensverlängerung von Produkten erzielen. Dies zeigte die Richard Henkel GmbH, die eine lebenslange Reparatur ihrer Produkte anbietet und damit letztes Jahr eine Steigerung der Nachfrage um fast 90 Prozent erzielen konnte. „Nicht Wachstum ist unser Ziel, sondern Wertschöpfung“, sagte Geschäftsführerin Susanne Henkel. Für die Firma Vaillant ist es besonders wichtig, die Mitarbeiter durch Trainings und Motivationsaktionen ganz gezielt zu mehr Energieeinsparung zu ermutigen. Einen Perspektivenwechsel von den Produkten hin zur Lebensqualität forderte auch Ursula Versteegen von der Society for Organizational Learning. Nicht „Was will ich, was der andere braucht?“, sondern „Was braucht der andere wirklich?“ sei die entscheidende Frage.

▷ www.nachhaltigkeitsarena.de

RWE und das Waldmärchen

□ Das Cadolzheimer Waldmärchen des Runden Tisches Umweltbildung aus dem Landkreis Fürth hat den ersten Deutschen Waldpädagogikpreis gewonnen. Das Märchen handelt von der Zukunft und den Ressourcen Holz und Wasser in der Region und ist als historisches Rollenspiel für Kinder der zweiten bis fünften Klasse konzipiert. Für den mit 5.000 Euro dotierten Preis gingen insgesamt 150 Bewerbungen ein. Er wurde im März erstmals gemeinsam von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und RWE Innogy vergeben. Das Tochterunternehmen des Energieriesen RWE ist für erneuerbare Energien im Konzern zuständig und erzeugt unter anderem mit Biomasseanlagen auf der Basis von Holz CO₂-neutral Strom und Wärme. Der RWE-Konzern, der wegen seiner besonders ineffizienten Braunkohlekraftwerke in die Klimakritik geraten ist, will nun „VorWeg gehen und Gutes tun“. Allen voran geht der RWE-Vorstand, der seine Vergütung jetzt auf Nachhaltigkeit und

Mitarbeiterzufriedenheit ausgerichtet hat. Gemäß dem Motto „Nachhaltiges Wirtschaften zahlt sich aus“ wird das Märchen dann im nächsten Nachhaltigkeitsbericht zu finden sein.

▷ www.deutscher-waldpaedagogikpreis.de

▷ www.rwe.com (Suche: Waldpädagogik)

Coca-Cola – jetzt grün!

□ „Nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftlich verantwortliches Handeln sind zentrale Bestandteile unserer Unternehmenskultur.“ Mit dieser Aussage wirbt die Coca-Cola GmbH im Internet. Als Unternehmen mit hohem Wasserverbrauch erklärt die Firma den verantwortlichen Umgang mit der Ressource Wasser zu einem zentralen Ziel ihres Umweltmanagements: „Für jeden Tropfen Wasser, den wir in unseren Getränken und bei ihrer Produktion verbrauchen, geben wir wieder einen Tropfen in den Wasserkreislauf zurück.“ In Zusammenarbeit mit dem WWF wurde ein Programm entwickelt, das den Wasserverbrauch in den Produktionsbetrieben auswertet und Einsparpotenziale sichtbar macht. Coca-Cola wirbt für Umwelt und Nachhaltigkeit praktischerweise genau bei ihrer wichtigsten Zielgruppe, den Jugendlichen. Bereits von 1996 bis 2005 war Coca-Cola mit „Aktionsmobilen“ an deutschen Schulen unterwegs, um jungen Menschen den Spaß an Sport und Bewegung zu vermitteln. Seit 2008 können Schulen beim Wettbewerb „Wasserschutz macht Schule“ mitmachen. Die besten zehn erhalten ein Preisgeld von 1.000 Euro zur Umsetzung ihrer Projektideen.

▷ www.coca-cola-gmbh.de/nachhaltigkeit

Henkel will eine saubere Zukunft

□ Auch die Henkel AG setzt bei der Kommunikation auf Nachhaltigkeit und Schule und nutzt dabei Web-2.0-Anwendungen. Auf ihrer Webseite „Save your future“ lautet die zentrale Aussage zur Nachhaltigkeit zwar nur dürftig, dass Bakterien Sauberkeit fördern. Aber daneben wird zum „Gedankenaustausch zum Thema Nachhaltigkeit,

Umweltschutz und sozialem Engagement“ aufgefordert. Der entsprechende Blog stammt praktischerweise fast ausschließlich von Sabine Röltgen, die für die Onlinekommunikation im Unternehmensbereich Laundry & Homecare verantwortlich zeichnet. In der Twitter-Ecke erfährt man etwas über den „Pattex-Stuhl“ des Trainers von Fortuna Düsseldorf. Für Schulen gibt es natürlich kostenlose Unterrichtsmaterialien und eine obskure Sammlung von Schülerprojekten, eingeteilt in die Bereiche Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft. Beim Henkel-Wettbewerb „Save your future – Nimm die Zukunft in die Hand!“ können SchülerInnen aller Schulformen ab der 8. Klasse ihre Ideen einreichen. Die Siegerteams dürfen sie dann bei Henkel präsentieren und können Preise gewinnen.

▷ www.save-your-future.com

Allianz-Versicherungen besser als Energiesparen

□ Junge Leute wollen keine Verantwortung für die Zukunft tragen: Jeder Zweite sieht sich nicht für den Klimaschutz zuständig. Nur 32 Prozent der jungen Leute zwischen 14 und 29 Jahren tun aktiv etwas für den Klimaschutz – gegenüber 61 Prozent der über 50-Jährigen. Das ist ein Ergebnis der „Verantwortungsstudie 2010“, die von der Allianz Deutschland AG in Auftrag gegeben wurde. Noch dramatischer sieht es laut Studie bei der Altersvorsorge aus. Obwohl die Rentenlücke unzweifelhaft von jedem Einzelnen selbst geschlossen werden muss, erwarten zwei Drittel der Befragten eine Lösung durch den Staat.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass viele Menschen nur bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und aktiv zu werden, wenn es sich um konkrete Probleme handelt. Beispiele sind die Pflege kranker Eltern, die Erziehungsvorsorge für eigene Kinder oder auch die Mülltrennung. Diffuse, zukünftige Probleme werden oft ausgeblendet. Die Allianz AG will das nun ändern und übernimmt „gesellschaftliche Verantwortung“. Das sieht so aus: Der Marktführer in der Lebensver-

sicherung hat vor, seinen CO₂-Ausstoß bis 2012 um 25 Prozent zu senken. Darüber hinaus unterstützt die Versicherung die Bürger dabei, ihre Versorgungslücken zu erkennen und sich rechtzeitig um die Zukunft zu kümmern. Die Allianz bietet deshalb „kompetente Vorsorgeberatung und maßgerechte Lösungen für die private und betriebliche Altersvorsorge“ an.

▷ www.allianzdeutschland.de/presse (06.04.2010)

NEUE MATERIALIEN

Mein Handy hat einen Vogel

□ Amsel, Nachtigall oder Blaumeise? Jeder kann jetzt Vogelstimmen innerhalb weniger Minuten erkennen. Voraussetzung ist ein modernes Handy, etwa ein Apple iPhone. Damit kann man ein vom Verlag Edition Ample entwickeltes Anwendungsprogramm („App“) nutzen, das auf eine umfangreiche Datenbank mit Sichtungserfassung der Internetplattform Naturgucker zugreift. Dort finden sich 175 heimische Vogelarten und über 1.000 Lautäußerungen. Die Handhabung ist einfach und erfordert keinerlei Fachwissen: Wer im Wald einen unbekanntem Vogel hört oder sieht, wählt den Lebensraum „Wald“ und erhält sämtliche Vogelarten, die dort leben. In der Schnellbestimmung können Gesänge, Rufe und andere Lautäußerungen abgehört werden. Da die häufigsten Arten zuerst eingespielt werden, kommt es schnell zu Bestimmungserfolgen. Neben Lautäußerungen und einem Bild sind weitere Informationen zu Größe, Brutverhalten und anderen Merkmalen der Arten aufgeführt.

▷ www.naturelexicon.de

▷ www.naturgucker.de

Klimawandel – der Beitrag der Bildung

□ Die aktuelle Ausgabe des BNE-Journals beschäftigt sich mit neuen Perspektiven für den Klimaschutz nach dem Scheitern der Weltkonferenz in Kopenhagen. Experten klären, ob Bildung für nachhaltige Ent-

wicklung weiterhelfen kann. Zwei junge Teilnehmer des Klimagipfels schildern ihre Eindrücke und fordern Änderungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Außerdem zeigen sechs ausgezeichnete Projekte, wie man BNE konkret umsetzt.

▷ www.bne-portal.de (BNE-Journal – März 2010)

Wald neu entdecken

□ Das aktuelle Heft von umwelt & bildung will den „Wald neu entdecken“ helfen. In der Tat kommen die klassischen Naturthemen in den Zeiten von BNE manchmal etwas zu kurz. Hier findet sich ein buntes Potpourri, das vom konkreten Bergwaldprojekt in den Alpen über die NS-Vergangenheit der staatlichen Österreichischen Bundesforste bis zum Vergleich zwischen der Regenwaldzerstörung am Amazonas und dem brennenden Heimatbaum der Na'vi vom Planeten Pandora im Kinohit Avatar reicht. Weitere Beiträge handeln vom Weltenwandern, von Bienen und dem Glück in der Schule.

▷ www.umweltbildung.at (Publikationen – umwelt & bildung – 1/10)

Außerschulische Lernorte in der Schweiz

□ Der Dachverband Schweizerischer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) porträtiert in der Ausgabe 3A/2010 seiner Zeitschrift Bildung Schweiz zahlreiche außerschulische Lernorte, darunter Tierparks, Zoos und Naturparks. In einem Aufsatz mit dem programmatischen Titel „Es braucht klare Absprachen“ lenkt die Stiftung Umweltbildung Schweiz dabei ein Augenmerk auf die notwendige Qualitätsentwicklung in diesem Bereich. „Wildwärts: Aug in Aug mit Wolf und Biber“ ist ein weiterer Beitrag überschrieben, in dem ZoopädagogInnen über die Sensibilisierungsarbeit mit Jugendlichen aus der Großstadt berichten. Alle Beiträge können als PDF-Dateien einzeln aus dem Internet heruntergeladen werden.

▷ www.lch.ch/lch/bildung-schweiz/ausgaben-2010/3a-10.html

Kommunikations-Baukasten Gender, Umwelt und Nachhaltigkeit

□ Das Thema ist komplex: Gender – Umwelt – Nachhaltigkeit. Wie man Menschen dennoch erfolgreich darauf aufmerksam machen kann, zeigt der „Kommunikations-Baukasten“ der Leitstelle für ebendiese Themen, Genanet. Der Baukasten ist eigentlich ein Fächer aus 27 farbigen Karten. Die Texte erläutern den Zusammenhang zwischen Klima- und Geschlechterfragen und erklären schwierige Begriffe wie „gender-sensible Kommunikation“. Daneben werden viele erprobte Aktionsvorschläge vorgestellt, darunter Postkartenaktion, Web-2.0-Anwendungen, politischer Salon oder Umweltquiz. Genannt werden jeweils Aufwand und Wirkung sowie Beispiele mit Internetlinks. Der Baukasten kann kostenlos angefordert werden.

▷ www.genanet.de

VERSCHIEDENES

Baden-Württemberg: Haushaltsbudget für BNE nicht nötig!

□ Trotz einer großen Vielfalt an guten Beispielen ist in Baden-Württemberg nach wie vor kein Gesamtkonzept und keine Strategie zur flächendeckenden Umsetzung von BNE zu erkennen. Diese Ansicht äußerte zumindest die Landtagsfraktion der Grünen in einer Großen Anfrage mit dem Titel „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg umfassend und konsequent umsetzen“. Die Antwort der Landesregierung mit der Drucksachenummer 14/5645 gibt interessante Aufschlüsse. Beispielsweise sieht die Regierung keinen Bedarf, BNE in die Landesverfassung oder das Schulgesetz aufzunehmen, weil dort schon steht, die Jugend sei „in Ehrfurcht vor Gott, ... in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit ... zu erziehen“. In allen Schulen walte bereits „der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik“. Weil es sich bei BNE um ein „facettenreiches Querschnittsthema“ handele, sei auch die Ernennung von BNE-Beauftragten an

Schulen „nicht zielführend“. Eine Evaluierung der UN-Dekade BNE sei zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Die aktuelle Arbeit müsse weiterhin auf die Multiplikation von BNE in alle formalen und informellen Bildungsbereiche gerichtet sein.

Eine wahre Fleißarbeit stellt die ausführliche Antwort auf die Frage nach den internationalen Schulpartnerschaften, aufgeschlüsselt nach Schularten und Partnerländern, dar. Viele außerschulische Einrichtungen leisten wichtige Beiträge zum Landesaktionsplan BNE, darunter botanische und zoologische Gärten, Naturkundemuseen, Naturschutzzentren, Ökostationen, Ökomobile und Schulbauernhöfe. Sie erhielten Unterstützung durch die Stiftung Naturschutzfonds. Eine Qualifizierung und Zertifizierung analog der Norddeutschen Partnerschaft NUN werde dabei angestrebt. Einrichtungen mit primär naturschutzfachlichem Profil sollten weiterentwickelt und vernetzt werden. Gesonderte Mittel für BNE in den Haushaltsplänen des Kultus- oder Umweltministeriums einzustellen findet die Landesregierung in Stuttgart jedoch „angesichts der zahlreichen und sehr diversifizierten Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen ... nicht zweckmäßig und sachgerecht“.

▷ www.kurzlink.de/bw-14-5645.pdf

In vielen Bildungsberichten fehlt BNE

□ Die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung spielt inzwischen in vielen Bildungsbereichen eine große Rolle. Beleg dafür sind zum Beispiel die Aktionspläne der Länder oder die vielen UN-Dekade-Projekte. Doch in den Bildungsberichten von Bund, Ländern und Kommunen werden Nachhaltigkeit und BNE bislang kaum erwähnt. Das gilt sowohl für den von der Kultusministerkonferenz 2008 herausgegebenen „Bildungsbericht für Deutschland“, für den neuesten Bildungsbericht 2009 aus Hamburg und auch für die Berichte von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie für die Städte Augsburg, München und Köln – um

nur einige zu nennen. Rühmliche Ausnahmen sind Schleswig-Holstein, das im Jahr 2008 auch über seine Zukunftsschulen und die Unesco-Schulen berichtete, sowie Nordrhein-Westfalen, das in seinem Bericht die Vision einer „Schule der Zukunft – für Nachhaltigkeit bilden“ vorstellte. Eine Liste mit Bildungsberichten findet sich auf den Internetseiten des deutschen Bildungsservers.

▷ www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=4369

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de im Internet. Sie können Ihre Termine dort auch selbst kostenlos einstellen.

08.06., Augsburg (D)

Natur in der Stadt. Impulse für die Zukunft.

Fachtagung für Multiplikatoren

▷ www.lfu.bayern.de/veranstaltungen

09.–11.06. + 12.–14.12., Altenkirchen bei Bonn (D)

Zukunftsfähiges Deutschland – selber gestalten will gelernt sein! Fortbildung zur Jugendarbeit

▷ www.lja.de

10.06., Bonn (D)

Weltweiter Klimawandel und die Folgen für Kinder und ihre Rechte. Gemeinsam handeln für Klimagerechtigkeit

▷ www.kindergerechtes-deutschland.de

10.06., Osnabrück (D)

Kita21. Die Zukunftsgestalter. Abschlussstagung des DBU-Modellprojekts

▷ www.kita21.de

11.–13.06., Ulm (D)

Eins, zwei, drei im Sauseschritt. Kinder entdecken die (Pflanzen)Welt. Grüne Klassenzimmer auch für Vorschulkinder? Fortbildung

▷ www.verband-botanischer-gaerten.de (Arbeitsgruppen – Pädagogik – Aktuelles)

14.06., Erzen/Rheinland-Pfalz (D)

Umweltzentren als Partner der BNE im (außer-)schulischen Bereich. Fachtagung

▷ www.querweltein-umweltbildung.de

14.06., Sierhagen/Ostholstein (D)

Ein Blumenstrauß zum Mittagessen. Essbare Blütenpflanzen

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

15.06., Möhnesee bei Soest (D)

Wasser- und Feuerwerkstatt

▷ www.nua.nrw.de

17.–18.06., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Geocaching und Naturschutz

▷ www.nna.de

19.–20.06., Ahrensburg bei Hamburg (D)

Aufbau mobiler Seilspiel- und Seilkletterelemente. Praxisseminar

▷ www.jordsand.de

25.06., Neumarkt in der Oberpfalz (D)

3. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz. Nachhaltigkeit neu lernen

▷ www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de

01.07., Kiel (D)

Wer sind unsere Kunden? Milieuansatz in der Umweltbildung

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

05.–07.07., Benediktbeuern/Oberbayern (D)

Boden in der Umweltbildung

▷ www.anl.bayern.de

10.–11.07., Genf (CH)

Gesundheit, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in der Schule verbinden.

Internationales Symposium

▷ www.health-equity-sustainability-schools.org

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de